Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 96. Dienstag, den 1. December 1896. Jahrgang V

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **27. November 1896** unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Josef Strobach, des Vice-Bürgermeisters Dr. Karl Lueger und des Vice-Bürgermeisters Dr. Josef Neumayer.

Bürgermeister Strobach: Die Versammlung ist beschlussfähig, die Sitzung eröffnet.

1. Von der heutigen Plenarsitzung haben sich entschuldigt die Herren Gem.-Räthe Rißaweg, Dr. Pommer, Pollak, Dr. Deutschmann und Dr. Fochler.

2. Dem Herrn Gem.-Rathe Dr. Klotzberg wird ein Urlaub von acht Tagen ertheilt.

3. Es ist folgendes Schreiben eingelangt (liest):

„Euer Hochwohlgeboren!

Ich beehre mich, anzuzeigen, dass ich auf das mir von den P. T. Wählern des 2. Wahlkörpers des I. Bezirkes verliehene Mandat in den Gemeinderath verzichte und zeichne

hochachtungsvoll

Dr. Albert Richter."

(Bravo! links.)

4. Es ist an mich eine Zuschrift des fortschrittlichen Parteiverbandes im Wiener Gemeinderathe ddto. 26. November 1896 eingelangt. (Hört! links.)

Nach der Geschäftsordnung wäre ich nicht verpflichtet, dieselbe zur Verlesung bringen zu lassen und ich constatiere, dass keiner meiner Vorgänger auf diesem Platze jemals eine Zuschrift der Minorität verlesen ließ. Sie verweigerten dies mit der Begründung, dass es in diesem Saale nur Gemeinderäthe und nicht Parteien gäbe. Nichtsdestoweniger werde ich diese an mich gelangte Zuschrift verlesen lassen, zumal wir gar keine Ursache haben, irgendeine Kritik unseres Vorgehens zu scheuen. Ich ersuche daher den Herrn Schriftführer, die Zuschrift zur Verlesung zu bringen.

Schriftführer Gem.-Rath Obrist (liest):

„Sr. Hochwohlgeboren Herrn Bürgermeister Josef Strobach, Wien.

Die Vorgänge in der letzten Gemeinderaths-Sitzung haben den fortschrittlichen Parteiverband zu nachstehender Kundgebung veranlasst: „In der Gemeinderaths-Sitzung vom 24. d. M. erstattete der Herr Bürgermeister Strobach das Referat über die Begebung eines Theilbetrages von circa vier Millionen Kronen des 35-Millionen-Kronen-Anlehens. Fast jeder der hiebei gestellten Anträge wies eine Gesetzesverletzung auf. Es wurden Obligationen dieses Anlehens in Beträgen von mehreren hunderttausend Kronen ohne Einholung der Beschlussfassung des Stadtrathes und des Gemeinderathes veräußert, es wurde weiters durch den Herrn Bürgermeister ohne Einholung der Genehmigung des Stadtrathes und Gemeinderathes eine schwebende Schuld von 800.000 K aufgenommen, obwohl die Einholung einer solchen Genehmigung sehr leicht möglich gewesen wäre, da beide Corporationen zu der gegebenen Zeit ihre Sitzungen abhielten. Es wurde weiters bei Einholung der Ermächtigung zur Begebung von $3^1/_2$ Millionen Kronen nicht angegeben, dass dieser Betrag nur in der dem Gesetze entsprechenden Art und Weise, d. i. für die Zwecke der Wasserleitung bestimmt sei. Außerdem zeigten sich eine unverständliche Zifferndifferenz und unverständliche Widersprüche gegenüber einer vor drei Wochen erstatteten, seither zurückgezogenen Vorlage des Stadtrathes.

Alle diese Umstände, insbesondere aber die Bedeutung des Gegenstandes selbst, machten es uns zur Pflicht, die entsprechenden Aufklärungen vom Referenten zu verlangen und das Controlrecht des Gemeinderathes zu wahren.

Die vom ersten Redner der Minorität diesfalls verlangten Aufklärungen wurden jedoch nicht ertheilt und zeigte sich bald,

dass der Vorsitzende die bestimmte Absicht habe, die Debatte noch vor Ertheilung der Auskünfte abzuschneiden. Auf sein Commando erhob sich ein Mitglied der Majorität und beantragte Schluss der Debatte, worauf sofort nach Annahme dieses Antrages ein anderes Mitglied der Majorität die Wahl eines Generalredners beantragte, was gleichfalls angenommen wurde. Hiemit war die Vergewaltigung der Minorität vollzogen. Während der Debatte wurden wir sowohl von der Majorität als auch insbesondere von dem Vorsitzenden, Herrn Dr. Lueger, wiederholt schwer beleidigt.

Wenn die Majorität die Redner unserer Partei in herausfordernder Weise unterbrach, mahnte Dr. Lueger zur Ruhe, aber nicht etwa, weil es Anstand und Gesetz verlangen, nein, er mahnte zur Ruhe unter Verhöhnung und unter Ausdrücken der Missachtung vor dem Redner.

Am 29. October 1895 als Dr. Lueger zum Bürgermeister gewählt worden war, richtete er folgende Worte an die Versammlung: „Der Vorsitzende wird sich den nöthigen Einfluss durch Objectivität und Gerechtigkeit zu sichern suchen. Er wird es vermeiden, die Opposition zu beleidigen, zu verhöhnen und zu verspotten, und so selbst jene Fehler zu begehen, die er an anderen rügen soll. Der Vorsitzende wird daher nicht die in der Neuzeit so beliebt gewordene Methode der schneidigen Präsidenten" (Ruf links: Prix!) „zur Anwendung bringen, welche Methode eigentlich nichts als eine Außerachtlassung der guten Sitte, eine frivole Verletzung der Gesetze und eine rohe Vergewaltigung der Minderheit ist."

Und nun rufen wir jeden Gerechten auf, hineinzugehen in den Gemeinderathssaal und zu vergleichen wie Dr. Lueger gesprochen hat und wie er handelt.

Verletzt und empört über die Behandlung eines so wichtigen, die Finanzen der Stadt so ernst berührenden Referates, verließen wir den Saal.

Wir übergeben hiemit die Beurtheilung dieses Falles der Wählerschaft."

Indem wir bitten, diese Zuschrift dem löblichen Gemeinderathe mittheilen zu wollen, zeichnen wir mit

Hochachtung:

Für den fortschrittlichen Parteiverband im Wiener Gemeinderathe

Dr. Nechansky. Dr. Vogler."

Bürgermeister: Die Angriffe, welche gegen mein Vorgehen gerichtet sind, habe ich bereits in der letzten Sitzung des Gemeinderathes widerlegt, und es hat selbst ein Mitglied des fortschrittlichen Parteiverbandes, Herr Gem.-Rath Karl Moriz Mayer, die Richtigkeit meiner diesbezüglichen Ausführungen nach allen Richtungen anerkannt. (Beifall links.)

Herr Vice-Bürgermeister Dr. Lueger!

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Die Zuschrift des fortschrittlichen Parteiverbandes beschäftigt sich auch mit meiner Persönlichkeit, und ich glaube auch verpflichtet zu sein, die gegen mich gerichteten Angriffe richtigzustellen, beziehungsweise zurückzuweisen.

Es wird in erster Linie behauptet, dass ich die bestimmte Absicht gehabt hätte, die Debatte noch vor Ertheilung der Auskünfte abzuschneiden.

Ich erkläre diese Behauptung einfach für eine Unwahrheit.

Es wird weiters behauptet, dass auf mein Commando sich ein Mitglied der Majorität erhoben und Schluss der Debatte beantragt hat. Ich erkläre, dass ich niemanden commandiert habe und dass daher auch diese Behauptung unrichtig ist.

Es wird weiters gesagt, dass nach Annahme dieses Antrages ein anderes Mitglied der Majorität die Wahl von Generalrednern beantragte.

Ich erkläre, dass meines Wissens das nämliche Mitglied der Majorität, nämlich Herr Gem.-Rath Weitmann, die Wahl von Generalrednern beantragte. Es ist daher auch diese Behauptung unrichtig.

Es wird weiters gesagt: „Während der Debatte wurden wir sowohl von der Majorität als auch insbesondere von dem Vorsitzenden, Herrn Dr. Lueger, wiederholt schwer beleidigt."

Meine Herren! Ich habe eigens sämmtliche Berichte in den Tagesblättern, und zwar sowohl in den uns freundlich gesinnten Blättern, als auch in den gegnerischen durchgelesen, ich habe auch das stenographische Protokoll durchgelesen, und ich wenigstens habe auch nicht ein Wort einer Beleidigung gefunden, welches ich einem der Herren Gegner zugeschleudert hätte, im Gegentheil habe ich gefunden, dass die Herren Gegner — ich kann ja wohl den Anwesenden nennen, das ist Herr Gem.-Rath Brunner, sich uns gegenüber in einer ziemlich schrankenlosen Weise geäußert haben. (Sehr richtig! links.)

Ich weise daher den Vorwurf, dass ich irgend jemanden schwer beleidigt habe, mit aller Entschiedenheit zurück und erkläre diesen Vorwurf als eine Unwahrheit. Weiters heißt es hier: „Wenn die Majorität die Redner unserer Partei in herausfordernder Weise unterbrach, mahnte Dr. Lueger zur Ruhe, aber nicht etwa weil es Anstand und Gesetz verlangen, nein, er mahnte zur Ruhe unter Verhöhnung und unter Ausdrücken der Missachtung vor dem Redner." Ich habe auch nach dieser Richtung hin mein Vorgehen genau geprüft und erkläre, dass ich nicht im geringsten die Minorität verhöhnt habe, und dass ich auch nicht in Ausdrücken der Missachtung von dem Redner gesprochen habe. Ich habe nur bezüglich der Rede des Gem.-Rathes Lucian Brunner Folgendes zu erwähnen. Ich habe die Majorität gebeten, ruhig zu sein und auf die einzelnen Bemerkungen des Herrn Lucian Brunner nicht zu achten, respective auf dieselben nicht zu erwidern, und zwar aus dem Grunde, damit er schneller fertig werde. Das habe ich gethan.

Wenn darin eine Verhöhnung erblickt werden soll, muss man schon wirklich etwas sehr weit gehen. Ich habe weiters, als Herr Gem.-Rath Dr. Nechansky der Majorität den Vorwurf machte, dass sie die Literatur nicht kenne, wieder nicht diese Beleidigung zurückgewiesen, sondern nur die Majorität ersucht, auf solche Beleidigungen nicht zu reagieren, damit die Debatte ruhig zu Ende geführt werden könne. Das war mein Vorgehen und das war die Pflicht des Vorsitzenden, und die werde ich auch immer erfüllen. Wenn weiter gesagt wird, dass ich das Versprechen nicht erfüllt habe, das ich gegeben habe, und dass ich mich insbesondere einer Gesetzesverletzung schuldig gemacht hätte, so erkläre ich Folgendes: Ich bin in der letzten Sitzung genau nach der Geschäftsordnung vorgegangen, welche vorschreibt, dass den Rednern, je nachdem sie sich zum Worte melden, das Wort zu ertheilen ist. Das habe ich gethan.

Ich bin nicht berechtigt, für irgendjemand eine besondere Redeordnung zu gestatten, wenn das mein Recht wäre, würde ich vielleicht in dem einen oder anderen Falle anders vorgehen, ich bin aber verpflichtet, den Rednern nach der Reihenfolge das Wort

zu ertheilen, das habe ich auch gethan, ich verschanze mich nicht hinter gewissen Dingen, sondern ich handle offen und in einer solchen Weise, dass das Gesetz immer respectiert wird. Ich bedaure nur, dass die Herren der Minorität, welche die Geschäftsordnung selbst gemacht haben, so wenig Respect davor haben. (Beifall links.)

5. Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Sebastian Grünbeck überreicht eine Petition von mehreren Hausbesitzern der Braun- und Güpferlinggasse im XVII. Wiener Gemeindebezirke.

[Die Petition hat folgenden Wortlaut:

„Zufolge einstimmigen Votums des wohllöblichen Beirathes und Verfügung des Herrn landesfürstlichen Commissärs vom 25. Juli 1895, Z. 6208 ad M.-Z. 128630 ex 1895, wurde die vom Stadtbauamte vorgeschlagene Gesammt-Anordnung des Canalnetzes von Dornbach und Neuwaldegg im XVII. Gemeindebezirke und das Detailproject für die Canalisierung von Dornbach zwischen dem Rotherdbach und der Güpferlinggasse, sowie dessen Durchführung im Jahre 1895 genehmigt und zugleich ausgesprochen, dass auf die Fortsetzung der Canalisierung in Dornbach und Neuwaldegg im Jahre 1896 bei Vorlage des Canalbauten-Präliminares für dieses Jahr Rücksicht zu nehmen ist.

Dieser Beschluss und die daran geknüpfte Weisung wurden von den Hauseigenthümern und Bewohnern von Dornbach und Neuwaldegg mit lebhafter Befriedigung aufgenommen. Leider sollte aber bereits das Jahr 1896 eine Enttäuschung bringen. Die pro 1895 genehmigten Canalbauten im Gebietstheile zwischen dem Rotherdbache und der Güpferlinggasse wurden wohl in diesem Jahre begonnen und im Jahre 1896 zu Ende geführt, dem entgegen aber der — in Entsprechung des eingangs citierten Beschlusses — pro 1896 seitens der löblichen Stadtbuchhaltung und des löblichen Magistrates präliminierte Betrag von 40.000 fl. zur Fortsetzung respective Durchführung der Canalisierung in dem Gebietstheile zwischen der Güpferlinggasse und Andergasse offenbar mit Rücksicht darauf, dass die Canalisierung im Gebietstheile zwischen dem Rotherdbache und der Güpferlinggasse im Jahre 1895 nicht fertiggestellt worden war, vom wohllöblichen Beirathe bei Berathung des Hauptvoranschlages der Stadt Wien pro 1896 zum großen Bedauern und der hiedurch in ihren Erwartungen getäuschten Bewohner des fraglichen Gebietstheiles gestrichen.

Wenn die bezüglichen Hauseigenthümer es unterließen, schon damals wegen Herstellung des fraglichen Canales bittlich zu werden, so geschah dies nur, weil sie mit Recht hoffen konnten, dass im Hinblicke auf den citierten Beschluss im Jahre 1897 die Canalisierung in dem Gebietstheile zwischen der Güpferling- und Andergasse, anschließend an die im Jahre 1896 fertiggestellte Canalisierung des Gebietstheiles zwischen den Rotherdbache und der Güpferlinggasse zuversichtlich erfolgen werde.

Nach den eingezogenen Erkundigungen wurde auch seitens der löblichen Stadtverwaltung in den Hauptvoranschlag pro 1897 — in Übereinstimmung mit dem Vorjahre — wieder ein Betrag von 40.000 fl. eingestellt. Derselbe ist aber bei Berathung des Elaborates im Schoße des löblichen Magistrates auf 23.000 fl., und zwar bloß für die Canalisierung in der Dornbacher Hauptstraße vom Rupertusplatze bis zur Güpferlinggasse herabgesetzt worden.

Durch die Genehmigung dieses Antrages wurden die Hauseigenthümer und Bewohner der Güpferlinggasse und Braungasse empfindlich getroffen; es mussten die in den Häusern dieser beiden Straßen vorhandenen Senkgruben ein weiteres Jahr bestehen bleiben, trotzdem deren schleunige Beseitung aus sanitären Gründen höchst dringend und der Fortbestand derselben der Gemeinde Wien geradezu unwürdig erscheint.

Speciell in der Braungasse, welche zu den schönsten Straßen der vormaligen Gemeinde Dornbach gehört und die infolge ihrer Lage einen hohen Grundwasserstand hat, macht sich der Mangel eines Straßencanales für die dort befindlichen Realitäten, namentlich im Frühjahre nach der Schneeschmelze und nach großen Regengüssen sehr unangenehm.

Nachdem die dringende Nothwendigkeit der Canalisierung in der Güpferlinggasse und Braungasse erwiesen ist und die Kosten hiefür keinesfalls als bedeutend zu bezeichnen sind, so erlauben sich die gefertigten Hauseigenthümer dieser beiden Straßen an den wohllöblichen Gemeinderath der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien die Bitte zu richten, „derselbe wolle beschließen, dass im Jahre 1897 nicht nur die Dornbacher Hauptstraße, sondern auch die Güpferling- und Braungasse canalisiert werden".]

Gem.-Rath Weitmann: Ich war derjenige, welcher in der letzten Sitzung Schluss der Debatte beantragte, und ich erkläre ausdrücklich, dass ich nicht commandiert war, sondern dass ich mich aus eigener Initiative beim Herrn Vorsitzenden zum Worte gemeldet und Schluss der Debatte beantragt habe. (Bravo! links.)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Lucian Brunner!

Gem.-Rath Brunner: Soeben wurde mein Name genannt (Gelächter links), und es ist deshalb nothwendig, dass ich auf die gemachten Äußerungen antworte.

Es ist beinahe selbstverständlich, dass ich von der Veröffentlichung und von der Abfassung dieses Schriftstückes des fortschrittlichen Parteiverbandes nichts weiß, dass ich daran nicht theilgenommen habe. Es wird wohl jedermann, der es gelesen hat, zur Überzeugung kommen, als ob der fortschrittliche Parteiverband sich meiner annehmen wollte.

Ich danke zwar den Herren des fortschrittlichen Parteiverbandes, aber auch in diesem Falle — es thut mir leid, dass die Herren nicht hier sind — würde ich ausdrück ich erklären, dass ich des Schutzes des fortschrittlichen Parteiverbandes nicht bedarf.

Was nun die Debatte anbelangt und das Verhalten des Herrn Dr. Lueger gegen mich (Rufe links: Herr Vice-Bürgermeister!), also des Herrn Vice-Bürgermeisters Dr. Lueger mir gegenüber, so will ich die Frage gar nicht untersuchen, ob die Objectivität und die nöthige Würde gewahrt wurden. Wenn Herr Dr. Lueger, wie es damals geheißen hat... (Rufe links: Vice-Bürgermeister!)

Bürgermeister: Ich bitte, keine Belehrung zu geben, es ist ja alleseins!

Gem.-Rath Brunner (fortfahrend): Wenn Herr Vice-Bürgermeister, wie damals behauptet wurde, frozzeln will, so möge er es jederzeit und immer thun; ich werde mich auch wieder zu wehren wissen, und wenn Angriffe fallen, werde ich sie jederzeit zurückzuweisen wissen. Das habe ich zu sagen.

Welche Motive die verehrliche Minorität, mit Ausnahme meiner Person, bewogen haben, nicht zu kommen, weiß ich nicht — Einzelne stehen drinnen — vielleicht sind auch andere Gründe vorhanden, die ich nicht kenne und die ich auch nicht untersuchen will. Ich will nur bezüglich meiner Person bemerken — allerdings nur nebenbei — dass der Herr Vice-Bürgermeister mir einen, wie ich glaube, ungerechten Vorwurf gemacht hat, indem er mir

immer zugerufen hat, ich wolle ihn nur reizen, damit er mich ausschließe. Ich glaube, sagen zu dürfen, dass ich in der ganzen Debatte, überhaupt seitdem ich Gemeinderath bin, niemals ein Wort gebraucht habe, welches Veranlassung gegeben hätte, mich auszuschließen. (Widerspruch links.) Ich habe allen Aufforderungen des Vorsitzenden Folge geleistet, und es ist daher eine gewaltthätige Interpretation, wenn behauptet wird, ich hätte beabsichtigt, meine Ausschließung zu veranlassen. Nein, meine Herren, das ist nicht meine Art, sondern, wenn ich auch vor einem politischen Gegner stehe, trete ich ihm offen gegenüber. Ich glaube, dafür habe ich Beweise genug geliefert, dass ich keinen Anstand nehme, auf das, was mir entgegengeschleudert wird, zu antworten. Dies wollte ich nur zur Erklärung vorbringen.

Bürgermeister: Die Angelegenheit ist erledigt. Ich bitte den Herrn Schriftführer, die Interpellationen zu verlesen.

Schriftführer Gem.-Rath Obrist (liest):

6. Anfrage des **Gem.-Rathes Dr. Fochler:**

Vor etwa einem Vierteljahre hat der Verein „Tafelrunde deutscher Lehrer" an den Stadtrath ein Gesuch um Gewährung einer Unterstützung gerichtet.

Der Gefertigte beehrt sich, an den Herrn Bürgermeister die Anfrage zu richten,

was über das erwähnte Gesuch verfügt wurde?

Bürgermeister: Ich werde die nöthigen Erhebungen pflegen und sehen, wo sich der Act befindet.

Schriftführer Gem.-Rath Obrist (liest):

7. Interpellation des **Gem.-Rathes Tagleicht:**

Gemäß dem Gemeindestatute für die Stadt Wien sollen die Gemeinde- und städtischen Fondscassen von Zeit zu Zeit scontriert werden.

Da mir aber von der Scontrierung der Cassen schon seit langer Zeit nichts bekannt geworden ist, erlaube ich mir, den Herrn Bürgermeister zu fragen:

1. Wann hat die letzte Cassenscontrierung stattgefunden?
2. Sind alle Fonde in Ordnung befunden worden?

Bürgermeister: Ich habe die Ehre, hierauf Folgendes zu erwidern: Kurze Zeit nach Übernahme der Geschäfte habe ich angeordnet, dass die sämmtlichen städtischen Cassen, sowie die Cassen der Anstalten und Fonde scontriert werden, und haben diese Scontrierungen am 9., 12., 17. und 18. Juni d. J. stattgefunden.

Bis auf einige wenige Cassen, wo unbedeutende Differenzen constatiert wurden und bezüglich deren Aufträge zur Aufklärung ergiengen, hat sich bei den Scontrierungen kein Anstand ergeben.

Ich bitte den Herrn Schriftführer, die Anträge zu verlesen.

Schriftführer Gem.-Rath Lehofer (liest):

8. Antrag des **Gem.-Rathes Dr. Wähner** und Genossen:

Ein Herzenswunsch der Wiener Lehrerschaft, eine ihrer ältesten und, wie angenommen werden kann, für den Anfang ohne große Kosten durchführbare Forderung ist die Schaffung einer Pädagogischen Central-Bibliothek.

Die Ansätze hiezu sind vorhanden in den 10 bis 15 Bezirks Lehrerbibliotheken, die aber fast alle so kleine Bücherbestände haben, dass wohl manche Privatbibliothek eines Lehrers reichhaltiger ist. Einzelne allerdings, so die im III. Wiener Gemeindebezirke und in einigen der ehemaligen Vorortebezirke, sind besser ausgestattet. Im allgemeinen sind die jetzigen Bezirks-Lehrerbibliotheken für eine Großstadt geradezu beschämend.

Es ist klar, dass durch eine Vereinigung der Bezirks-Lehrerbibliotheken eine wesentliche Erleichterung geschaffen würde, in Zukunft eine Vollständigkeit des den Bedürfnissen der Lehrerschaft entsprechenden Bücherbestandes zu erzielen, nachdem Bücher, welche bisher in 10 bis 15 Exemplaren angeschafft werden mussten, in Zukunft nur in zwei bis drei Exemplaren angeschafft zu werden brauchten, und anstatt dessen Anschaffungen, die bisher ganz ausgeschlossen waren, möglich würden.

Es ist aber ebenso klar, dass eine vollständige Lehrerbibliothek als eine Nothwendigkeit für die Fortbildung der Lehrer zu betrachten ist und ganz gewiss nur wieder dem Wiener Schulwesen zugute kommt.

Durch den Neubau der Hochschule für Bodencultur wurden die Räumlichkeiten im dem ehemaligen gräfl. Laudon'schen Palais, welches im Besitze der Gemeinde ist, frei, und es wird dadurch möglich, gerade im gegenwärtigen Augenblicke durch Überlassung einiger Zimmer in diesem Gebäude für den gedachten Zweck in kürzester Zeit die Pädagogische Central-Bibliothek ins Leben zu rufen.

Mit Rücksicht auf die hiedurch geschaffene Dringlichkeit der Sache stellen die Gefertigten den Antrag:

Der Stadtrath wolle beschließen:

Es sei der Magistrat zu beauftragen, die Frage der Vereinigung der Bezirks-Lehrerbibliotheken in eine im ehemaligen Laudon-Palais unterzubringende Pädagogische Central-Bibliothek in eingehende Erwägung zu ziehen und hierüber dem Stadtrathe in kürzester Zeit zu berichten.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Lehofer (liest):

9. Antrag des **Gem.-Rathes Obrist** und Genossen:

Trotzdem die Wiener Tramway-Gesellschaft erst jüngst durch Statthalterei-Erlass angewiesen wurde, die Verwendung von Salz zur Reinigung der Schienen auf das nothwendigste zu beschränken, wurde doch heute, bei dem gewiss geringfügigen Schneefall in allen Straßen von dem Salz Gebrauch gemacht, und hiedurch nicht nur die Straßen, sondern auch die Gehwege durch Übertragung des Schmutzes in ein Kothmeer verwandelt.

Die Gefertigten beantragen, der hochgeehrte Herr Bürgermeister werde ersucht, diesem Unfuge mit allen ihm zustehenden Mitteln zu steuern.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Lehofer (liest):

10. Antrag des **Gem.-Rathes Dr. Pommer** und Genossen auf Unterstützung des Deutschen Studentenheims in Cilli:

Seit Jahrzehnten kämpfen die Deutschen Cillis den Verzweiflungskampf gegen das von allen Seiten mächtig auf sie eindringende Slaventhum.

Durch den Zuzug slovenischer Einwanderer, durch die Ernennung slavischer Geistlicher, Notare, Beamten, Professoren und Lehrer wurde die slovenische Minderheit der Bevölkerung Cillis in den letzten Jahren in bedenklicher Weise gekräftigt. Die Slovenen konnten es sogar, Dank der großen Opferwilligkeit ihrer Volksgenossen unternehmen, mit einem Kostenaufwande von beiläufig 300.000 fl. auf dem schönsten Platze der Stadt ein eigenes slavisches Vereinshaus zu errichten.

Der härteste Schlag gegen das ohnedies schon arg bedrohte Deutschthum der Stadt Cilli wurde jedoch im verflossenen Jahre durch die Errichtung von slovenischen Parallelclassen an dem deutschen Gymnasium daselbst gegen das Deutschthum der schwer geprüften Stadt geführt.

Als Folge dieser Maßregel droht nach den an anderen Orten gemachten Erfahrungen der Stadt Cilli die allmähliche Utraquisierung des ganzen Gymnasiums, welche schließlich wohl in einer Umwandlung dieser alten deutschen Bildungsstätte zu einer rein slovenischen Anstalt ihr Ende finden dürfte.

Um diese Gefahr von der deutschen Stadt Cilli abzuwenden, planen die Deutschen Cillis die Errichtung eines deutschen Studentenheims in der genannten Stadt; es ist ihnen aber bisher leider nicht gelungen, die hiezu nöthigen Mittel aufzutreiben.

Die unterzeichneten Gemeinderäthe der Stadt Wien halten es für eine heilige Pflicht jedes deutschfühlenden Mannes, sowie jedes deutschen Gemeinwesens unsere bedrängten deutschen Volksgenossen in ihrem harten Kampfe gegen das überwuchernde Slaventhum nach allen Kräften zu unterstützen und stellen deshalb den Antrag:

Es sei die von den Deutschen Cillis zur Wahrung des deutschen Charakters dieser Stadt geplante Gründung eines deutschen Studentenheims von Seite der Gemeinde Wien durch Zuwendung eines Beitrages von 1000 fl. zu unterstützen.

Bürgermeister: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Schriftführer Gem.-Rath Lehofer (liest):

11. Antrag des **Gem.-Rathes Dobeš** und Genossen:

Manche städtische Gebäude sind in einem nicht gar erfreulichen Zustand und wurden fast systematisch durch Jahre vernachlässigt, beziehungsweise der Erhaltung und respectablen Ausschmückung derselben nicht das richtige Augenmerk zugewendet.

Unter diesen vernachlässigten Gebäuden befindet sich auch das alte Rathhaus in der Wipplingerstraße, insbesondere sind die Stiegenaufgänge, Einfahrt und Corridore stark vom Mörtel bloßgelegt und erkennt man die Farbe der seinerzeitigen Tünchung nicht mehr.

In Anbetracht dessen, dass auf dieser Stätte durch Jahrhunderte über Gemeindeangelegenheiten entschieden wurde, ferner das Gebäude selbst einen anständigen Mietzins abwirft, ferner in Anbetracht, dass eine k. k. Behörde,

mit welcher die Gemeinde sehr viel in ernsten Zeiten zu thun hat, nämlich der Sanitätsrath des k. k. Ministeriums des Innern eingemietet ist, beantrage ich,

es solle das Stadtbauamt beauftragt werden, die Gänge, Stiegen und Einfahrten des alten Rathhauses einer gründlichen Renovierung zu unterziehen und selbe dementsprechend in lichtem Ton ausmalen lassen.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Lehofer (liest):

12. Antrag des **Gem.-Rathes Hawranek:**

Im VIII. Bezirke, Langegasse, wird gegenwärtig gerade vor der Bürgerschule das Holzstöckelpflaster aufgerissen und für Legung der elektrischen Leitung in ein Privatgeschäft die Straße aufgegraben; es wird dann nothdürftig zugemacht und nie wird es in den früheren guten Stand gebracht, weil die harte Betonunterlage bei dieser Jahreszeit nicht mehr so herzustellen ist. Man staunt, wie man die Bewilligung zu solcher Arbeit von amtswegen geben kann.

Ich erlaube mir daher, folgenden Antrag zu stellen:

Der Herr Bürgermeister werde ersucht, an die betreffenden Ämter die Weisung zu geben, dass für private Zwecke (außer etwaigen Gebrechen) die Straßen in den Monaten November bis März nie aufgerissen werden dürfen.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Lehofer (liest):

13. Antrag des **Gem.-Rathes Pichler** und Genossen:

Der Hof des Gemeindehauses des VII. Bezirkes wird gegenwärtig nur durch eine einzige kleine Gasflamme beleuchtet. Diese Beleuchtung ist mit Rücksicht auf die große Ausdehnung des Hofraumes ganz und gar unzureichend und eine Abhilfe insbesondere deshalb dringend geboten, weil in demselben Hofe das Feuerwehr-Depot sich befindet und die Feuerwehrleute infolge der mangelhaften Beleuchtung in den bei einer Feueranzeige nothwendigen Dienstverrichtungen gehindert sind, indem sie dieselben entweder nicht mit der erforderlichen Sicherheit oder nicht mit der nöthigen Raschheit vorzunehmen im Stande sind.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Es sei der Hof des Gemeindehauses im VII. Bezirke elektrisch zu beleuchten oder daselbst mindestens ein Gascandelaber mit drei Flammen aufzustellen.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Wir schreiten zur Erledigung der Tagesordnung.

Zum Referate bitte ich den Herrn Collegen Dr. Kupka.

14. Referent Gem.-Rath Dr. Kupka: Z. 1215. Der Katholische Schulverein ist eingeschritten um Flüssigmachung einer Subvention von 1000 fl. pro 1896. Während des Provisoriums wurde dem Katholischen Schulvereine eine Subvention von jährlichen 1000 fl. pro 1895, 1896 und 1897 gegen dem bewilligt, dass über die Subventionsbeträge pro 1896 und 1897 unter Vorlage der bezüglichen Rechenschaftsberichte um deren Anweisung angesucht wird. Im vorigen Jahre hat der Katholische Schulverein diese 1000 fl. erhalten, und er sucht nun um die Anweisung des Betrages von 1000 fl. für dieses Jahr an. Es liegt auch der Rechenschaftsbericht vor. Aus demselben ist zu entnehmen, dass der Verein sehr ersprießlich wirkt. Insbesondere erhält er ein katholisches Lehrerseminar, wie den Herren bekannt sein wird, außerdem drei Schulen, wovon zwei das Öffentlichkeitsrecht haben, und beantragt Ihnen daher der Stadtrath die Bewilligung der Subvention per 1000 fl. pro 1896, beziehentlich deren Anweisung. Ich bitte um Annahme des Antrages.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Lucian Brunner!

Gem.-Rath Brunner: Ich möchte vor allem den Herrn Referenten bitten, mir einige Aufschlüsse über den Zweck und die Ziele des Katholischen Schulvereines zu geben. Derselbe hat gewiss ein Programm und Statuten.

Referent: Der Katholische Schulverein unterhält, wie ich erwähnt habe, ein Lehrerseminar, und zwar will er darin katholische Lehrer heranbilden. Außerdem unterhält er eine Bürgerschule und zwei Volksschulen, selbstverständlich in Wien. Das ist der Zweck des Vereines.

Gem.-Rath Brunner: Ich glaube, den Herren empfehlen zu dürfen, die Verhandlung über diese Subvention auf eine andere Sitzung zu vertagen. Ich habe nämlich das letztemal von den Herren der Minorität gehört, daß sie den Wunsch hätten, zu dieser Subvention zu sprechen. Da sie ja gewiss wieder kommen werden, so wäre es meiner Ansicht nach ritterlich von Ihnen, wenn Sie diese Subventions-Debatte verschieben wollten. Für den Fall, als Sie diesen Antrag ablehnen, möchte ich mir vorbehalten, noch weiter hiezu zu sprechen.

Bürgermeister: Der Herr Referent hat zum Vertagungs-Antrage das Wort.

Referent: Ich muss mich entschieden gegen den Vertagungs-Antrag aussprechen. Es ist ja nicht unsere Schuld, wenn die Herren heute nicht hier sind. (So ist es! links.) Die Sache steht ja auf der Tagesordnung. Wenn die Herren also nicht kommen, mögen sie thun, was sie wollen. Wir werden die Sache wahrscheinlich heute erledigen. (Beifall links.)

Bürgermeister: Es ist der Antrag auf einfachen Übergang zur Tagesordnung gestellt worden. Jene Herren, welche damit einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Nach einer Pause:) Ist abgelehnt.

Herr Gem.-Rath Dr. Gruber!

Gem.-Rath Dr. Gruber: Sehr geehrte Herren! Ich bin mit Rücksicht auf meine dermalige politische Stellung im Gemeinderathe veranlasst, meine bejahende Abstimmung zu motivieren, damit nach keiner Seite hin Missverständnisse entstehen. Ich motiviere die bejahende Abstimmung damit, dass nicht etwa meiner Partei der Vorwurf der Religionsfeindlichkeit gemacht werden kann, zweitens, dass dies eine wiederkehrende Subvention ist und endlich mit der Voraussetzung, dass auch nationale Bestrebungen im gleichen Maße hier im Gemeinderathe Berücksichtigung finden. Ich will damit nicht erklären, dass ich für alle Fälle und auch künftig dafür stimmen würde, namentlich dann nicht, wenn eine Voraussetzung zu dieser Subvention nicht mehr vorliegen würde. Ich will auf die Frage, ob die Voraussetzung dafür vorhanden ist oder nicht, nicht weiter eingehen, sondern erkläre nur — und lediglich in meinem Namen — dass ich für diese Subvention stimmen werde. Eine andere Erklärung kann ich nicht abgeben, und ich habe mich zu dieser Erklärung nur veranlasst gefühlt, weil ich mich zwar als zur Majorität gehörig erachte, aber immerhin heute nicht dem Majoritätsclub angehöre.

Bürgermeister: Herr College Tomanek!

Gem.-Rath Tomanek: Meine sehr verehrten Herren! Ich hätte mir heute das Wort nicht zu nehmen erlaubt, aber die Vorgänge in der letzten Zeit, namentlich eine Rede des Bezirkshauptmannes von Feldkirch hat uns gerade bewiesen, dass die clericale Partei bestrebt ist, wenn nicht jetzt, vorläufig auf gesetzlichem Wege, so doch auf privatem Wege die Concordatsschule wieder einzuführen. Meine sehr verehrten Herren! Bevor ich aber auf diese Frage kurz eingehe, will ich nur speciell für mich erklären, dass ich anlässlich meiner Candidatenrede in den Wiener Gemeinderath ausdrücklich erklärt habe, dass sich wohl mit Ihnen in der Lösung wirtschaftlicher Fragen keine Differenzen ergeben werden, wohl aber habe

ich mir vorbehalten die vollste Actionsfreiheit in culturellen und politischen Fragen, und ohne Zweifel gehört auch die Subventionierung des Katholischen Schulvereines zu den culturellen Fragen. Man muss sich fragen, welche Ziele verfolgt denn der Katholische Schulverein? Er hat die Aufgabe, katholische Schulen zu gründen, seien es Volks- oder Bürgerschulen, seien es Mittel- oder Hochschulen, kurz und gut katholische Erziehungs- und Unterrichtsanstalten nach Maßgabe der finanziellen Mittel, um so langsam aber sicher die ganze Erziehung des deutschen Volkes in seine Hände zu bekommen.

Meine sehr verehrten Herren! Ich will heute auf die Kritik nicht eingehen, respective auf die Resultate, die die katholische Schule, respective die katholische Erziehung zutage förderte, weil ich nicht eine große Debatte darüber heraufbeschwören will, aber wenn Sie sich unsere Schulen heute anschauen, so können Sie ihnen nicht das Zeugnis verweigern, dass sie bereits confessionell sind. Die Lesebücher enthalten solche Lesestücke, dass ich glaube, dass in keinem Lesebuche nicht von Gott gesprochen, nicht das religiöse Gefühl berührt wird. Weiter haben wir andere Bücher, wie Katechismen, biblische Geschichtsbücher und wie sie alle heißen. Der Katholische Schulverein entwickelt seine Thätigkeit besonders auf dem flachen Lande; und da haben wir speciell in Niederösterreich 3000 katholische Lehrer und 14 Lehrer, welche eines anderen Bekenntnisses sind. Also dafür ist schon gesorgt, dass die Erziehung der Schuljugend in katholischen Händen ist. Nun, meine sehr Verehrten, wenn Sie aber unseren Schulen und das betreffende Schülermaterial anschauen, so werden Sie die Beobachtung machen, dass unsere Schulen bereits nur Kinder besuchen, welche hauptsächlich dem Arbeiterstande angehören. Das trifft meistens in den Vororten zu, in der Inneren Stadt ist das weniger der Fall. Aber auch in den Vororten besuchen die Kinder von bemittelten Eltern entweder ein Privat-Institut, zum Beispiel eine Schulbrüderschule oder sie genießen den Unterricht zu Hause. Nun, meine sehr Verehrten, es kann der Fall sein, dass bei der privaten Erziehung das betreffende Kind mehr lernt, aber das Zeugnis wird man den öffentlichen Lehrern nicht verweigern, dass sie bestrebt sind, nach Thunlichkeit und unter Berücksichtigung der Verhältnisse, die in Wien vorwalten, ihre Kräfte einzusetzen für eine gute Erziehungsmethode.

Meine sehr verehrten Herren! Also aus dem ganzen geht hervor, dass die Volksschulen eigentlich schon mehr zu Armenschulen heruntergesunken sind, und diese Armenschulen will man nun in die Hände der Clericalen ausliefern. Meine sehr verehrten Herren! Es ist unsere Aufgabe, und wir sind alle in den Kampf gezogen, dass wir den Scheinliberalismus bekämpfen und besiegen. Das ist uns vorläufig hier in Niederösterreich gelungen. Mir kann niemand das Zeugnis versagen, dass ich anlässlich der Gemeinderaths-Wahlen mitgekämpft habe, ohne Rücksicht darauf, ob einer ein Christlich-socialer, ein Clericaler oder ein Deutschnationaler ist. Ich habe gekämpft mit dem Bewusstsein, dass wir uns eines Machtfactors entledigen sollen, was uns auch gelungen ist.

Aber, meine sehr verehrten Herren, wir haben nicht gekämpft, dass wir von der Herrschaft des Judenliberalismus unter die Herrschaft der Clericalen kommen, wir haben nicht gekämpft, dass wir von einem Extrem in das andere kommen, sondern das Volk will die Früchte selbst genießen, und es ist unsere Aufgabe, zu verhindern, dass nicht auf eine künstliche Weise ein Keil in das Volk hineingetrieben wird, denn wir wissen aus Erfahrung, es ist genug Blut geflossen, es sind viele Leben geopfert worden, um die Gelüste einzelner katholischer oder protestantischer Hetzer zu befriedigen. (Rufe links: Die Zeiten sind vorüber!) Meine sehr verehrten Herren! Dass die Zeiten nicht vorüber sind, dass das wirklich kein Phantom ist, beweist ja gerade ein Ausspruch Sr. Heiligkeit des Papstes Leo XIII. Er sagte: „Der Kampf um die Schule, das ist ein Kampf um die Erhaltung der christlichen Culturen.“ Oder sollte es vielleicht heißen um die Erhaltung des christlichen Cultus?

Meine Herren! Ich verweise Sie auf den alten Kirchenstaat. Im alten Kirchenstaate haben die Clericalen Zeit genug gehabt, um der Öffentlichkeit zu zeigen, wie sie wirtschaften. Sehen wir auf die wirtschaftlichen Verhältnisse hin, so werden wir aus den statistischen Berichten sehen, dass $^6/_{10}$ des gesammten Bodens geistlichen Orden, $^3/_{10}$ römischen Fürsten und $^1/_{10}$ Privaten gehörten.

Meine sehr Verehrten! $^9/_{10}$ des gesammten Grund und Bodens hatten die reichen Speculanten in großen Massen an Afterpächter vergeben und diese wieder so gedrückt, so dass sie, aller Mittel bar, das Feld nicht bestellen konnten, die Felder nicht fruchtbar waren. Dasselbe war mit Handel und Industrie.

Das Interessante an der ganzen Sache ist noch, dass der ganze Kirchenstaat in ein Abhängigkeitsverhältnis von jüdischen Banken kam, und dass Rothschild einer der Hauptgläubiger des Kirchenstaates war.

Meine sehr Verehrten! Im Jahre 1868 hat das päpstliche Budget ein Deficit von ungefähr 45 Millionen Lire aufgewiesen, und es bezifferte sich die gesammte Schuldenlast auf im ganzen 600 Millionen Lire.

Wie war es mit der Volksbildung? Sie war nicht so, wie wir uns sie denken. Im ganzen Kirchenstaate war keine einzige Lehrerbildungsanstalt. Die Erziehung der Jugend, wenn man von einer solchen reden kann, befand sich in den Händen der Nonnen und Mönche, und die brachten es so weit, dass ihre Zöglinge mit Ausnahme von wenigen (Gem.-Rath Hawranek: Moralisch erzogen waren!), wohl kirchliche Ceremonien auswendig gelernt haben, aber im Lesen, Schreiben und Rechnen haben sie es nicht weit gebracht. Die wenigsten kannten die einfachsten Begriffe, die sogenannten Elementarbegriffe.

Die Clericalen sagen: wir sind doch die Gründer der Volksschule; wir haben ein Recht darauf! Das ist ja recht, das stimmt; dieses Recht nehmen wir ihnen nicht weg. Sie haben die Schule gegründet, aber für wen? Nicht vielleicht für das arme Volk, nein, denn von einer Erziehung in der Volksschule kann man überhaupt nicht sprechen. Die Schule wurde gegründet für die Söhne der Adeligen, die wurden für den Staatsdienst erzogen, damit sie später ein gefügiges Werkzeug für jene sind. Der Deutsche ist einmal für die Freiheit geboren, und er würde alles, was von den Clericalen kommt, als eine abschreckende, als drückende Gewalt betrachten. — Wenn vielleicht jemand einer anderer Meinung wäre, heute steht ihm das Recht zu, Rede und Gegenrede zu stehen. Ich wäre bereit, meine Ansicht zu ändern, wenn er mir das Gegentheil beweisen würde. — Wir wollen Herren sein in unserem eigenen Lande. Der Deutsche will Herr in seinem eigenen Lande sein. Er will Herr in seinem Herzen sein. Vor allem will er der Herr sein in seiner religiösen Vernunft und in seinem Gewissen. Aber nicht nur, dass der Katholische Schulverein clerical ist, er ist auch international und der Internationalismus in der Politik ist gleichbedeutend mit der Auflösung aller Vaterlandsinteressen in ein einziges weltliches

und zugleich geistliches Kirchenregiment. Da wird jede nationale Regung erstickt als etwas antichristliches, als etwas heidnisches aufgefasst und muss aus dem Herzen des Gläubigen herausgerissen werden.

Ich stehe nicht auf dem Standpunkte, wie es in der Bibel heißt: Es muss ein Hirt und eine Herde sein.

Ich kann mir nicht denken, dass man aus den Germanen, Slaven, Mongolen, Negern und wie alle diese Volksstämme heißen mögen, einen Grund-Typus heranbilden kann! Man kann nicht die Völker, welche durch Sprache, Gemüthsbildung, durch ihre Körperbeschaffenheit, durch Hautfarbe u. s. w. sich voneinander unterscheiden, in eine unterschiedslose Masse zusammenschmelzen, da muss die Entwicklung der Eigenart, der Eigenthümlichkeiten der einzelnen Völker nebeneinander gehen. Sowie man aus einer Eiche, Buche u. s. w. keinen Normalbaum schaffen kann, ohne dass die Natur in ihrer Schönheit und Mannigfaltigkeit berührt würde, ebensowenig kann man aus verschiedenen Individuen, welche zu den einzelnen Völkern gehörten, einen Normal-Christen schaffen. So ist es also unsere Pflicht, dass wir in einem gewissen Verhältnis zur Kirche stehen.

Ich denke mir das Verhältnis der Kirche zu den einzelnen Völkern so, dass die Kirche wie ein liebendes und geliebtes Wesen den einzelnen Völkern bis ans Herz gehen soll, aber der Kopf des Volkes soll frei sein in der Verrichtung der irdischen Geschäfte.

Das Reichsvolksschulgesetz hat bereits der Kirche das Recht eingeräumt in der Bildung des Herzens, die Kirche hat die vollste Freiheit bekommen in der Ausbildung und Pflege der religiösen Gefühle. Aber diese ist nicht zufrieden damit; sie will etwas mehr, sie will herrschen und verlangt nicht nur das Herz, sondern sie verlangt auch den Kopf. Meine Herren! Die Volksschule darf nicht ein Spielball irgendeiner Partei sein, die Volksschule ist ein Besitzthum des Volkes, sie ist ein ecclesiasticum und muss ein solches bleiben. Meine sehr Verehrten, sie ist ein ecclesiasticum darin, dass sie ein Besitz des Volkes ist, aber nicht Besitz einer Partei, die zufällig durch die politischen Strömungen ans Ruder gekommen ist, und die wieder durch politische Strömungen weggefegt werden kann, Darum ist es Pflicht einer jeden Partei — sei es einer nationalen oder einer anderen — dass sie das Schulgesetz hochhält, wie ein Kleinod es bewahrt und behütet. Wenn Sie, meine sehr Verehrten, die Subvention bewilligen, so beweisen Sie, dass der Gemeinderath mit den Intentionen der Volksschule nicht einverstanden ist, dass er die Bestrebungen des clericalen Schulvereines unterstützt (Rufe links: Aber, aber!), er beweist aber weiters, dass er einverstanden ist, die Volksschule den Clericalen auszuliefern. (Widerspruch links.) Meine sehr Verehrten, es freut mich ja, dass ich soviele Gegenstimmen höre, und ich gebe mich der Hoffnung hin, nachdem der Widerspruch von dieser (linken) Seite erhoben worden ist, dass es nicht soweit kommen wird. Wir werden weiter zusammen kämpfen; aber aus nationalen, wirtschaftlichen und culturellen Gründen bitte ich um die Ablehnung des Antrages.

Bürgermeister: Herr College Lucian Brunner! (Heiterkeit links.)

Gem.-Rath Brunner: Es freut mich, wenn die Herren fröhlich sind und lachen und sich gut unterhalten, und wenn es recht gemüthlich wird im Gemeinderathe. Um zur Sache überzugehen, so hat ja der Herr Vorredner eigentlich den politischen Theil der Sache gestreift, er hat darauf hingewiesen, dass diese Subvention für den Katholischen Schulverein eigentlich nur eine moralische Anerkennung für den Verein ist und die Erklärung beinhaltet, dass der Gemeinderath von Wien beabsichtigt, die clericale Herrschaft in Österreich (Widerspruch links) einzuführen. (Unruhe links.) Ich kann ja warten, bis die Herren fertig sind; es können ja nicht zehn auf einmal reden, es kann nur einer reden.

Bürgermeister: Ich bitte um Ruhe!

Gem.-Rath Brunner: Ich habe vom Herrn Referenten gehört, dass der Rechenschaftsbericht des Katholischen Schulvereines vorliegt, aber wir haben ihn nicht bekommen, und es wäre ja interessant, diesen Rechenschaftsbericht zu sehen. (Rufe links: Für Juden!) Ob Jud' oder Christ, das bleibt sich gleich. (Gelächter links.) In diesem Falle wird das Geld der Steuerträger verwendet, und ich glaube nicht, dass Sie sortieren werden: das ist jüdisches Geld und das ist christliches Geld, sondern ich denke, alle Herren, auch jene, welche Stadtrathsgehalte beziehen, werden das Geld nehmen — ohne Unterschied ob es jüdisch oder christlich ist. Stellen Sie sich überhaupt nicht so judenfeindlich; es ist Ihnen garnicht so ernst damit. (Lebhaftes Gelächter links.) Sie sind froh, dass es Juden gibt (Erneuertes Gelächter links) — wie gäbe es denn sonst eine antisemitische Partei? Und wer hätte die Herren, die hier sind, in den Gemeinderath gewählt? Sie sind uns zu großem Danke verpflichtet (Gelächter), und wenn Sie uns noch so schimpfen, persönlich sind Sie doch unsere besten Freunde. (Erneuertes Gelächter.)

Übrigens, meine Herren, das Schimpfen thut uns auch gar nicht wehe, das will ich bemerken. Es gibt zwar viele solche, die sich ... (Unruhe. Zwischenrufe rückwärts.) Ich bitte, keine rückhältigen Bemerkungen zu machen (Gelächter), wenn Sie etwas zu sagen haben, können Sie es ja öffentlich sagen. Aber ich denke, wir wollen jetzt über den Katholischen Schulverein sprechen, nicht über die Juden, obwohl das das populärste und beliebteste Thema in Wien und Österreich ist. (Rufe: Was geht der Katholische Schulverein die Juden an?) Ich bitte ... (Gem.-Rath Gregorig macht einen Zwischenruf.) Sie haben gewiss keinen Grund, das Gegentheil zu behaupten, denn Sie verdanken Ihr ganzes politisches Renommee den Juden! (Schallendes Gelächter und neuerliche Zwischenrufe, die im Lärm unverständlich bleiben.) Warum sprechen Sie zu mir? Gehen Sie auf Ihre Plätze! — Wenn der Katholische Schulverein nur ein Katholischer Verein wäre und nur die Interessen katholischer Lehrer oder besonderer Leute vertreten würde, die außerordentlich fromm wären, möchte ich gar kein Wort verlieren. Aber thatsächlich heißt er nur Katholischer Schulverein, in Wirklichkeit ist das ein clericaler Verein, und die clericale Partei, meine Herren, ist keine religiöse Partei, wie ich behaupte, sondern das ist eine politische Partei; sie sprechen wohl von Religion, aber ihr Ziel ist die Herrschaft, und zwar die Weltherrschaft! (Lärm. Rufe: Das ist das Ziel der Juden! Beifall.) Aber, meine Herren! Wenn Sie behaupten, die paar Juden, die auf der Welt sind, beherrschen die Welt, da blamieren Sie sich ja selbst, so lächerlich ist das! Sie reden immer von Judenherrschaft, und seit 50 Jahren ist in Wien noch niemals ein Jude beim Ministerium angestellt worden (Gelächter), trotzdem es im Gesetze steht. Und da haben Sie noch die Stirne und begehen die Lächerlichkeit und reden von Judenherrschaft.

Also ich habe gesagt, die clericale Partei strebt die Weltherrschaft an. Vor ganz kurzer Zeit erst hat ein ehemaliger Jesuitenpater, Graf Honsbrook in Preußen, der aus dem Orden ausgetreten ist, feierlich und öffentlich erklärt: „Wir streben an, dass der Papst der Herrscher der ganzen Welt sei, und dass alle

Monarchen nur Untergebene des Papstes seien, dass alle Länder nur Vasallenländer des Papstes werden, und jeder, der es ernst mit diesen Lande meint, wird nicht wollen, dass unser Vaterland eine Vasallenprovinz des Bischofs von Rom wird." (Rufe: Das hat er im „Extrablatt" gelesen!)

Nein, das habe ich von Ihnen ausgeliehen. (Rufe: Sie glauben es selber nicht!) Das ist eine Thatsache, und mächtiger als je, ist heute des Streben dieser Partei. Wir wissen ja, was diese Partei in Österreich schon geleistet hat. Ich habe vorgestern nur einen kurzen Blick in den Rechenschaftsbericht des Katholischen Schulvereines geworfen. Wer sind denn die großen Wortführer dieses Vereines? Herr Nuntius Agliardi, der Protector des Herrn Dr. Lueger (Schallendes Gelächter), aber noch ein anderer, der eigentliche Commandant des Wiener Gemeinderathes, das ist der Pater Abel! Das sind die großen Wortführer, die Herren Jesuiten, Sie sind eigentlich nur ihre Untergebenen! (Gelächter und Rufe: Das haben wir gar nicht gewusst!) Wir brauchen ja nur die Geschichte Österreichs nachzublättern und dann wissen wir, was diese Leute gethan haben. (Rufe links: Ja, die Juden!) Die Juden haben diesem Lande nur Gutes erwiesen (Lebhaftes Gelächter links); die Juden sind die Patriotischesten und Fleißigsten dieses Landes (Erneuertes lebhaftes Gelächter links), und wenn die Juden nicht in Wien wären, so würde in Wien Gras auf den Straßen wachsen. (Schallendes Gelächter links.) Lachen Sie nur, meine Herren, wenn Sie glauben, mit der Politik richtet man alles, so sind Sie auf dem Holzwege; und wenn es Ihnen heute gelingt, die Juden zu vertreiben, so würden Sie sie sehr schnell wieder holen (Lebhaftes Gelächter links), denn sie liefern Ihnen etwas, was Sie leider nicht besitzen. (Andauernde Unruhe links.) Ist das die Objectivität, von der Sie gesprochen haben, Herr Bürgermeister?

Bürgermeister: Möchten Sie nicht einmal zur Sache kommen? Wir verhandeln über die Subvention für den Katholischen Schulverein und nicht über die Juden. (Heiterkeit.)

Gem.-Rath Brunner: Ich bin ganz bei der Sache. Der Katholische Schulverein bezweckt nichts anderes, als die Tendenzen, welche ich hier zum Ausdrucke gebracht habe, ins Leben zu rufen. Es ist ein Verein, der sich nicht nur um die Schule kümmert, sondern nach allen Berichten, die mir zugekommen sind, ein politischer, ein parteipolitischer Verein im strengsten Sinne des Wortes. (Heiterkeit links.) Meinethalben können die Herren soviele katholische Schulen machen, als sie wollen. Ich achte und ehre jede ehrliche Überzeugung, und wenn es Leute gibt, die aus ehrlicher Überzeugung streng religiös sind, so lüfte ich den Hut vor ihnen. Ich selber bin nicht religiös, ich mache kein Geheimnis daraus. Mir sind alle Religionen gleichgiltig. Ich bin so glücklich, sagen zu können, ich habe mich schon längst von der Vormundschaft aller Priester emancipiert und ich denke, jeder vernünftige und gebildete Mensch sollte schon so weit sein. Aber dieser Verein hat einen rein politischen Parteizweck, und deshalb glaube ich, ist der Gemeinderath nicht einmal berechtigt, eine Subvention zu bewilligen. (Widerspruch links.) Der Gemeinderath hat die Pflicht, für die allgemeinen Interessen zu sorgen, für die Interessen der Gemeinde, für die Interessen der Juden, welche ihre Bürger sind, und für die Interessen der Christen, welche hier sind. Es gibt überhaupt nicht zweierlei Interessen, sondern nur einerlei; für alle ehrlichen, fleißigen, arbeitsamen Bürger dieser Stadt ist es nothwendig, dass sie alle gemeinsam ... (Rufe links: Die Juden arbeiten ja nichts!) — Die Juden sind die fleißigsten. Wenn Sie das sagen, verstehen Sie nichts davon. Überhaupt, wie der Herr Vice-Bürgermeister das letztemal gesagt hat, muss heute ich Ihnen sagen: Unterbrechen Sie den Brunner nicht!

Bürgermeister: Möchten Sie nicht doch einmal zur Sache kommen?

Gem.-Rath Brunner: Ich bitte, Herr Bürgermeister, möchten Sie nicht sorgen, dass ich nicht von vorwärts, von rückwärts, von allen Seiten unterbrochen werde? (Lebhaftes Gelächter.)

Bürgermeister: Das kann ja niemanden verwehrt werden und zeigt nur, welche Aufmerksamkeit Ihre Rede findet. (Heiterkeit.)

Gem.-Rath Brunner: Die Herren werden mich bald als angenehmen lieben Collegen betrachten; denn wenn ich in diesem Gemeinderathe nicht wäre, wäre es ja fürchterlich langweilig hier. (Heiterkeit und Zwischenrufe links.)

Bürgermeister: Meine Herren! Ich ersuche, den Herrn Redner nicht immer zu unterbrechen. Ich bitte denselben, fortzufahren.

Gem.-Rath Brunner: Ich habe bereits gesagt, aus welchen Gründen nach meiner Ansicht der Gemeinderath nicht berechtigt ist, diese Subvention zu bewilligen. Ich kann Ihnen deshalb nur beantragen, diese Subvention abzuweisen. Sie werden damit Ihrer Wählerschaft und dem allgemeinen Interesse einen großen Dienst erweisen.

Bürgermeister: Herr College Hawranek!

Gem.-Rath Hawranek: Zuerst gratuliere ich dem Collegen Tomanek zu seinem wackeren Parteigenossen, der ihn so ausgiebig unterstützt hat. Es charakterisiert das, wie weit die Wotansbrüder, die Deutschnationalen, es gebracht haben, dass der Jude ihnen jetzt Beifall klatscht. Das muss gesagt werden, ich bitte, mich zur Ordnung zu rufen, aber ich kann nicht anders, weil mich das empört. Ich bitte Sie, das ist doch ein katholischer Lehrer, nicht wahr? Er ist in einem katholischen Staate und spricht gegen die Subvention, die von den Liberalen schon gegründet und zugestanden worden ist, die auch schon von der provisorischen Verwaltung der Gemeinde auf drei Jahre vorausbestimmt worden ist. Ich kann das gar nicht fassen, wie ein Lehrer, der eigentlich unser christlicher Lehrer ist, das thun kann. Wenn der Katechet verhindert ist, muss er ja seine Stelle übernehmen, muss Religionsunterricht geben. Wie macht er das? Dafür ist der Verein da, dass er katholische Lehrer erzieht. Die Furcht vor dem Clericalismus! Das sagt der Jude Lucian Brunner auch. (Lebhafte Heiterkeit.)

Es beweisen auch die letzten Wahlen, wie sie mit den Juden zusammengegangen sind. Meine Herren, wir bekämpfen eigentlich das Großcapital des Juden. Der Herr Brunner sagt natürlich, die Weltherrschaft haben die Priester. Das ist aber heutzutage nicht wahr, die Weltherrschaft haben die Juden. Leider ist es so weit gekommen, dass sich die Christen haben ausbeuten lassen. Aber ich muss Ihnen nur sagen, dass dieses Gewäsch gar nicht am Platze gewesen ist, welches der Herr College Tomanek gemacht hat. Es sind viele Leute von den Gallerien schon weggegangen; wenn sie gewusst hätten, dass sie sich so gut mit dem Herrn Lucian Brunner unterhalten würden, so wären sie gewiss da geblieben. (Lebhafte Heiterkeit.) Für einen katholischen Lehrer ziemt es sich, glaube ich, nicht, dass er in einer solchen Weise gegen diese Subvention auftritt. (Beifall.) Ich hätte gar nicht gesprochen, aber ich kann nicht fortwährend zuhören, wenn so

gesprochen wird, als wenn wir in einer jüdischen Stadt wären. (So ist es!) Wir können überdies nichts anderes machen, als für die Subvention stimmen, weil sie schon im Voraus auf drei Jahre bewilligt worden ist. Wir haben nur zuzustimmen, weil der Verein seinen Rechenschaftsbericht nicht beigebracht hat.

Bürgermeister: Zur Geschäftsordnung Herr College Schlögl.

Gem.-Rath Schlögl: Ich beantrage den Schluss der Debatte.

Bürgermeister: Es wird Schluss der Debatte beantragt; ich bitte jene Herren, welche damit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Schluss der Debatte ist angenommen.

Es sind noch zum Worte gemeldet die Herren Gem.-Räthe: Dr. Pommer, Latschka, Dr. Geßmann, Schreiner, Tomanek, Dr. Mayreder und Lorenz Müller.

Das Wort hat der Herr College Dr. Pommer. (Gem.-Rath Dr. Kraft: Zur Geschäftsordnung! — Rufe: Es ist schon das Wort ertheilt!)

Gem.-Rath Dr. Kraft: Ich beantrage die Wahl von Generalrednern.

Bürgermeister: Ich werde diesen Antrag später zur Abstimmung bringen, nachdem ich bereits das Wort ertheilt habe. Herr Gem.-Rath Dr. Pommer!

Gem.-Rath Dr. Pommer: Meine Herren! Ich sollte eigentlich längst nicht mehr hier sein, weil ich mich verpflichtet habe, einen Vortrag zu halten, der um die siebente Stunde beginnt. Ich muss aber hier verweilen, um meinen Standpunkt in dieser Sache in kurzem zu präcisieren. Ich bin immer ein Mann gewesen, der klar und deutlich sagt, was er denkt und will, und ich halte mich dazu auch jetzt für verpflichtet.

Ich mache zunächst darauf aufmerksam, dass wir in Österreich confessionelle Schulen besitzen, und zwar protestantische confessionelle Schulen; es sind solche zum Beispiel in Wien, die Evangelischen haben hier eine Schule, auch in Graz, meines Wissens auch in Brünn. Ich habe in Kärnten, in dem fast ganz protestantischen Weißensee mehrere protestantische confessionelle Schulen kennen gelernt und dort auch eine confessionelle Schule der Katholiken gefunden. Das sind confessionelle Schulen, welche gegründet worden sind von Minderheiten, welche die Nothwendigkeit empfunden haben, solche Schulen zu erhalten, weil sie sonst fürchten müssten, dass ihnen ihre Religion genommen, sie dem eigenen Glauben entfremdet werden.

Ich erlaube mir also, zunächst darauf hinzuweisen, dass, wenn es sich hier um die Unterstützung eines Vereines handelt, der die Aufgabe hat, confessionelle Schulen zu gründen, dies nicht etwas absolut neues ist, und dass dem gegenübergestellt werden muss, dass es auch protestantische confessionelle Schulen gibt. Allerdings, meine Herren — und ich möchte mich informieren lassen und werde eine Anfrage stellen — ist meines Wissens ein gewisser Unterschied vorhanden, indem die protestantische Schule zum Beispiel in Wien auch katholische Schüler und (Rufe links: Jüdische!) — ich bitte, mich aussprechen zu lassen — leider auch jüdische Schüler aufnimmt.

Ob das bei den Schulen des Katholischen Schulvereines auch der Fall ist, weiß ich nicht, ich erlaube mir aber eine diesbezügliche Anfrage.

Und nun erlaube ich mir, einfach zu wiederholen, was von deutschnationaler Seite so oft gesagt worden ist: Wir sind nicht liberal, wir sind nicht clerical, sondern wir sind national und haben diese Frage ausschließlich von dem nationalen Standpunkte aus zu beurtheilen. Es ist ja seit mehr als zehn Jahren bekannt, welchen Standpunkt die Deutschnationalen in dieser Frage eingenommen haben. Sie haben einfach die Trennung der christlichen Kinder von den jüdischen verlangt (Beifall); die Trennung der christlichen von den jüdischen! Dabei ist aber wohl zu betonen, dass das Wort „Christ" im weiteren Sinne des Wortes zu verstehen ist und nicht identificiert werden darf mit „katholisch". Wir haben nie gesagt: die Trennung der „christlichen" Kinder in dem Sinne von „katholischen", von protestantischen oder griechisch-unierten, sondern der christlichen von den jüdischen. In diesem Sinne haben wir auch den Ausdruck „Christen" vielfach anwenden gehört, und ich glaube, von Herrn Dr. Lueger selbst, der von „vereinigten Christen" sprach, und da sind — ich bin überzeugt, dass es ehrlich gemeint war — gewiss nicht bloß verstanden gewesen die vereinigten Katholiken, sondern wenn von vereinigten Christen die Rede ist, so muss daran gedacht werden, dass es auch andere christliche Bekenntnisse gibt. Aus dem einfachen nationalen Grunde, dass wir fürchten müssen, dass aus religiösen Gründen eine Scheidewand aufgerichtet werden könnte zwischen den Katholiken und Protestanten deutscher Nation, haben wir uns gegen die confessionelle Schule erklärt.

Ich erlaube mir also, die Frage zu stellen: Nehmen die Schulen des katholischen Schulvereines auch Protestanten oder überhaupt Nichtkatholiken auf — selbstverständlich ist die Frage nicht dahin gerichtet, ob sie auch Juden aufnehmen — oder verhalten sie sich hier principiell oder in der Praxis ablehnend?

Die zweite Frage, die ja für uns in der Gemeinde von Wichtigkeit ist, ist folgende: Ersetzen die von dem Katholischen Schulvereine gegründeten und erhaltenen Schulen eine öffentliche Schule in der Weise, dass, wenn der Katholische Schulverein an dieser Stelle keine Schule errichtet hätte, die Stadt Wien gezwungen wäre, an ihrer Stelle eine eigene Schule zu errichten? So ist das Verhältnis zum Beispiel bei der evangelischen Schule in der Technikerstraße. Wenn diese heute aufgelassen würde, so müsste die Commune selbstverständlich aus eigenen Mitteln und mit großen Kosten dort eine Schule errichten, während sie so viel billiger herauskommt, indem sie 10.000 fl. jährlichen Zuschuss gibt.

Drittens erlaube ich mir hier die Frage: Wie gedenkt sich die Parteileitung, wie gedenkt sich das Präsidium, wie gedenkt sich unsere Majorität in der Frage zu verhalten, die auch heuer wieder an uns herantreten wird: die evangelische Schule in Wien zu subventionieren?

Von der Beantwortung dieser Fragen würde ich meine Abstimmung abhängig machen, wenn ich nicht jetzt das Haus verlassen müsste — es ist nicht anders möglich. — Ich bitte aber, jedenfalls diese Aufklärungen zu geben.

Wofür wir uns aber in dieser Frage zu entscheiden haben, meine Herren, wenn uns etwas das deutlich sagen könnte, so müsste es uns die Rede des Herrn Lucian Brunner gesagt haben; wenn etwas im Stande ist, mich dazu zu bewegen, mich sympathisch oder wenigstens nicht ablehnend zu verhalten gegenüber dem Begehren nach Subventionierung der Schule des Katholischen Schulvereines, so ist es gerade das Auftreten des Herrn Lucian Brunner und der Presse, die mit Vorliebe als „judenliberale" Presse gekennzeichnet wird.

Wenn diese Fragen, die ich gestellt habe, in einer mich befriedigenden Weise beantwortet würden, so nehme ich keinen Anstand, zu erklären — und ich fürchte, hier keine Befehdung und keine Verleumdung — dass ich für die Unterstützung des Katholischen Schulvereines stimmen würde. (Beifall links.)

Bürgermeister: Es ist beantragt worden, Generalredner zu wählen.

Ich bitte diejenigen Herren, welche mit der Wahl von Generalrednern einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Ich bitte jetzt die Herren, zu erklären, ob sie pro oder contra sprechen wollen.

(Über Namensaufruf des Bürgermeisters erklären sprechen zu wollen pro die Gem.-Räthe Latschka, Dr. Geßmann und Lorenz Müller, contra Gem.-Rath Tomanek. Gem.-Rath Dr. Mayreder verzichtet.)

Ich bitte die Herren Gem.-Räthe Latschka, Dr. Geßmann und Lorenz Müller einen Generalredner pro zu wählen. Contra-Redner ist Herr Gem.-Rath Tomanek. Derselbe hat jetzt das Wort.

Gem.-Rath Tomanek: Meine sehr verehrten Herren! Ich kann nicht viel erwidern, weil ich noch sehr wenig gehört habe, aber in dem Wenigen liegt, glaube ich, etwas Interessantes. Vor mir sprachen mehrere Redner, mit denen ich mich ein bisschen beschäftigen will. Vor allem Herr Gem.-Rath Lucian Brunner. Aus dem Gelächter, das ich von dieser Seite gehört habe, habe ich entnehmen müssen, dass er nicht ernst zu nehmen sei, weil das eine rein culturelle Frage ist, und wenn wir Ordnung in unserem Hause machen — ich glaube, Ordnung muss man machen — so sind wir ja im Stande, selbst Ordnung zu machen.

Wir brauchen dazu keine Leute, welche unserem Wesen fremd sind, Leute, welche zu unserer heutigen Größe nicht das geringste beigetragen haben.

Ich betrachte die Worte des Herrn Gem.-Rathes Lucian Brunner als Worte, die er vielleicht als Ausfluss seiner Humoristik hier vorgebracht hat, Worte, die vielleicht für einen parlamentarischen Harlekin mehr passen, als für einen Gemeinderath der Stadt Wien.

Herr Gem.-Rath Hawranek hat mir meinen Stand vorgeworfen. Darüber zu reden ist ja schwer, umso schwerer für den, der von der Schule nichts versteht.

Herr College Hawranek möge mir verzeihen und mich entschuldigen, wenn ich hier dieses Wort gebrauche, aber ich mische mich auch sehr wenig in sein Geschäft hinein. Diese Frage ist eine erziehliche und die Sache der Betreffenden, die national fühlen, und die Sache derjenigen, welche Sachverständige im Schulwesen sind.

Meine Herren! Ich komme ferner auf die Rede des Herrn Professors Dr. Pommer. Herr Professor Dr. Pommer ist ja vollkommen einverstanden mit den Bestrebungen des Katholischen Schulvereines, nachdem er die befriedigende Aufklärung erhielt, dass in die Schule des Katholischen Schulvereines auch Protestanten hineinkommen. Nun, meine sehr geehrten Herren! Ich war auch in einer confessionellen Schule; ich war in einer evangelischen Schule, und in dem nächsten Dorfe war eine katholische Schule, auch eine confessionelle Schule. Nun, von beiden Seiten wurden von den damaligen Lehrern nach ihrem Bildungsgrade in das Herz der Jugend Begriffe gepflanzt, welche sozusagen einen Keil in unser deutsches Volk hineingebracht haben und hineinbringen. Es ist ein Hass, nicht nur ein persönlicher, in die Herzen der katholischen und protestantischen Schüler geimpft worden. Wie die Schüler aus der Schule herausgekommen sind, haben sie sich gegenseitig beschimpft und mit Steinen beworfen. (Widerspruch und Gelächter links. — Ruf: Aber nicht weil es confessionelle Schulen waren!) Das sind die Producte der confessionellen Schule. (Widerspruch links.) Ich spreche ja nicht für dieselbe, ich bin ja ein Gegner derselben. (Gem.-Rath Gregorig ruft: Die schlechten Lehrer sind's!)

Dafür können wir nicht bürgen, dass wir nicht die schlechten Lehrer zurückbekommen werden. Die ganze Sache darf nicht vom confessionellen Standpunkte besprochen werden, sondern vom nationalen, und ich bitte nochmals um die Abweisung dieses Antrages.

Bürgermeister: Zum Generalredner pro wurde Herr Dr. Geßmann gewählt. Ich ertheile ihm das Wort.

Gem.-Rath Dr. Geßmann: Erlauben Sie mir zunächst, auf die Anfrage des Herrn Dr. Pommer zu antworten — ich glaube, es ist dieselbe wenigstens bisher nicht beantwortet worden — um zu constatieren, dass in die Schulen des Katholischen Schulvereines, wie mir von authentischer Seite mitgetheilt wurde, auch ohne große Schwierigkeit Protestanten aufgenommen werden. (Hört! links.) Ich möchte zugleich constatieren, dass in dem Falle, als diese Schulen nicht bestünden, die Stadt Wien natürlich mit ihren Mitteln aufkommen müsste für das Schülermaterial, welches in diesen Schulen den Unterricht genießt. (Sehr richtig! links.)

Ich möchte aber gegen eine Ausführung des verehrten Herrn Collegen Tomanek gerade im Interesse unserer Schule und unserer Lehrer auf das allerentschiedenste protestieren, und hauptsächlich dagegen, dass er unsere allgemeine Volks- und Bürgerschule zu einer Armenschule degradiert. Nein, meine Herren, er hat damit sowohl dieser Schule, wie seinen Collegen gewiss einen sehr schlechten Dienst erwiesen (Zustimmung links), und ich erkläre, dass ich dagegen ganz entschieden protestieren muss, weil ich unsere Schule hoch genug schätze, dass sie auch für die reichsten Kinder aus dem Volke ihre Pflicht thut. Es würde sehr traurig um unsere Schule stehen, und es hieße dieser Schule geradezu ein Armutszeugnis ausstellen, wenn man sagt, sie ist eine „Armenschule", sie genügt für die Kinder der armen Leute. (Sehr richtig! links.) Nein, ich gehöre nicht zu den armen Leuten, aber ich habe geradezu den größten Wert darauf gelegt, dass mein Kind die öffentliche Schule besucht. Ich bin nicht in einer öffentlichen, sondern in einer Privatschule erzogen worden, und ich habe gerade darauf gesehen, dass mein Kind die öffentliche Schule besucht, weil ich es sowohl für die Kinder als auch für die allgemeinen Zustände von größtem Werte halte, dass da eine Scheidung nicht eintritt. Wo soll es denn hinkommen, wenn unsere Herren Lehrer selbst diese Schule degradieren (Lebhafter Beifall links), wenn sie sagen, diese Schule ist eben noch gut genug für die Kinder armer Leute? Nein, unsere Schule muss so sein, dass das Kind des Reichsten neben dem Kinde der Ärmsten den gleichen Unterricht genießt (Beifall links), und es ist auch so, es ist ein bedauerlicher Missgriff, wenn aus den Kreisen der Lehrerschaft selbst eine solche Scheidung unserer Schule eintritt. (Beifall links.)

Ich möchte noch eines betonen. Herr College Tomanek — er möge mir verzeihen — hat sich gewaltig vergriffen, wenn er als Hauptmotiv seiner Ausführungen die Entwicklung der

Zustände in Italien und besonders im Kirchenstaate herangezogen hat. Wenn Herr Tomanek je Gelegenheit gehabt hätte — ich weiß nicht, er mag vielleicht einmal in Italien gewesen sein — sich mit den socialen Verhältnissen, mit der ganzen Entwicklung des Volkes seit dem Jahre 1870 in Italien vertraut zu machen, dann hätte er zu einem ganz anderen Schlusse kommen müssen. Ich habe gesehen, dass die Zustände des Arbeiters in der durch ihre Fruchtbarkeit ausgezeichneten oberitalienischen Tiefebene, in einem Lande, wo in der That Milch und Honig fließt, furchtbar desolat sind. Dort sind die socialen und materiellen Zustände der breiten Massen des Volkes nicht um ein Haar besser geworden, im Gegentheile, sie sind schlechter geworden, und ein Beweis dafür, dass sich die socialen Verhältnisse auch in Bezug auf die Volksbildung verschlimmert haben, ist, dass trotz des kolossalen Druckes, den die heute allmächtige liberale oder radicale Partei in Italien ausübt, bei den Gemeinderathswahlen, an denen sich die Katholiken überhaupt nur betheiligen, immer mehr katholische Majoritäten zutage treten. Wenn der verehrte College Tomanek nach Sicilien gehen und dort das Los der Arbeiter in den Schwefelbergwerken ansehen wollte, dann wird er entsetzt sein von den Zuständen, die jeder Beschreibung spotten.

Wenn der verehrte College Tomanek mit mir ins Florentinische gehen wollte, so würde er sehen, dass die Zustände, welche dort herrschen, geradezu entsetzliche sind. Er hat gesagt, soviele Theile des Grundes und Bodens sind in den Händen der Adeligen, soviele sind in den Händen der Kirche und so wenige in den Händen der Bauern, das ist richtig.

Er würde sich aber dort auch überzeugen, dass seit den Jahren 1859, 1866 und 1870 an die Stelle der Kirchengüter, die doch immerhin einem sehr bedeutenden Theile der Bevölkerung Nahrung geben, jüdische und englische Speculanten getreten sind, welche diese Gründe geradezu um Spottpreise aufgekauft haben (Zustimmung links), und dass jetzt die schauerlichste Ausbeutung der Bevölkerung in einem Umfange betrieben wird, dass sich einem geradezu das Herz im Leibe zusammenpresst, wenn man die Noth und das Elend der dortigen Arbeiter, auch der bäuerlichen Arbeiterschaft oder der Colonie, sieht.

Gehen Sie nach Oberitalien, dem fruchtbarsten Lande in ganz Europa. Die Noth der Colonien — denn die Leute sind nicht Besitzer des Grundes und Bodens — ist so erschreckend, dass die Leute nicht im Stande sind, sich in dem ohnehin milden italienischen Winter das bisschen Holz zu verschaffen, um ihre Stuben zu wärmen, so dass es zu ernster socialer Revolution und Störung der öffentlichen Ruhe kommt. Das war also ein unglückliches Beispiel. Gerade in Italien haben sich die socialen Verhältnisse unter dem Einflusse des auf dem gleichen Standpunkte stehenden Radicalismus auf das ärgste verschlechtert, sie gleichen einem Pulverfasse, von dem jeden Augenblick zu befürchten steht, dass es in die Luft gesprengt wird. Der verehrte Herr College Tomanek hat auf das Gefährliche und Bedenkliche der confessionellen Schule hingewiesen, und hat diese gerade als vom nationalen Standpunkte besonders bedeutsam betont. Ich verweise ihn darauf, dass in Österreich keine confessionelle Schule besteht; aber in Baiern und in Preußen und in einer Reihe von deutschen Staaten ist die confessionelle Schule die Regel und die Simultanschule die Ausnahme. Nicht die jüdische, sondern die protestantische confessionelle Schule ist dort die Regel. Man hat oft gesagt, im Jahre 1866 habe uns der deutsche Schulmeister bei Sadowa geschlagen. Das war die confessionelle Schule, die damals bestanden hat und die heute auch in Deutschland eigentlich die Regel bildet, und was die Entwicklung des Nationalgefühls betrifft, so hat die confessionelle Schule dem deutschen Volke nicht im geringsten geschadet. Ich will übrigens gar keine Lanze für eine bestimmte confessionelle Schule einlegen, ich stehe auch auf dem Standpunkte, dass wir nichts anderes begehren, als eine Trennung der christlichen von den jüdischen Kindern, eine Forderung, gegen welche auch College Tomanek sich absolut nicht wehren kann, obwohl er in consequenter Entwicklung seines Standpunktes nur auf den Standpunkt des Lucian Brunner kommt. (Lebhafter Beifall links.)

Der verehrte Herr College Tomanek hat auch ausgeführt, dass der Katholische Schulverein international sei. Mir wenigstens ist davon absolut nichts bekannt. Die Schulen des Katholischen Schulvereines sind ausschließlich deutsch; alles was der Katholische Schulverein an Emanationen hinausgegeben hat, wurde in deutscher Sprache hinausgegeben, und ich weiß absolut nicht, wie er zu diesem Dictum kommt, dass unser Schulverein eine internationale Tendenz verfolge oder eine internationale Schöpfung sei. Bei uns, das kann ich dem verehrten Herrn Collegen Tomanek versichern, wurde nicht die Frage angeregt: „Bist Du Protestant oder Katholik?" wir haben einfach gesagt: „Bist Du Christ, stehst Du auf dem Boden unserer Weltanschauung, bist Du geneigt, die Interessen des gesammten christlichen Volkes, ohne Unterschied ob Katholik oder Protestant, zu unterstützen?" Das ist der Standpunkt, den wir eingenommen haben. (Beifall links.)

Wir Katholiken — ich darf es wohl aussprechen — sind viel duldsamer als der verehrte protestantische Herr College Tomanek (Beifall links.); wir haben uns nie dagegen gewehrt, dass beispielsweise der protestantischen Schule in Wien, die eine streng confessionelle ist, 10.000 fl. Subvention Jahr für Jahr gewährt werde, und wir werden das auch in Zukunft nicht thun, aber das eine können wir begehren, dass man uns, die wir gewiss 90 Percent der gesammten Bevölkerung sind, mit dem gleichen Maße messe. Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig. Wenn wir die Mittel der Stadt Wien, ohne ein Wort zu sprechen, seit einer langen Reihe von Jahren in einem so bedeutenden Ausmaße dazu hergeben, um protestantische confessionelle Schulen zu unterstützen, so ist es gewiss keine ungerechte und unbescheidene Forderung, wenn wir eine verhältnismäßig so geringe Subvention, wie sie seitens des Katholischen Schulvereines erbeten wird, bewilligen. Nein, meine Herren, ich sage, wir wären charakterlos, wir müssten uns schämen, wir wären Leute, die einer Scheinconfession angehören, wenn wir das nicht thun wollten. Dann müssten wir auch den Muth haben, zu sagen: wir sind keine Katholiken, wir sind — ich weiß nicht was. Aber, meine Herren, gleiches Maß und Gerechtigkeit gegenüber allen! Was den Protestanten recht und billig ist — und wir haben nie ein Wort dagegen gesprochen, nicht eine Silbe dagegen eingewendet — das kann wohl auch der 90 Percent betragenden katholischen Bevölkerung gegenüber nicht als Unrecht ausgelegt werden. Wenn der verehrte Herr College Tomanek sagt, dass er in einer confessionellen Schule aufgezogen worden sei, in welcher die Lehrer den Hass gegen die beiden christlichen Religionen den Kindern ins Herz gelegt haben, so bedaure ich nur die, die das gethan haben, und ich bedaure die Schule, an der das geschehen konnte. In unseren Schulen werden Sie das nie gehört haben, und ich fordere da alle Lehrer und alle Mitglieder des Gemeinderathes und die ganze Öffentlichkeit auf, zu bezeugen, ob je deshalb, weil ein Kind der

protestantischen, das andere der katholischen Confession angehörte, die leiseste Differenz sich ergab. Nein, meine Herren, wir stehen auf dem Boden der gleichen Weltanschauung und verfolgen demgemäß, was auch die culturellen Absichten anbelangt, die gleichen Ziele, und es ist in dieser Beziehung gewiss keine Feindseligkeit von uns in die Bevölkerung je hineingetragen worden.

Ist das geschehen, so bedauere ich es sehr; es ist das aber dann gewiss von einer anderen Seite geschehen. Dass die Kinder sich untereinander raufen und mit Steinen werfen — der Herr College möge mit mir kommen: hier in unmittelbarer Nachbarschaft sind Buben vom Gymnasium und Buben von der Bürgerschule; da ist das traditionell und ist es schon vor 40 Jahren traditionell gewesen. Wie ich ins Gymnasium gegangen bin, haben wir uns mit den Realschülern gerauft. Das sind Dinge, die in den nöthigen Schranken gehalten werden müssen; aber daran Conclusionen zu ziehen, dass da ein confessionelles oder ein anderes Moment eine Rolle spiele, geht nicht an. Das wird wahrscheinlich auch in dem Falle des verehrten Collegen Tomanek so gewesen sein, und ich bedauere nur, dass seine Lehrer eine nachträgliche, und zwar herbe Kritik von ihrem Schüler nach so langer Zeit sich haben gefallen lassen müssen. (Heiterkeit.)

Was die Ausführungen des Collegen Brunner anbelangt, so muss ich aufrichtig gestehen, dass ich ihm für seine Ausführungen recht herzlich dankbar bin. Im Gegensatze zu den Zwischenrufern bin ich ihm recht verbunden, dass er selbst so recht deutlich gezeigt hat, was es eigentlich mit der furchtbaren Bedrückung des Judenthums durch uns Antisemiten für eine Bewandtnis hat. Wenn man liest, was sein Gesinnungsgenosse, Herr Szeps, jeden Tag seinen Lesern vorsetzt, indem er an die Polizei, an die Staatsanwaltschaft, bis hinauf an die Stufen des Thrones appelliert: Schrecklich! Wir armen Juden können es gar nicht mehr aushalten! — so findet das durch die Ausführungen des Collegen Brunner die allerbeste Correctur. Ich werde das auch ad notam nehmen, hochverehrter Herr College Lucian Brunner, und mir sehr gut merken, wenn sich einmal Gelegenheit ergibt, und vielleicht weniger von den Juden als von den Herren, die sie an Drähten ziehen, eine so entrüstete Pose angenommen wird, wegen alles dessen, was die Antisemiten gegen die Juden verschuldet haben. Der verehrte College Brunner hat gesagt, es handle sich nur um die Weltherrschaft des Clericalismus. Meine Herren! Das Judenthum oder seine Vertreter, oder solche, welche im Sinne desselben sprechen, sollten ein gewisses Bedenken nehmen, diese Frage in den Vordergrund der Discussion zu schieben. Es ist ja wahr, dass es eine merkwürdige Erscheinung ist, dass eine verhältnismäßig so kleine Anzahl, vermischt über so viele Völker, einen so kolossalen Einfluss auszuüben im Stande ist.

Sie haben diesen Einfluss ausgeübt zu verschiedenen Zeiten, und zwar in so weitgehendem Maße, dass naturgemäß immer die Reaction der eingeborenen Völker in dieser Hinsicht stattgefunden hat, und auch gegenwärtig wird dieser Einfluss wieder ausgeübt, und wir sind daran, diesen Einfluss ganz entschieden zu brechen. Meine verehrten Herren! Nicht der Papst hat das gesagt, was der Herr Lucian Brunner ihm da in den Mund gelegt hat, sondern ein anderer hat das gesagt. Es war Sir Moses Montefiore, der hat es auf dem Rabbiner-Congresse im Jahre 1846 in Krakau ausgesprochen, indem er aufgefordert hat: „Bemächtigt Euch der Presse, und wenn wir die Presse haben, werden wir dann die Kaiser und Könige unter unsere Herrschaft zwingen.“ (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Und so merkwürdig es klingt, es ist etwas Wahres daran, und ich werde Ihnen jetzt auch das Geheimnis dieser unglaublichen Herrschaft von so wenigen gegenüber einer so ungeheuren Menge sagen, ich werde es ethnologisch nachweisen. Es ist eine Erscheinung, wie sie einzig dasteht in der Geschichte der Völkerentwicklung, dass ein Stamm, meine verehrten Herren, durch Jahrtausende, zerstreut über der ganzen Welt lebend, nicht von den umwohnenden Stämmen aufgesogen, amalgamiert und assimiliert wurde.

Es ist keine zweite Erscheinung, meine Herren, außer wenn man etwa von den Zigeunern noch sprechen will, ich sage, keine zweite solche ethnographische Erscheinung in der Geschichte der Jahrtausende der ganzen Menschheit wahrzunehmen.

Aber, meine Herren, das hat seinen Grund nebst dem außerordentlichen Solidaritätsgefühle — das ich ihnen gar nicht als Unrecht anrechnen will, was wir aber dann auch zu bethätigen das Recht haben, und namentlich gegenüber den Herren mit aller Entschiedenheit bethätigen werden — gerade in dem intensiven Festhalten an dem confessionellen Momente. Gerade das, meine Herren, hat das Judenthum durch Jahrhunderte in der Position erhalten, in der es sich heute befindet. Wir werden daraus lernen, daraus entnehmen, dass wir uns nicht von ihnen vorschwatzen und vorgaukeln lassen, unsere Religion sei ein Schund, man soll sich nicht darum scheren, während sie sich bezüglich der ihren sehr hüten, Worte zu verlieren. Herr Lucian Brunner schimpft über den Clericalismus, er schimpft über den Papst, er wird sich aber wohl hüten, je ein Wort über den Rabbinismus und die Rabbiner fallen zu lassen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Und wir, deren Vorfahren diesen Staat durch ihre Arbeit geschaffen, mit ihrem Blute vertheidigt und mit ihrem Schweiße gekittet haben, sollen sich dann von Herrn Lucian Brunner sagen lassen, es würde kein Gras in Wien wachsen, wenn die Juden nicht da wären. Die Herren Juden werden dem Herrn Lucian Brunner kaum dankbar sein für dieses Dictum, denn es charakterisiert ganz die Überhebung und Anmaßung derjenigen, in deren Namen und für die heute Herr Lucian Brunner gesprochen hat. Wenn er übrigens sagt, jeder gebildete und vernünftige Mensch wird sich von seiner Religion oder überhaupt von jeder Religion abwenden, so kann ich ihm schon sagen, dass Leute, die unstreitig viel vernünftiger und auch viel gebildeter sind als Herr Lucian Brunner, sich zu diesem Dictum nicht herbeilassen, und dass große und bedeutende Männer sich die Freiheit herausgenommen, einer anderen Anschauung in dieser Hinsicht zu sein als Herr Lucian Brunner. (Heiterkeit.)

Ich möchte übrigens noch auf ein Motiv hinweisen, welches für die Subventionierung des Katholischen Schulvereines spricht, und das ist ein Motiv, welches gerade vom nationalen Gesichtspunkte aus von Wichtigkeit ist. Das Seminar des Katholischen Schulvereines bildet nahezu ausschließlich nur deutsche Lehrer heran, und, meine verehrten Herren, wir haben es ja in Niederösterreich wiederholt gesehen, dass sehr viele Lehrer nicht deutschen Stammes, ja sogar Lehrer, die mitunter Schwierigkeiten mit der Sprache hatten, nach Österreich hereingenommen werden mussten. Es ist aber also auch gewiss im nationalen Interesse gelegen, wenn durch Vermittlung des Seminars, das der Katholische Schulverein erhält, Lehrer für unser deutsches Niederösterreich herangebildet werden.

Und darum bitte ich die verehrte Versammlung, auch für die Subvention zu stimmen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen links.)

Bürgermeister: Herr Referent zum Schlusswort.

Referent (zum Schlusswort): Die Ausführungen, welche die verschiedenen Herren Redner gebracht haben, wurden zum größten Theile von dem Herrn Vorredner, und zwar, ich muss gestehen, in trefflicher Weise widerlegt. Eines ist mir besonders aufgefallen, nämlich dass einer der Herren Vorredner, Herr Gem.-Rath Tomanek, mit dem Herrn Lucian Brunner so ziemlich übereinstimmt. Beide fürchten sich vor dem Clericalismus, beide fürchten sich vor der Concordatsschule. Ich glaube, es ist kein einziger unter uns, der für die Concordatsschule schwärmt, nicht einmal der eine College, der Priester ist, nicht einmal der ist ein Clericaler in dem Sinne, wie der Herr College sie uns schildert.

Bezüglich der „Armenschule", wie er unsere Schule genannt hat, kann ich dem Herrn Collegen noch mittheilen, dass auch ich meine einzige Tochter in die allgemeine Volks- und Bürgerschule geschickt habe. Ich bin von dem Grundsatze ausgegangen, dass man das Kind nicht um seine Kindheit bringen soll, und die kann es nur im vollen Maße genießen, wenn es unter seinesgleichen ist. Das ist das eine Princip. Zweitens habe ich mir immer gedacht, dass unsere Schule eine ausgezeichnete ist. Der Herr College behauptet ja auch, dass man die Kinder mit voller Beruhigung in die Volks- und Bürgerschule schicken kann. Das wollte ich dem Herrn Collegen Tomanek zur persönlichen Beruhigung sagen.

Was die Behandlung anderer confessioneller Schulen betrifft, so constatiere ich — und es wurde schon bemerkt — dass die evangelische Schule mit 10.000 fl. unterstützt wird. Sie hatte früher nur 7000 fl., und über Antrag des gewesenen Gem.-Rathes Trabauer wurde die Subvention auf 10.000 fl. erhöht; und da machen sie ein solches Geschrei, dass wir der katholischen Schule 1000 fl. geben. Ich glaube, dass die Herren mit voller Beruhigung und Übereinstimmung für die Subvention stimmen können. (Beifall links.)

Bürgermeister: Zur thatsächlichen Berichtigung Herr College Schreiner.

Gem.-Rath Schreiner (zur thatsächlichen Berichtigung): Herr Gem.-Rath Tomanek hat gesagt, dass er anlässlich seiner Candidatur erklärt hat, in wirtschaftlichen Fragen mit uns zu gehen, aber nicht in culturellen Fragen.

Ich berichtige thatsächlich, dass er in einer Wählerversammlung von einem Beamten interpelliert wurde, wie er sich zur Subventionierung des Katholischen Schulvereines verhalte. Er hat damals erklärt, dass er überhaupt gegen jede Subventionierung ist, aber insolange als Subventionen an andere Institute oder Anstalten gegeben werden, auch für die Subvention des Katholischen Schulvereines stimmen werde. Das hat er erklärt, und hier sind die Zeugen, welche das gehört haben. Ich frage nun Herrn Tomanek, wie stimmt seine damalige Haltung mit seiner heutigen Haltung und mit seinen Begriffen als Deutscher? (Lebhafter Beifall und Händeklatschen links.)

Bürgermeister: Herr College Hawranek, zu einer thatsächlichen Berichtigung.

Gem.-Rath Hawranek (zur thatsächlichen Berichtigung): Ich muss Folgendes berichtigen: Ich habe in meiner Rede gesagt, Deutschnationale und Juden arbeiten zusammen. Ich habe das nur bezüglich der Schönerianer und Wolfianer gemeint, die mit den Juden zusammenhalten, und da ist auch Herr Tomanek dabei gemeint gewesen. (Heiterkeit und Beifall.)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Brunner, zur thatsächlichen Berichtigung.

Gem.-Rath Brunner (zur thatsächlichen Berichtigung): Herr Gem.-Rath Tomanek hat es für gut befunden, zu sagen, man solle mich nicht ernst nehmen und als einen parlamentarischen Harlekin betrachten. Nun, es thut mir leid, dass ich nicht ein so vollendeter Parlamentarier bin, wie Herr Tomanek. Wenn ich aber noch einige seiner Reden höre, so werde ich vielleicht im Stande sein, ein wirklicher Parlamentarier zu sein. (Rufe links: Das werden Sie nicht!) Zweitens hat Herr Dr. Geßmann mich hingestellt als Vertreter des Judenthums. (Rufe links: Natürlich! — Unruhe.)

Bürgermeister: Ich bitte um Ruhe!

Gem.-Rath Brunner (fortfahrend): Ich bin hier Vertreter der Gemeinde Wien, wie jeder andere und würde niemals irgendwelche confessionellen Interessen vertreten, weder jüdische noch christliche, und ich kann Sie bei meinem Gewissen versichern, dass alles, was den christlichen Bürger berührt, mir gerade so nahe geht, wie was die Juden betrifft.

Weiters wurde erzählt von Montefiore; es ist geschichtlich nachgewiesen, dass es eine einfache Fabel, unwahr und erfunden ist. Weiters wurde behauptet, ich hätte mich über die Heiligkeit des Papstes missfällig ausgesprochen; ich constatiere, dass dies nicht wahr ist; ich habe erklärt, dass ein ehemaliger Jesuitenpater in Deutschland öffentlich erkärt hat, dass die Ziele der clericalen Herrschaft dahin gehen, dass der Papst die Weltherrschaft erlange.

Weiters hat Herr Dr. Geßmann gesagt, ich würde mich nicht getrauen, über den Rabbinismus zu sprechen; nun, das ist ein Irrthum, ich stehe dem Rabbinismus mindestens so, möchte ich sagen, gleichgiltig gegenüber, als irgend einer anderen confessionellen Meinung.

Bürgermeister: Herr College Tomanek zur thatsächlichen Berichtigung.

Gem.-Rath Tomanek (zur thatsächlichen Berichtigung): Ich berichtige thatsächlich dem Collegen Schreiner vis-à-vis, dass ich in der bewussten Versammlung interpelliert worden bin, ob ich für Subventionen eintreten werde, und ich berichtige weiter, dass ich damals keine bindende Antwort gegeben habe, ob ich für diesen Verein oder für jenen Verein eintreten werde. Ich berichtige weiter thatsächlich, dass der College Schreiner in einer Rede im selben Bezirke ausdrücklich erklärt hatte, dass er sich meinen Ausführungen vollständig anschließen werde und immer so handeln werde, wie ich handeln werde.

Bürgermeister: Herr College Baumgartner!

Gem.-Rath Baumgartner: Ich berichtige thatsächlich, dass Herr Tomanek, als er interpelliert worden ist, hinaufgieng und momentan nicht gewusst hat, was er sprechen soll, bis ihm erst Abgeordneter Schneider zugeflüstert hat, was er sagen soll. (Heiterkeit.)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Schreiner!

Gem.-Rath Schreiner: Gegenüber den letzteren Ausführungen des Herrn Collegen Tomanek erkläre ich, dass ich meine Worte vollinhaltlich aufrecht erhalte. Er ist damals von einem Beamten interpelliert worden, und zwar gerade wegen des Katholischen Schulvereines. Er hat ihn gefragt, wie er sich gegenüber dem Katholischen Schulvereine stellen würde, weil dieser Beamte ein guter Katholik ist und infolgedessen seine Abstimmung davon abhängig gemacht hat. Gem.-Rath Tomanek hat erklärt, dass er gegen jede Subvention ist, aber insolange Anstalten sub-

ventioniert werden, er auch für die Subventionierung des Katholischen Schulvereines stimmen wird.

Das erkläre ich hier, und es sind auch Zeugen hier, die das gehört haben.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Proschek!

Gem.-Rath Proschek: Ich erkläre gegenüber dem Herrn Gem.-Rathe Tomanek, dass ich dazumals Vorsitzender in der betreffenden Versammlung war, in welcher ein Beamter interpelliert hat, und er sich so erklärt hat, wie es Herr College Schreiner ausgedrückt hat. (Rufe links: Nun also! — Widerspruch seitens des Gem.-Rathes Tomanek. — Beifall auf der Gallerie.)

Bürgermeister: Ich bitte die Gallerie, sich jeder Beifalls- oder Missfallsbezeugung zu enthalten. (Vice-Bürgermeister Dr. Lueger rufend: Es wird halt schon so sein! — Gem.-Rath Tomanek: Wir werden es Euch schon zeigen in Fünfhaus, Herr Dr. Lueger!)

Herr Gem.-Rath Tomanek!

Gem.-Rath Tomanek: Ich berichtige heute noch einmal thatsächlich, dass es unwahr ist, dass ich irgendein bindendes Versprechen gegeben, für oder gegen eine Subvention zu sprechen.

Bürgermeister: Das können Sie berichtigen, so oft Sie wollen; drei Collegen haben das Gegentheil erklärt. (Die weiteren Worte bleiben im Lärme unverständlich. — Gem.-Rath Tomanek: Das geht Sie, Herr Bürgermeister, nichts an!) Sie haben nicht das Wort, wenn Sie es wollen, müssen Sie sich melden. Die Sache ist nicht anders, als ich sie enunciert habe. (Gem.-Rath Tomanek: Das geht Sie gar nichts an! — Bürgermeister wiederholt das Glockenzeichen gebend:) Ich rufe Sie, Herr Tomanek, zur Ordnung. (Rufe links: Was ist das für ein Benehmen für einen Lehrer?)

Wir schreiten zur Abstimmung. Ein Gegen-Antrag ist nicht gestellt worden. Ich ersuche jene Herren, welche den Referenten-Antag annehmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen, die Angelegenheit erledigt.

Beschluss: Dem Katholischen Schulvereine für Österreich wird eine Subvention von 1000 fl. pro 1896 bewilligt.

(Vice-Bürgermeister Dr. Lueger übernimmt den Vorsitz.)

15. Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich bitte den Herrn Bürgermeister, sich zum Referententische zu begeben. (Geschieht.) Ich constatiere, dass über 70 Mitglieder des Gemeinderathes anwesend sind. Wir schreiten nun zur Abstimmung über das vom Herrn Bürgermeister zur Zahl 8953, 4759 und 7460 erstattete Referat.

Es liegen folgende Anträge vor:

1. Die Referenten-Anträge.

2. Der Antrag des Herrn Collegen Mayer, welcher lautet (liest):

„Der Gemeinderath beschließe im Sinne des § 47 des Gemeindestatutes: Es werde zum Behufe der Prüfung der auf die Erweiterung der Kaiser Franz Josefsleitung bezüglichen Rechnungen vom Tage der Constituierung des neuen Gemeinderathes an bis jetzt eine Commission aus 12 Mitgliedern aus dem Plenum eingesetzt, welcher die Rechnungen, Belege &c. zur Verfügung zu stellen sind."

3. Der Antrag Brunner, es sei dem Herrn Bürgermeister die schärfste Missbilligung auszudrücken und derselbe aufzufordern, seine Stelle als Bürgermeister niederzulegen. (Lebhaftes Gelächter.)

Sowohl der Antrag Mayer als auch der Antrag Brunner stehen zu jenem Gegenstande, über welchen der Herr Bürgermeister referiert hat, in gar keiner wie immer gearteten Beziehung. Sie sollten daher als selbständige Anträge behandelt, es sollte über dieselben die Unterstützungsfrage gestellt und dieselben sohin nach der Geschäftsordnung dem Stadtrathe zur Vorberathung zugewiesen werden.

Es will aber das Präsidium einen Beweis des Entgegenkommens gegenüber der Minorität bieten und wir wollen diese beiden Anträge jetzt schon erledigen, wenn nicht von Seite der geehrten Mitglieder des Gemeinderathes irgendein Widerspruch erhoben wird. (Nach einer Pause:) Es ist dies nicht der Fall, und wir schreiten somit zur Abstimmung.

Zuerst kommt der Antrag des Herrn Gem.-Rathes Brunner zur Abstimmung, und ich verfüge, dass über diesen Antrag namentlich abgestimmt werde.

Hierauf kommen nach meiner Meinung die Anträge des Stadtrathes zur Abstimmung, weil ich den Antrag Mayer nicht als einen Gegen-Antrag, sondern nur als einen Zusatz-Antrag auffasse, welcher nach Erledigung der Referenten-Anträge zur Abstimmung zu gelangen hat. Sind die Herren mit diesem Vorgange einverstanden? (Rufe: Ja!) Dann werde ich in dieser Weise vorgehen. Es erfolgt zuerst die Abstimmung über den Antrag des Herrn Gem.-Rathes Brunner. Diejenigen Herren, welche mit demselben einverstanden sind, bitte ich, mit „Ja", diejenigen Herren, welche nicht einverstanden sind, mit „Nein" zu stimmen. Ich ersuche den Herrn Schriftführer, mit dem Namensaufrufe zu beginnen.

(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rath Lehofer stimmen mit „Nein" die Herren Gem.-Räthe:

Bärtl, Baumgartner, Becker Franz Josef, Becker Gustav, Dr. v. Billing, Bock, Braun, Brauneiß, Bündsdorf, Büsch, Costenoble, Dobeš, Dürbeck, Eigner, Fickeys, Fiedler, Fischer, Gaiser, Dr. Geßmann, Geyer, Götz, Gräf, Gregorig, Dr. Gruber, Grünbeck Josef, Grünbeck Sebastian, Hallmann, Hawranek, Hörmann, Hraba, Dr. Kraft, Kreisel, Kubik, Dr. Kupka, Latschka, Lehofer, Leitner, Vice-Bürgermeister Dr. Lueger, Manner, Maresch, Dr. Mayreder, Müller Lorenz, Vice-Bürgermeister Dr. Neumayer, Oberzeller, Obrist, Oppenberger, Pichler, Polzhofer, Dr. Porzer, Proschek, Purscht, Rainer, Reichert, Schleidt, Schlesinger, Schlögl, Schneeweiß, Schreiner, Schuh, Schwarzmayer, Seichert, Siegmeth, Stastnik, Stehlik, Steiner, Wurm, Swoboda, Dr. Wähner, Weitmann, Wessely, Wimberger und Zatzka.

Mit „Ja" stimmt Herr Gem.-Rath Brunner. [Lebhaftes Gelächter.])

Ich glaube, enunciieren zu können, dass der Antrag des Herrn Gem.-Rathes Brunner mit 71 Stimmen gegen eine Stimme abgelehnt worden ist. (Lebhafter Beifall.) Meine Herren, ich habe die namentliche Abstimmung auch deswegen vornehmen lassen, um zu constatieren, dass mehr als 70 Mitglieder anwesend sind. Ich bringe nunmehr die Anträge des Stadtrathes zur Abstimmung und bitte diejenigen Herren, welche mit den Anträgen des Stadtrathes einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Die Anträge sind mit allen gegen eine Stimme (Gelächter) angenommen.

Ich komme nun zum Antrage des Herrn Gem.-Rathes Mayer; es handelt sich hier um die Wahl einer Commission wegen Prüfung der Belege bezüglich der Verwendung der Anlehensgelder. Ich bitte diejenigen Herren, welche mit dem Antrage ein-

verstanden sind, die Hand zu erheben. Der Antrag ist ebenfalls angenommen.

Der Gegenstand ist erledigt.

Beschluss: 1. Die zufolge Stadtraths-Beschlusses vom 19. Juni 1896, Zl. 4759 und 4760, erfolgte Begebung eines Betrages von 31.100 K aus dem 35-Millionen-Kronen-Anlehen an die Rosina Tumal'sche Waisenstiftung, sowie eines Betrages von 81.700 K an den Bürgerspitalfond zum Course von 100 fl. wird nachträglich genehmigt.

2. Die am 29. October 1896 erfolgte Aufnahme einer schwebenden Schuld per 800.000 K, rückzahlbar in 14 Tagen, verzinslich mit 4 Percent, wird zur genehmigenden Kenntnis genommen.

3. Der am 12. November 1896 vom Bürgermeister vollzogene Verkauf von Kronenrenten im Betrage von 200.000 K Nominale des 35-Millionen-Kronen-Anlehens an die Communal-Sparcassa Hernals wird nachträglich genehmigt.

4. Der am 18. November 1896 vom Bürgermeister vollzogene Verkauf von Kronenrenten im Betrage von 300.000 K Nominale des 35-Millionen-Kronen-Anlehens an die Communal-Sparcassa Rudolfsheim wird nachträglich genehmigt.

5. Der Bürgermeister wird ermächtigt, zur Deckung von Auslagen, welche sich pro November und December 1896 ergeben werden, von dem budgetmäßig zur Begebung in diesem Jahre verbliebenen Anlehenstheilbetrage per 5,969.020 K des 35-Millionen-Kronen-Anlehens Beträge nach Bedarf bis zum Höchstausmaße von 3,500.000 K zu veräußern.

6. Zum Behufe der Prüfung der auf die Erweiterung der Kaiser Franz Josefsleitung bezüglichen Rechnungen vom Tage der Constituierung des neuen Gemeinderathes an bis jetzt ist eine Commission aus 12 Mitgliedern aus dem Plenum einzusetzen, welcher die Rechnungen, Belege 2c. zur Verfügung zu stellen sind.

16. Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wir werden nun, ehe wir fortfahren, die auf der Tagesordnung stehende Wahl vornehmen.

Ich ersuche den Herrn Schriftführer, die Namen der Herren Gemeinderäthe zu verlesen. (Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rathes Schuh geben die Gemeinderäthe ihre Stimmzettel ab. — Nach Abgabe der Stimmzettel:)

Herr College Dr. Mayreder zum Referate.

(Vice-Bürgermeister Dr. Neumayer übernimmt den Vorsitz.)

17. Referent Gem.-Rath Dr. Mayreder: Zahl 9647. Die k. k. Baudirection für die Wiener Stadtbahn legt das Project für den Viaduct zwischen der Thaliastraße und Arnethgasse im XVI. Bezirke der Vorortelinie vor.

In diesem Viaducte sind die Sockelvorsprünge nicht im vollen Einklange mit dem Niveau des dortigen Trottoirs. Daher wird hier der Wunsch ausgesprochen, die Baudirection möge dem noch Rechnung tragen. Ferner ist die lichte Durchfahrtshöhe in der Arnethgasse kaum 4 m hoch. Es wird daher hier der Wunsch ausgesprochen, dass die Eisenconstruction in den Querträgern noch so weit gesenkt werde, als thunlich ist, um die lichte Durchfahrtshöhe nach Möglichkeit zu vermehren. Ferner ist die Eisenconstruction in dem vorliegenden Projecte nicht eingetragen. Nachdem der Stadtrath in der Lage sein und auch den Gemeinderath in die Lage versetzen möchte, bezüglich der Eisenconstruction sich ein Urtheil zu bilden, so wird hier der Wunsch ausgesprochen, dass in den zukünftigen Projecten auch die Eisenconstructionen eingetragen werden mögen.

Im Plane ist ferner eine Rohrleitung ersichtlich, welche in der Mitte des zukünftigen Trottoirs angelegt ist, und es wird hier die Forderung ausgedrückt, dass diese Rohrleitung unmittelbar an den Viaduct anschließend durchgeführt und mit Revisionsschächten zur beständigen Instandhaltung versehen werde.

Bezüglich der Einmündungsgebüren wird hier wie bei allen diesen Objecten die spätere Festsetzung bedungen.

Ich empfehle Ihnen die Genehmigung des folgenden Antrages des Stadtrathes (liest):

„Es sei dem vorliegenden Projecte hinsichtlich der architektonischen Umgestaltung des Viaductes zuzustimmen, an die k. k. Baudirection jedoch das Ersuchen zu richten, in Betreff der Höhenlage der Sockel auf die in dem vorgelegten Plane vom Bauamte mit grüner Farbe eingetragenen, zukünftigen Trottoirlinien an den Viaductsfluchten entsprechend Rücksicht zu nehmen.

Es werde der Wunsch ausgesprochen, dass bei der Wahl der Eisenconstruction durch eine Senkung der Querträger eine möglichst große Durchfahrtshöhe erreicht werde.

Es sei ferner an die k. k. Baudirection das Ersuchen zu stellen, in die vorzulegenden Detailprojecte der Viaducte jederzeit auch die Eisenconstructionen der Brücken einzutragen.

Unter einem sei der k. k. Baudirection mitzutheilen, dass die Gemeinde gegen die Ausführung der aus dem vorgelegten Plane zu ersehenden Rohrleitung, welche in die Mitte des Trottoirs der zukünftigen Straße zu liegen käme, Einsprache erheben müsse, weil bei dieser Anlage im Falle von Verstopfungen und sonstigen Gebrechen unbedingt Aufgrabungen des Straßenkörpers nothwendig sind, welche zu unliebsamen Passagestörungen führen würden, und weil ferner durch diese Anlage auch die Einlegung sonstiger Leitungen in das Trottoir erschwert werden würde.

Gegen die Ausführung eines unmittelbar an den Viaduct angebauten, mit Revisionsschächten versehenen Wasserlaufcanales werde seitens der Gemeinde kein Einspruch erhoben, und die Gemeinde Wien sehe der Vorlage eines diesbezüglichen, im Einvernehmen mit dem Stadtbauamte auszuarbeitenden Projectes entgegen.

Die Festsetzung der Einmündungsgebür werde nachträglich unter einem für alle Objecte der ganzen Theilstrecke erfolgen."

Vice-Bürgermeister Dr. Neumayer: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Wenn dies nicht der Fall ist, so schreite ich zur Abstimmung und ersuche jene Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrathes einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluss: Der vorstehende vollständig zur Verlesung gebrachte Referenten-Antrag.

Vice-Bürgermeister Dr. Neumayer: Zum Referate bitte ich Herrn Collegen Seichert.

18. Referent Gem.-Rath Seichert: Zahl 8861 ex 1896. Ich habe zu referieren zum Antrage der Herren Gem.-Räthe Götz, Dr. Geßmann und Genossen bezüglich der Verbreiterung der Storchen-, Diefenbach- und Gierstergasse im XII. resp. XIV. Bezirke.

Es hat eine Localaugenscheins-Commission stattgefunden, welche sich mit dieser Frage eindringlich beschäftigt hat. Anlässlich dieser

Commission wurde hervorgehoben, dass es nicht nothwendig sei, die Storchengasse und die Gierstergasse im XII. XIV. resp. Bezirke über die schon seinerzeit bewilligten 12 m noch weiter zu verbreitern. Es ist deshalb nicht nothwendig, weil der Verkehr in diesem Straßenzuge nicht besonders stark ist. Es sind außerdem auch die Niveauverhältnisse der Wienthallinie der Stadtbahn nicht so günstig, als dass sich der Verkehr in diesen Gassen noch vergrößern sollte. Außerdem sind die anrainenden Realitäten derart seicht, dass eine Verbreiterung der zwei Gassen nicht recht möglich ist. Bezüglich der Diefenbachgasse wurde hervorgehoben, dass es nothwendig ist, diese von 11·38 m auf 15 m zu erweitern, einestheils deshalb, weil schon ein Tramwayzug durch diese Gasse durchgeht, weil sich der Verkehr von der Gürtelstraße über die Lobkowitzbrücke gegen den Meidlinger Bahnhof nimmermehr erweitert, endlich ist auch die Möglichkeit vorhanden, diese Erweiterung auf leichte Art, ohne besondere Schädigung der Anrainer, zu bewerkstelligen.

Der projectierte Linienzug der Diefenbachgasse ist hier im Plane schraffiert eingezeichnet. Die stark gezogenen Linien bedeuten die seinerzeit schon genehmigten **Baulinien**. Der Stadtrath stellt somit den Antrag (liest):

„Die Baulinie der Diefenbachgasse im XII. bezw. XIV Bezirke werde unter Verbreiterung dieser Gasse von 11·38 m auf 15 m nach den Linien a b b', c, c', d e f, g h, i k k', l m n abgeändert". Ich bitte um Ihre Zustimmung zu diesem Antrage.

(Während vorstehenden Referates hat Vice-Bürgermeister Dr. Lueger den Vorsitz übernommen.)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Wenn nicht, so bitte ich jene Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrathes einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluss: Die Baulinie der Diefenbachgasse im XII. beziehungsweise XIV. Bezirke wird unter Verbreiterung dieser Gasse von 11·38 m auf 15 m nach den Linien a b b', c, c', d e f, g h, i k k', l m n abgeändert.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr College Sebastian Grünbeck zum Referate.

19. Referent Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Ich habe die Ehre, zur Zahl 9663 zu referieren. Bewilligung eines Zuschusscredites von 275 fl. 50 kr. zur Rubrik XXIV 10 behufs Anpflanzung von 150 Bäumen in der Richthausenstraße im XVII. Bezirke.

Es ist nämlich bei der Setzung der Bäume für die Zufuhr ein Betrag von 275 fl. 50 kr. zu beschließen, und zwar als Zuschusscredit, wobei selbstverständlich der Baumwert nicht in Rechnung gezogen ist. Der Stadtrath beantragt die Bewilligung dieser Summe, und ich ersuche um Ihre Zustimmung zu diesem Antrage.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht einer der Herren das Wort. (Niemand meldet sich.) Wenn nicht, so bitte ich jene Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrathes einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluss: Behufs Anpflanzung von 150 Bäumen in der Richthausenstraße im XVII. Bezirke wird ein Zuschusscredit von 275 fl. 50 kr. zur Rubrik XXIV 10 bewilligt.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr College Büsch zum Referate.

20. Referent Gem.-Rath Büsch: Zur Zahl 9624. Die freiwillige Feuerwehr vom Ober-Meidling sucht um eine Subvention an. Der Stadtrath stellt den Antrag, es sei der freiwilligen Feuerwehr von Ober-Meidling eine Subvention von zusammen 200 fl. für die Jahre 1895 und 1896 zur Bestreitung der Auslagen für Reparaturen und Anschaffungen gegen seinerzeitige Verrechnung zu bewilligen. Ich bitte um Ihre Zustimmung zu diesem Antrage.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall, ich bitte jene Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrathes einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Derselbe ist angenommen.

Beschluss: Der freiwilligen Feuerwehr Ober-Meidling wird eine Subvention von zusammen 200 fl. pro 1895 und 1896 gegen nachträgliche Verrechnung bewilligt.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr College Müller zum Referate.

21. Referent Gem.-Rath Lorenz Müller: Ich habe die Ehre, zu referieren zur Zahl 9422. Mehrerfordernis an Schotter für den II. Bezirk. Für den II. Bezirk wurden 1900 m³ Schotter im Gesammtbetrage von 7250 fl. genehmigt.

Es ist ein Betrag von 3650 fl. nicht bedeckt, und wäre daher ein Zuschusscredit in dieser Höhe zur Rubrik XXII 2 a anlässlich des Mehrerfordernisses an Schotter für den II. Bezirk zu genehmigen.

Der Stadtrath stellt Ihnen den Antrag auf Bewilligung.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht jemand zu diesem Antrage das Wort? (Niemand meldet sich.) Wenn nicht, so bitte ich jene Herren, welche mit dem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluss: Anlässlich des Mehrerfordernisses von Schotter für den II. Bezirk wird zur Rubrik XXII 2 a ein Zuschusscredit von 3650 fl. bewilligt.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Zum Referate Herr College Hraba.

22. Referent Gem.-Rath Hraba: Zahl 8631. Es handelt sich um die Überreichung einer Petition an den niederösterreichischen Landtag, um die Kosten für den Feuerwehrdienst in den Theatern hereinzubringen.

Anlässlich des Ringtheaterbrandes wurde ein Feuerwehrdienst in den Theatern eingeführt.

Nun hat sich herausgestellt, dass infolge der Erhöhung der Spesen, und zwar der Lohn- und Unterkunftsverhältnisse der Feuerwehr die Stadt mit dem vereinbarten Betrage von 1 fl. 50 kr. per Kopf und Mann nicht mehr auskommt.

Die Herren wissen ja, wir haben ein paar neue Theater, Circusse und andere Etablissements dazubekommen, und dass wir nicht mehr so viel herausbringen, um unsere Spesen zu decken. Ich mache aufmerksam, dass wir uns in einer der nächsten Sitzungen mit einem Antrage des Stadtrathes zu beschäftigen haben werden, welcher sich mit der Erhöhung der Löhne und Bezüge der Feuerwehr beschäftigt. Es ist daher nothwendig, diesbezüglich eine Remedur zu schaffen und es wird beantragt (liest):

„Es sei an den hohen niederösterreichischen Landtag eine Petition zu richten, dass der § 17 der Feuerpolizeiordnung folgenden Zusatz erhalte:

Da der Gemeinde Wien bei Theatern und denselben gleichgestellten Etablissements die Beistellung von Berufsfeuerwehr obliegt, ist dieselbe berechtigt, per Kopf und Tag für jeden beizustellenden Feuerwehrmann 2 fl. bei Vorstellungen und Generalproben einzuheben.

Die Anzahl der beizustellenden Berufsfeuerwehrleute bestimmt die Gemeinde Wien, und wird derselben das Recht zuerkannt, diese Beträge im politischen Executionswege einzuheben."

Ich bitte Sie um Zustimmung zur Überreichung der Petition.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Wenn nicht, so bitte ich jene Herren, welche dem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluss: Der vorstehende vollständig zur Verlesung gebrachte Referenten-Antrag.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Jetzt bitte ich Herrn Collegen Dr. Wähner zum Referate.

23. Referent Gem.-Rath Dr. Wähner: Zahl 9175. Der Wiener Wärmestuben- und Wohlthätigkeitsverein bittet um Subvention.

Der Verein hat seit Jahren in Anbetracht seiner ersprießlichen humanitären Wirksamkeit eine Subvention von 2000 fl. erhalten und sucht für das Jahr 1896/97 mit Rücksicht darauf, dass er seit dem vorigen Jahre für die Ausspeisung armer Schulkinder Veranlassung getroffen hat und dieselbe ausdehnen will, um die Erhöhung der Subvention auf 5000 fl. an.

Mit Rücksicht darauf jedoch, dass die Vermögenslage des Vereines nicht ganz ungünstig genannt werden kann, was aus dem Jahresberichte des Vereines zu ersehen ist, andererseits die Finanzlage der Stadt eine Erhöhung der Subvention nicht gestattet, beantragt der Stadtrath, bei der bisherigen Subvention es bewenden zu lassen. Ich bitte daher, den Antrag des Stadtrathes anzunehmen, welcher lautet:

„Es sei dem genannten Vereine wie alljährlich so auch pro 1896/97 eine Subvention von 2000 fl. unter der Bedingung zu gewähren, dass der Verein in Hinkunft der Gemeinde eine entsprechende Vertretung in seinem Verwaltungsausschusse satzungsmäßig einräumt."

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Gem.-Rath Brunner!

Gem.-Rath Brunner: Meine geehrten Herren! Wir haben eben gehört, dass der Gemeinderath eine Subvention von 5000 fl. in Anbetracht der ungünstigen Finanzlage der Gemeinde Wien nicht gewähren soll, sondern nur eine solche von 2000 fl. Ich will nicht rechnen.

Der Herr Referent hat sich nicht darüber ausgesprochen, welcher Betrag im letzten Jahre bewilligt wurde. (Referent: O ja!)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Es ist dieser Betrag aus dem Antrage ersichtlich, in welchem es heißt, „wie alljährlich, so auch pro 1896/97 eine Subvention von 2000 fl."

Gem.-Rath Brunner: Ich will über den Antrag nicht sprechen. Was aber den Passus bezüglich der Vertretung der Gemeinde betrifft, glaube ich, sollte man davon abstehen. Ich will Ihnen die Consequenzen dieser Bestimmung ausmalen. Dieser Verein ist doch gewiss ein wohlthätig wirkender, welcher von allen Seiten unterstützt wird. Wenn die Gemeinde heute einen Beitrag leistet, so wird er von vornherein als eine Art Gemeinde-Institution angesehen, und diejenigen, welche bis jetzt freiwillig Spenden gegeben haben, werden dann mit ihren Spenden zurücktreten und nichts mehr geben. Ich komme dann noch auf ein anderes Moment. Die jetzige Gemeindevertretung, auch wenn sie es noch so gut meint, hat einen ausgesprochenen Stempel der Parteiwirtschaft an sich, und wenn man davon hört, dass von der Gemeinde Vertreter geschickt werden, so wird jeder Spender denken, wenn da solche Leute hineinkommen, wird wieder Parteipolitik getrieben werden. Es werden nicht alle armen Leute in die Wärmestuben aufgenommen werden, sondern nur solche, welche den Herren genehm sind, von welchen — ich möchte sagen — die Nase gefällt, und ich glaube, dass dies dem Vereine nicht sehr nützlich sein wird; es kann dem Vereine zum Schaden gereichen, er kann genöthigt sein, sich aufzulösen, und der Gemeinde würden dann Lasten erwachsen. Einen solchen Fehler dürfen Sie nicht begehen. Ich glaube, ganz bestimmt sagen zu dürfen, Sie begehen einen Fehler und Sie thun nichts Gutes, wenn Sie diesen Passus hier beisetzen.

Ich empfehle Ihnen, diese Subvention zu bewilligen, aber auf eine Vertretung zu verzichten.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr College Dr. Mayreder!

Gem.-Rath Dr. Mayreder: Ich halte im Gegensatze zum Vorredner die Vertretung der Gemeinde in einem solchen Vereine als sehr nützlich, weil dadurch eine Garantie für eine scharfe Controle bezüglich der Vermögensgebarung geschaffen wird, und Herr College Lucian Brunner hätte gewiss recht, sein Bedenken in Bezug auf die Parteipolitik geltend zu machen, wenn er annehmen wollte, dass es uns einfiele, ihn in dieser Vertretung zu entsenden; nachdem er aber gewiss überzeugt sein wird, dass uns das nicht einfällt, möchte ich Ihnen die Annahme dieses Passus des Stadtrathes anempfehlen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht noch jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Dies ist nicht der Fall, die Debatte ist geschlossen, Herr Referent zum Schlusswort.

Referent: Auch ich bitte, diese Bedingung anzunehmen, welche Sie der Gewährung zugefügt haben; ich glaube, dass wir dies bei allen Vereinen, welchen wir eine größere Subvention zuwenden, thun sollen, damit wir einen Einblick gewinnen, in welcher Weise der von der Gemeinde gespendete Beitrag verwendet wird.

Ich glaube aber auch, dass es dem Vereine selbst förderlich sein wird, sein Ansehen sich heben wird, wenn seinem Ausschusse Vertreter der Gemeinde angehören. Es ist dies nicht bloß allein hier der Fall, sondern auch bei einer großen Anzahl von Vereinen, welche in früherer Zeit große Subventionen erhielten, war eine Anzahl Gemeindevertreter in der Verwaltung, z. B. beim Centralverein zur Beköstigung armer Schulkinder, in welchem, wenn ich nicht irre, fünf, acht oder noch mehr Gemeinderäthe in dem Ausschusse sind. Ich bitte daher, den Antrag des Stadtrathes anzunehmen.

(Gem.-Rath Brunner meldet sich zum Wort.)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich bitte, die Debatte ist geschlossen. (Gem.-Rath Brunner: Zu einer persönlichen Bemerkung!) Ah so! Herr College Lucian Brunner zu einer persönlichen Bemerkung.

Gem.-Rath Brunner: Herr College Mayreder hat in so geistreicher Weise meiner gedacht, dass ich ihm nicht einmal eine Antwort darauf gebe. (Heiterkeit.)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich bringe den Antrag getrennt zur Abstimmung, damit Herr Gem.-Rath Lucian Brunner Gelegenheit hat, seine Anschauung zum Ausdruck zu bringen. Ich bringe zuerst zur Abstimmung, dass dem genannten Vereine pro 1896/97 ebenso wie alljährlich eine Subvention von 2000 fl. bewilligt werde.

Die Herren, welche für diesen Theil des Antrages sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Derselbe ist angenommen.

Diejenigen Herren, welche dafür sind, dass die Subvention unter der Bedingung bewilligt wird, dass der Verein in Hinkunft der Gemeinde eine entsprechende Vertretung in seinem Verwaltungsausschusse satzungsmäßig einräumt, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Auch dieser Theil des Referenten-Antrages ist zum Beschlusse erhoben.

Beschluss: Dem Wiener Wärmestuben- und Wohlthätigkeitsvereine wird wie alljährlich so auch pro 1896/97 eine Subvention von 2000 fl. unter der Bedingung gewährt, dass der Verein in Hinkunft der Gemeinde eine entsprechende Vertretung in seinem Verwaltungsausschusse satzungsmäßig einräumt.

24. Referent Gem.-Rath Dr. Wähner: Ich habe die Ehre, zur Zahl 9664 zu referieren über das Ansuchen des Schulausschusses des Gremiums der Stein- und Kupferdrucker um Flüssigmachung der Subvention. Diesem Schulausschusse wurde in der Gemeinderaths-Sitzung vom 5. October 1894 eine Subvention von 400 fl. bewilligt zum Zwecke der Errichtung einer Fachschule unter der ausdrücklichen Bedingung, dass dieser Betrag erst nach der Activierung der Fachschule flüssig zu machen sei. Nachdem nun diese Schule in diesem Jahre errichtet wurde, ersucht der Schulausschuss des genannten Gremiums um Flüssigmachung der Subvention. Nach der Gepflogenheit, welche wir bezüglich der in früherer Zeit zugesagten Subventionen einhalten, obliegt uns nun die Beschlussfassung über dieses Ansuchen, und ich stelle den Antrag, dass dem Schulausschusse des Gremiums der Stein- und Kupferdrucker eine Subvention von 400 fl. bewilligt werde.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Wenn nicht, so ersuche ich die Herren, welche für diesen Antrag sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist zum Beschlusse erhoben.

Beschluss: Dem Schulausschusse des Gremiums der Stein- und Kupferdrucker wird eine Subvention von 400 fl. bewilligt.

25. Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich erlaube mir, mitzutheilen, dass der von Seite des Gem.-Rathes Brunner gelegentlich der Berathung des Referates ZZ. 8953, 4759 und 4760 gestellte Antrag auf Ertheilung einer Missbilligung gegenüber dem Bürgermeister nicht, wie ich mitgetheilt habe, mit 71 gegen 1 Stimme, sondern mit 72 gegen 1 Stimme abgelehnt wurde.

Weiter habe ich mitzutheilen, dass auch die Anträge des Stadtrathes nicht mit 71 gegen 1, sondern mit 72 gegen 1 Stimme zum Beschlusse erhoben wurden.

26. Ferner bitte ich, zur Kenntnis zu nehmen, dass für die Wahl eines Mitgliedes in den Verwaltungsausschuss des Centralvereines zur Beköstigung armer Schulkinder 71 Stimmzettel abgegeben wurden und dass der Herr Gem.-Rath Stastnik mit allen abgegebenen Stimmen gewählt wurde.

Ich bitte Herrn Vice-Bürgermeister Dr. Neumayer zum Referate.

27. Referent Vice-Bürgermeister Dr. Neumayer: Zahl 9694. Anlässlich eines Ansuchens um eine jener Aushilfen, welche vom Magistrate zu bewilligen sind, hat sich herausgestellt, dass die betreffende Rubrik erschöpft und dass es nothwendig ist, zur Erledigung dieses Ansuchens einen weiteren Zuschusscredit zu gewähren. Es wurde im Stadtrathe der Antrag gestellt, einen Zuschusscredit von 500 fl. zu bewilligen und ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Wenn nicht, so ersuche ich diejenigen Herren, welche für den Antrag des Referenten stimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluss: Zur Rubrik V 8 „Aushilfen für Pensionisten" wird ein Zuschusscredit von 500 fl. bewilligt.

28. Referent Vice-Bürgermeister Dr. Neumayer: Ich habe die Ehre, zu referieren zur Zahl 9332. Es betrifft dieses Referat die Systemisierung der Pauschalien für den Hausbesorger-, Reinigungs- und Beheizungsdienst in dem neuen Amtshause im XI. Bezirke (Enkplatz).

Nach einer schon früher vom Bezirkshauptmanne Dr. v. Friebeis hinausgegebenen Taxe wurden systemisiert für die Hausbesorgung mit Rücksicht auf die Höhe des Amtshauses im XI. Bezirke 120 fl., für die Reinigung jährlich 720 fl., für diverse Arbeiten 60 fl., für den Heizdienst täglich 1 fl. 30 kr., also für die ganze Heizungssaison, das sind 182 Tage, 236 fl. 60 kr. Es macht das zusammen 1136 fl. 60 kr.

Laut der Äußerung der Buchhaltung kommt nun auf die Zeit vom 15. September bis 31. December der Betrag von 332 fl. 10 kr., welcher in der diesbezüglichen Rubrik bedeckt ist. Mit Rücksicht auf die größere Mehrleistung im neuen Amtshause wird der Antrag gestellt (liest):

„Betreffs des neuen Amtshauses XI., Enkplatz 2, werden vom 15. September 1896 ab nachstehende Pauschalien systemisiert:

1. Für Hausbesorgung (außer dem Genusse der Naturalwohnung) monatlich . . . . . 10 fl. — kr.
2. Für die Reinigung sämmtlicher Localitäten, monatlich . . . . . 60 „ — „
3. Für diverse Arbeiten, monatlich . . . . . 5 „ — „
4. Für die Beheizung sämmtlicher Localitäten ein Taglohn per . . . . . 1 „ 30 „ während der Heizsaison.

Diese Bezüge sind an die mit den betreffenden Dienstleistungen betrauten Individuen durch die Hauptcassa-Abtheilung für den XI. Bezirk in der üblichen Weise zur Auszahlung zu bringen."

Ich bitte, diesem Antrage des Stadtrathes Ihre Zustimmung zu ertheilen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Wenn nicht, so bitte ich die Herren, welche für den Referenten-Antrag sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist zum Beschlusse erhoben.

Beschluss: Der vorstehende vollständig zur Verlesung gebrachte Referenten-Antrag.

29. Referent Vice-Bürgermeister Dr. Neumayer: Zahl 9530. Die k. k. geographische Gesellschaft bittet um Flüssigmachung der Subvention pro 1895 und 1896.

Dieser Gesellschaft wurde bereits im Jahre 1894 eine Subvention jährlicher 300 fl. für die Jahre 1894, 1895 und 1896

bewilligt. Die Flüssigmachung derselben ist noch für die Jahre 1895 und 1896 ausständig. Mit Rücksicht auf die außerordentlichen Verdienste dieser Gesellschaft, welche die Literatur der beschreibenden Erdkunde durch mustergiltige Publicationen bereichert hat, wird gebeten, ihr die Subvention auch für die Jahre 1895 und 1896 flüssig zu machen. Ich bitte, diesem Antrage des Stadtrathes die Zustimmung zu ertheilen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Wenn nicht, so bitte ich jene Herren, welche mit dem Stadtraths-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist zum Beschlusse erhoben.

Beschluss: Der k. k. geographischen Gesellschaft wird eine Subvention von je 300 fl. für die Jahre 1895 und 1896 bewilligt.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Es kommen nun zur Verhandlung jene Geschäftsstücke, zu deren Beschlussfassung die Anwesenheit von 92 Mitgliedern erforderlich ist.

Herr College Rauer zum Referate.

30. Referent Gem.-Rath Rauer: Zur Zahl 9490. Hier handelt es sich um unentgeltliche Grundübergabe an den Kirchenbauverein in Breitensee. Der Stadtrath hat folgenden Antrag gestellt (liest):

„Es sei dem Breitenseer Kirchenbauvereine die mit den Buchstaben a_2—z_2 a_3—z_3 a_4—z_4 a_5—z_5 a_5—x_5 im Originalplane bezeichnete, roth-gelb-blaulasierte Grundfläche gegen dem unentgeltlich ins Eigenthum zu überlassen, dass der gedachte Kirchenbauverein alle mit dieser Eigenthumsüberlassung verbundenen Kosten an Stempeln, Gebüren ꝛc. selbst trage."

Ich bitte um die Annahme des Antrages.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Da nicht 92 Mitglieder anwesend sind, so wird die Beschlussfassung über diesen Gegenstand in der nächsten Sitzung erfolgen, und ich bemerke, dass die nächste Sitzung auch dann beschlussfähig ist, wenn nur 70 Mitglieder anwesend sein sollten.

Herr College Dr. Kupka zum Referate.

31. Referent Gem.-Rath Dr. Kupka: Zahl 9705. Josef Scholz ist um Baubewilligung eingeschritten für das Haus XII. Bezirk, Storchengasse 27.

Der Act kommt deshalb hieher, weil er um Gestattung von Risaliten angesucht hat, und zwar würden dieselben einen Vorsprung von 8 cm und eine Länge von 4·55 m haben. Es wird daher beantragt, den zur Risalitanlage erforderlichen Straßengrund per 0·728 m² gegen dem zu überlassen, dass derselbe bei der Schadloshaltung für den von der fraglichen Realität zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grund im dreifachen Ausmaße in Abzug gebracht werde.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Da heute nicht 92 Mitglieder anwesend sind, wird die Beschlussfassung über diesen Gegenstand in der nächsten Sitzung erfolgen, in welcher zur Beschlussfassung die Anwesenheit von 70 Mitgliedern genügend ist.

Herr College Dr. Kupka erstattet jetzt ein Referat für Herrn Dr. Krenn.

32. Referent Gem.-Rath Dr. Kupka: Z. 9642. Thomas Schweiffer ist um Säulenportalherstellung für den XVIII. Bezirk, Gentzgasse 32, eingeschritten. Es ist ein unbedeutender Vorsprung und beantragt der Stadtrath daher, den erforderlichen Straßengrund per 1·62 m² gegen Abzug dieser Fläche im dreifachen Ausmaße von dem zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grunde zu überlassen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Da 92 Mitglieder nicht anwesend sind, wird die Beschlussfassung erst in der nächsten Sitzung erfolgen, in welcher zur Beschlussfassung die Anwesenheit von 70 Mitgliedern genügen wird.

Herr College Hörmann!

33. Referent Gem.-Rath Hörmann: Zahl 9696. Offert der Gabriele Fürstin Wrede auf einen Theil der Baustelle Einl.-Z. 2510 im III. Bezirke.

Die Fürstin hat von uns am 22. October die Eckparcelle Einl.-Z. 2511 gekauft. Jetzt will sie einen Grundstreifen von 2 m von der Parcelle 2510 dazu kaufen. Der Stadtrath beantragt (liest):

„Die Gemeinde Wien überlässt der Gabriele Fürstin Wrede einen Theil der Baustelle Einl.-Z. 2510 III. Bezirk, im Ausmaße von 52·85 m², Figur abcda, um den Einheitspreis von 55 fl. ö. W. per Quadratmeter, wobei die Käuferin die Vertragskosten und Übertragungsgebüren trägt.

Der Kaufschilling ist binnen drei Tagen nach Verständigung von der Genehmigung des Offertes bar zu erlegen.

Die Käuferin verpflichtet sich, den obgenannten Grundstreifen auf ihre Kosten zu der ihr zufolge Gemeinderaths-Beschlusses vom 23. October 1896, Z. 6844, käuflich überlassenen Baustelle Einl.-Z. 2511 III. Bezirk, grundbücherlich zuschreiben zu lassen."

Ich bitte um die Zustimmung.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Da nicht 92 Mitglieder des Gemeinderathes anwesend sind, kann die Beschlussfassung über diesen Gegenstand erst in der nächsten Sitzung erfolgen, zu deren Beschlussfähigkeit die Anwesenheit von 70 Mitgliedern des Gemeinderathes genügen wird.

34. Referent Gem.-Rath Hörmann: Zahl 9761. Mendel Hamburg um Baubewilligung Einl.-Z. 1368 des IX. Bezirkes, Müllnergasse 14.

Es handelt sich hier um die Überlassung eines städtischen Grundes zur Herstellung zweier Risalite und Thorportale im Gesammtausmaße von 1 m².

Der Stadtrath stellt den Antrag (liest):

„Die Überlassung des zu den bereits ausgeführten beiderseitigen Risaliten (je 5·03 m Länge und 0·04 m beziehungsweise 0·05 m und 0·06 m Vorsprung) und des Thorportales (4·36 m Länge und 0·04 m beziehungsweise 0·14 m Vorsprung) in Anspruch genommenen Straßengrundes per 1 m² um den Betrag von 50 fl. wird nachträglich genehmigt."

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Da nicht 92 Mitglieder des Gemeinderathes anwesend sind, kann die Beschlussfassung über diesen Gegenstand erst in der nächsten Sitzung erfolgen, zu deren Beschlussfähigkeit die Anwesenheit von 70 Mitgliedern des Gemeinderathes genügen wird. — Herr Gem.-Rath Müller!

35. Referent Gem.-Rath Müller: Zahl 9461. Donauregulierungs-Commission um Auflassung der in den Reihen XIV bis XVII der Donauregulierungs-Fondsgründe zwischen der Vorgartenstraße und dem Nordbahnhofe gelegenen Querstraßenfragmente.

Die Donauregulierungs-Commission ersucht um Auflassung von Querstraßenfragmenten im Ausmaße von 2457·10 m². Der Stadtrath ist für die Auflassung unter der Bedingung, dass die-

selbe gegen Entgelt erfolge und dass bezüglich der Vorgartenstraße die Bestimmung, betreffend die Errichtung von Vorgärten, gleichfalls angenommen wird. Er stellt Ihnen daher folgenden Antrag (liest):

„Unter der Voraussetzung, dass der Kauf beziehungsweise Verkauf mit der k. k. priv. Kaiser Ferdinands-Nordbahn zustande kommt, und unter der Bedingung, dass sämmtliche von der Donauregulierungs-Commission in ihrem Schreiben vom 10. April 1896, Z. 735, gestellten Bedingungen, seitens der k. k. priv. Kaiser Ferdinands-Nordbahn angenommen und grundbücherlich beziehungsweise eisenbahnbücherlich sichergestellt werden, sowie unter der weiteren Bedingung, dass auch längs der aufzulassenden Straßenparcellen die gleichen Bedingungen seitens der k. k. priv. Kaiser Ferdinands-Nordbahn angenommen werden, wird der Auflassung der in der oberwähnten Zuschrift der Donauregulierungs-Commission angeführten Straßengründe, Cat.-Parc. 4119/2, 4120/4, 4120/9 und 4120/14, jedoch nur gegen dem zugestimmt, dass der hiefür entfallende Kaufpreis, bezüglich dessen Höhe die Gemeinde Wien um ihre Zustimmung befragt werden muss, an die Gemeinde Wien abgeführt wird."

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Da nicht 92 Mitglieder des Gemeinderathes anwesend sind, kann die Beschlussfassung über diesen Gegenstand erst in der nächsten Sitzung erfolgen, zu deren Beschlussfähigkeit die Anwesenheit von 70 Gemeinderäthen genügt.

Die öffentliche Sitzung ist geschlossen, es findet eine kurze vertrauliche Sitzung statt; es wird nur ein Referat erstattet.

(Schluss der öffentlichen Sitzung 1/4 9 Uhr abends.)

Beschluss-Protokoll

der **vertraulichen** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **27. November 1896.**

Vorsitz: **Vice-Bürgermeister Dr. Lueger.**

(8130.) **Gem.-Rath Dr. Wähner** beantragt, dem Schauspieler Ludwig Martinelli in Anerkennung seiner hervorragenden Leistungen auf dem Gebiete der darstellenden Kunst, besonders des Volksstückes, die große goldene Salvator-Medaille zu verleihen. (Einstimmig angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

Stadtrath.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **20. November 1896** (vormittags).

Vorsitzender: Vice-Bürgermeister Dr. Josef Neumayer.

Anwesende: Braun, Büsch, Dr. Deutschmann, Fiedler, Gräf, Grünbeck Sebastian, Hipp, Hörmann, Dr. Krenn, Dr. Kupka, Dr. Mayreder, Müller Lorenz, Purscht, Rauer, Rißaweg, Schreiner, Seichert, Tomola, Dr. Wähner, Weitmann, Wessely.

Entschuldigt: Bürgermeister Josef Strobach, Vice-Bürgermeister Dr. Karl Lueger, St.-R. Hraba.

Schriftführer: Concepts-Praktikant Künzl.

Vice-Bürgermeister Dr. Neumayer eröffnet die Sitzung.

(9179.) **St.-R. Schreiner** referiert über das Ansuchen des Neindorfer Kirchenmusikvereines um Subvention und beantragt die Bewilligung einer Subvention von 60 fl. pro 1896, jedoch mit dem Beisatze, dass hieraus der Gemeinde Wien für die Zukunft keine Verpflichtung zur Subventionierung des Vereines entstehen kann.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

St.-R. Schreiner referiert über Gesuche um Aufnahme in den Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

(9533.) Bohdal Josef, Kanzleidiener;

Fäßler Franz, Hilfsarbeiter (V. Bezirk).

(9390.) Zak Karl, Reisender;

Linhart Franz Ägidius, Posamentierergehilfe;

Grabenwöger Franz, Fleischselchermeister;

Skoll Eduard, Fuhrwerksbesitzer;

Sixt Josef, Anstreichermeister;

Vogel Anton, Gemischtwarenhändler;

Kubik Anton, Tischlermeister (XV. Bezirk). (Angenommen.)

(9505.) St.-R. Schreiner referiert über das Ansuchen der Emilie Valentin um Abschreibung der Wassermehrverbrauchsgebür für das II. Quartal 1896 bezüglich des Hauses XV., Goldschlagstraße 12, und beantragt die Abschreibung der Gebür per 9 fl. 39 kr. für den im genannten Hause im II. Quartale 1896 constatierten Wassermehrverbrauch aus den Gründen des Bezirksamts-Antrages.

(Angenommen.)

(9555.) St.-R. Schreiner referiert über das Ansuchen der Erben nach Josef Bidoni um 50percentige Reducierung der Gebür per 90 fl. 18 kr. für den im Hause Idagasse 2, XV. Bezirk, im II. Quartale 1896 constatierten Wassermehrverbrauch und beantragt, dem Ansuchen aus den Gründen desselben Folge zu geben.

Es wird die Abweisung beschlossen.

(9622.) **St.-R. Hörmann** referiert über das Ansuchen der Firma Jos. Heller & Comp. um Abschreibung des zur Verbreiternng der Ungargasse entfallenden Straßengrundes bei dem Hause III., Ungargasse 12, sowie um Untertheilung des verbleibenden Baugrundes Cat.-Parc. 508 in die Parc. 508/2 und 508/1 und beantragt, die Bewilligung zu ertheilen, dass unter gleichzeitiger Abschreibung des zur Verbreiterung der Ungargasse entfallenden Straßengrundes die Realität Grdb.-Einl.-Z. 1660 III. Bezirk, Or.-Nr. 12 Ungargasse, Cat.-Parc. 508, Bauarea nach der rothen Trennungslinie g—r des vorgelegten Planes auf zwei Baustellen abgetheilt werde.

(Angenommen.)

(9369.) St.-R. Hörmann referiert über die Note der k. k. Bezirkshauptmannschaft Hietzing Umgebung vom 15 October 1896, Z. 28781, betreffend die Verhandlung über den General-Regulierungsplan von Atzgersdorf und beantragt, mit Rücksicht auf den

Beisatz in der Genehmigung des genannten General-Regulierungsplanes: „die im Commissionsprotokolle vom 5. Juni 1896 gestellten und von der Gemeinde Atzgersdorf angenommenen Bedingungen sind zu erfüllen", die von den Vertretern der Gemeinde Wien bei der commissionellen Verhandlung vom 5. Juni 1896 abgegebene Erklärung zur Kenntnis zu nehmen und nachträglich zu genehmigen.

(Angenommen.)

(9493.) St.-R. Hörmann referiert über das Ansuchen des Georg Hütter um Bewilligung zur Herstellung einer aus holzverschalten Wänden bestehenden, dachpappengedeckten Wagenschupfe ohne Fundierung auf dem vom Stifte Klosterneuburg in Bestand genommenen Grunde in der Pappenheimgasse 48, Theil der Cat.-Parc. 3539 des II. Bezirkes, und beantragt die Bestätigung der Baubewilligung aus den Gründen des Magistrats-Antrages.

(Angenommen.)

(9544.) St.-R. Hörmann referiert über Gesuche um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband von Parteien aus dem III. Bezirke und beantragt die Gesuchsgewährung für:

Friedl Florian, Commis;

Braunshör Karoline, Private. (Angenommen.)

(9276.) St.-R. Hörmann referiert über das Offert der Eheleute Leopold und Lotti Wagner, betreffend Verkauf der Realität Or.-Nr. 34 Untere Augartenstraße, II. Bezirk, an die Gemeinde und beantragt:

1. Die Gemeinde Wien erwirbt die den Eheleuten Leopold und Lotti Wagner gehörige Realität Or.-Nr. 34 Untere Augartenstraße, Einl.-Z. 889 II. Bezirk, wie sie liegt und steht, zum Zwecke der Durchführung der Leopoldsgasse um den Preis von 65.000 fl. und unter folgenden Bedingungen:

a) Von dem Kaufschillinge ist ein Betrag von 35.000 fl. bei Übergabe der Realität in den physischen Besitz der Gemeinde, der nach Abzug der auf der Realität intabulierten 5½percentigen Satzpost in dem noch aushaftenden Betrage per 6100 fl. sammt Nebengebüren, welche die Gemeinde zur Zahlung übernimmt, der verbleibende Rest binnen eines weiteren Jahres zu bezahlen und mit 4 Percent halbjährig im vorhinein fälligen Zinsen zu verinteressieren;

b) auf eine grundbücherliche Sicherstellung des Kaufschillingsrestes wird verzichtet;

c) die Vertragskosten und Übertragungsgebüren trägt die Gemeinde, die Kosten der Löschungsquittungen tragen die Verkäufer;

d) vom Verkaufe ausgeschlossen bleiben: sämmtliche Gasluster, die Badeeinrichtung und die Jalousien des Gassentractes;

e) die Übergabe der Realität in den physischen Besitz der Gemeinde hat binnen vier Wochen nach erfolgter Genehmigung dieser Transaction durch den Gemeinderath stattzufinden.

2. Bewilligung eines Zuschusscredites zur Ausg.-Rubr. XXII 4 in der Höhe des Erfordernisses.

3. Demolierung des Hauses nach dem Mai-Ausziehtermine 1897; Kündigung der Parteien im Februar 1897 pro Mai 1897.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(9616.) **St.-R. Büsch** referiert über die Abschreibung eines Mietzinses nach Adolf Feicht für eine Wohnung in dem städtischen Hause XII., Hauptstraße 68, und beantragt die Abschreibung des Mietzinsrückstandes per 5 fl. 19 kr. aus dem Titel der Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

(9606.) St.-R. Büsch referiert über eine rückständige Commissionsgebür per 16 fl. 80 kr. nach Zenon Szymansky und beantragt die Abschreibung derselben aus dem Grunde der Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

(9446.) **St.-R. Rauer** referiert über den Antrag der Bezirksvorstehung des XIII. Bezirkes auf Systemisierung von vier Straßenaufseherstellen à 60 fl. Monatsgehalt und beantragt:

Für den XIII. Bezirk werden provisorisch bis zur definitven Systemisierung des Straßensäuberungs-Personales eine Straßenaufseherstelle mit dem Taglohne von 2 fl. und zwei solche Stellen mit dem Taglohne von 1 fl. 50 kr. vom 1. December d. J. angefangen genehmigt.

St.-R. Rißaweg beantragt, den Magistrat zu beauftragen, den Act, betreffend die Vermehrung beziehungsweise Regulierung des Straßensäuberungs-Personales, ehestens vorzulegen.

Referenten-Antrag und Zusatz-Antrag angenommen.

(An den Gemeinderath.)

(9418.) St.-R. Rauer referiert über die Bewilligung eines Zuschusscredites von 1505 fl. 59 kr. zur Rubrik XXII 1 d anläßlich der Regulierung des Niveaus der Penzingerstraße zwischen Einwang- und Ameisgasse, XIII. Bezirk, und beantragt die Bewilligung mit dem Beisatze, dass diese Regulierung wegen der fortgeschrittenen Jahreszeit erst mit Eintritt des Frühjahres auszuführen ist.

(Angenommen.)

(9490.) St.-R. Rauer referiert über die Grundüberlassung zum Baue der neuen Kirche in Breitensee und beantragt:

Es sei dem Breitenseer Kirchenbauvereine die mit den Buchstaben a_2—z_2, a_3—z_3, a_4—z_4, a_5—z_5, a_6—z_6 im vorgelegten Plane bezeichnete, roth-gelb-blau lasierte Grundfläche (Einl.-Z. 572) gegen dem unentgeltlich ins Eigenthum zu überlassen, dass der gedachte Kirchenbauverein alle mit dieser Eigenthumsüberlassung verbundenen Kosten an Stempeln, Gebüren 2c. selbst trage.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(9562.) St.-R. Rauer referiert über Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Dachsberger Johann, Hausdiener;

Fellbacher Barbara, Fiakereigenthümerin;

Mochè Franz, Fleischhauergehilfe;

Opfolder Michael, Hilfsarbeiter;

Hofbauer Josef, Straßentaglöhner;

Seidl Anton, Blockwächter;

Susicky Eva, Hausbesorgerin;

Blaha Franz, Tramway-Bedienstete;

Wranovsky Wenzel, Schuhmachergehilfe;

Mochè Josef, Fleischselchergehilfe. (Angenommen.)

(9506.) St.-R. Rauer referiert über rückständige Effecten-Sicherstellungskosten nach Franz Laister, XIII. Bezirk, im Betrage von 4 fl. und beantragt die Abschreibung derselben aus dem Grunde der Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

(9507.) St.-R. Rauer referiert über eine rückständige Licenzgebür nach Magdalena Zöchmann, XIII. Bezirk, im Betrage von 26 fl. 88 kr. und beantragt die Abschreibung derselben aus dem Grunde der Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

(9627.) **St.-R. Fiedler** referiert über das Ansuchen des Wiener Schützenvereines um Überlassung des Zimmers Nr. 17 in der Volksschule I., Werderthorgasse 6, zu Unterrichtszwecken, und beantragt die Gesuchsgewährung unter den vom Magistrate vorgeschlagenen Bedingungen. (Angenommen.)

(9452.) St.-R. Fiedler referiert über das Ansuchen des Männer-Turnvereines im I. Bezirke um Überlassung des Turnsaales IX., Währingerstraße 43, und beantragt, das Ansuchen mit Rücksicht darauf abzulehnen, dass der angesuchte Turnsaal durch alle Tage in der Woche, außer Sonntag, bis 1/2 8 Uhr abends in Benützung steht. (Angenommen.)

(9434.) St.-R. Fiedler referiert über das Ansuchen der Clementine Goldschmidt um Übertragung der ihrem Gatten zugewiesenen currenten Glaserarbeiten für den V Bezirk und beantragt, zu genehmigen, dass die dem Glaser Eduard Goldschmidt übertragenen currenten Glaserarbeiten im V. Bezirke mit Rücksicht auf dessen geistige Erkrankung bis zum Ablaufe der Vertragsdauer (31. December 1897) durch dessen Curatel, vertreten durch seine Gattin Clementine Goldschmidt, besorgt werden. (Angenommen.)

(9495.) St.-R. Fiedler referiert über das Ansuchen des Wiener Thierschutzvereines um Versetzung (bezw. Neuaufstellung) eines Brunnens zu den Wagenstandplätzen in der verlängerten Schottengasse, Mölkerbastei und Schottenbastei und beantragt, mit Rücksicht auf die Bedürfnisse des Fuhrwerkes die Versetzung des Brunnens in der Schreyvogelgasse in die verlängerte Schottengasse neben den Hydranten an der Ausmündung der Fahrbahn der Mölkerbastei um den bedeckten Kostenbetrag von 200 fl. zu bewilligen. (Angenommen.)

(9618.) St.-R. Fiedler referiert über eine rückständige Hundesteuer nach Sophie Herzfeld und beantragt die Abschreibung derselben aus dem Grunde der Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

(9504.) St.-R. Fiedler referiert über eine rückständige Hundesteuer nach Albertine Schöberl, VIII. Bezirk, im Betrage von 4 fl. und beantragt die Abschreibung derselben aus dem Grunde der Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

(9497.) St.-R. Fiedler referiert über das Ansuchen des Friedrich Glenck um Nachsicht der halben Hundesteuer per 2 fl. und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(9503.) St.-R. Fiedler referiert über rückständige Wassermehrverbrauchsgebüren nach Parteien aus dem I. Bezirke im Betrage von 235 fl. 45 kr. und beantragt die Abschreibung derselben mit Rücksicht auf constatierte Rohrgebrechen, beziehungsweise aus dem Grunde der Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

(9502.) St.-R. Fiedler referiert über rückständige Wassermehrverbrauchsgebüren nach Parteien aus dem VIII. Bezirke im Betrage von 110 fl. 55 kr. und beantragt die Abschreibung derselben wegen constatierter Rohrgebrechen. (Angenommen.)

(9471.) St.-R. Fiedler referiert über den Magistratsbericht, betreffend die Hereinbringung von Wassergebüren für das bestandene Kaffeehaus III., Hetzgasse 22, und beantragt:

Es seien mit Rücksicht auf die voraussichtliche Erfolglosigkeit von gerichtlichen Schritten die aushaftenden Wassergebüren per 59 fl. 48 kr. dann die Wassermesser-Reparaturkosten per . . . . . 6 fl. 70 kr. als uneinbringlich abzuschreiben. (Angenommen.)

(9399.) St.-R. Fiedler referiert über das Ansuchen der Gemeinde Kirchschlag (Bezirkshauptmannschaft Zwettl) um Nachsicht der Verzugszinsen für ratenweise berichtigte Verpflegskosten nach Johann Köck und beantragt die Löschung der Verzugszinsenforderung per 107 fl. 65 kr. aus den Gründen des Magistrats-Antrages.

St.-R. Purscht beantragt die Löschung bloß der Hälfte der genannten aushaftenden Forderung.

Antrag Purscht angenommen.

(9417.) St.-R. Fiedler referiert über das Ansuchen des Hans Schauer, Waisenhausvaters des II. städtischen Waisenhauses, um Ankauf eines Clavieres für das genannte Waisenhaus und beantragt, den Ankauf des von dem Clavierfabrikanten Karl Hofmann, V., Franzensgasse 23, um den Ausnahmspreis von 350 fl. (statt 500 fl.) angebotenen Mignonflügels für das II. städtische Waisenhaus zu bewilligen und zu diesem Behufe zu dem in das Budget pro 1896, Ausgabs-Rubrik XXXVII 13 i, aufgenommenen Betrage per 300 fl. einen Zuschusscredit von 50 fl. zu genehmigen.

St.-R. Dr. Krenn beantragt, es sei der Ankauf eines überspielten Clavieres um den Höchstbetrag von 300 fl. zu bewilligen und Magistratsrath Bogner mit der Aufgabe zu betrauen, bei den bezüglichen Firmen (Ehrbar, Bösendorfer, Schweighofer, Heitzmann ꝛc.) das geeignete Object auszuwählen und in Vorschlag zu bringen.

Antrag Dr. Krenn angenommen.

(9488.) **St.-R. Weitmann** referiert über den Magistratsbericht, betreffend die Wasserabgabe für das Hofstallgebäude, und beantragt, den Magistratsbericht, wonach diese Angelegenheit mit der Löschung der zu Gunsten der noch bestehenden Hofstallwasserleitung auf den der Gemeinde Wien gehörigen Grundstücken lastenden Servituten in keinem Zusammenhange steht, zur Kenntnis zu nehmen und zu bewilligen:

1. Die Abgabe von 120 hl Wasser pro Tag zum Preise von 4 fl. 50 kr. an das k. k. Hofstallgebäude für die Ventilationsanlage wird gegen die bezügliche Anmeldung auf Widerruf genehmigt.

2. Die Anbringung von 22 Absperrventilen für die Ventilationsanlage wird gegen dem ausnahmsweise genehmigt, dass dieselben jederzeit den Organen des Stadtbauamtes zur Absperrung im Falle eintretenden Wassermangels zugänglich sind.

3. Im übrigen haben — mit Ausnahme des Punktes 2, Absatz 1, bezüglich des Absperrventiles und des separaten Wassermessers — die Bestimmungen des Gemeinderaths-Beschlusses vom 7. Februar 1889, Z. 7857, Anwendung auf die Wasserabgabe zu finden und wird gegen die Abzweigung der Ventilatorenleitung von der Hausleitung nach Punkt 2, Absatz 4 desselben keine Einwendung erhoben.

4. Über diesen Wasserbezug ist ein besonderer Vertrag auf Kosten des k. k. Hofärars abzuschließen. (Angenommen.)

(9462.) St.-R. Weitmann referiert über das Ansuchen des Eduard Sturm um Schadloshaltung für den beim Hause VII., Neustiftgasse 94, zur Straßenverbreiterung abgetretenen Grund und beantragt, die Schadloshaltung für den anlässlich des Umbaues der Realität Einl.-Z. 856 des VII. Bezirkes, Or.-Nr. 94 Neustiftgasse, zur Straße abgetretenen Grund per 40·96 m² mit dem im commissionellen Wege einverständlich ermittelten Betrage von 16 fl. per Quadratmeter zu bestimmen. (Angenommen.)

(9496.) St.-R. Weitmann referiert über das Ansuchen des Siegfried Engl um käufliche Überlassung der Trottoirrandsteine vor seinem Hause VII., Neubaugasse 18, behufs Anlage eines Asphalt-Straßentrottoirs anlässlich des Umbaues des genannten Hauses und beantragt, dem Hausbesitzer Siegfried Engl zur Trottoirherstellung bei seinem Hause Nr. 18 Neubaugasse die alten städtischen Randsteine um den vom Stadtbauamte ausgemittelten Betrag von 38 fl. 80 kr. käuflich zu überlassen. (Angenommen.)

(9613.) St.-R. Weitmann referiert über rückständige Hundesteuern nach Parteien aus dem VII. Bezirke im Betrage von 32 fl. und beantragt die Abschreibung derselben aus dem Grunde der Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

(9534.) St.-R. Weitmann referiert über Gesuche um Aufnahme in den Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Kraßnig Gregor, Geschäftsdiener;
Lošak Anton, Gemischtwaren-Verschleißer;
Mikolasch Johann, Damen-Confectionsschneider;
Nosek Johann, Schuhmachermeister;
Zeiler Karl, Schuhmachermeister;
Skoland Florian, Schuhmachermeister;
Kozian Franz, Posamentierergehilfe;
Schleifer Johann, Kutscher und Hausbesorger;
Komurka Josef, Schuhmachergehilfe;
Bernt Pauline, Näherin;
Hoetz Leopold, Drechslergehilfe;
Pezhek Anton, Metalldreher;
Stab Franz, Zimmerputzer und Commissionär;
Zboržil Franz, Peitschenmacher;
Kolobzig Blasius, Schneidergehilfe;
Tiegl Franz, Bankdiener;
Radda Wilhelmine Rosina, Näherin;
Gobl Marie, Hausbesorgerin;
Nom Adolf, Druckereihilfsarbeiter. (Angenommen.)

(9175.) **St.-R. Dr. Wähner** referiert über das Ansuchen des Wiener Wärmestuben- und Wohlthätigkeitsvereines um Subvention pro 1896 und beantragt: Es sei dem genannten Vereine wie alljährlich so auch pro 1896 eine Subvention von 2000 fl. unter der Bedingung zu gewähren, dass der Verein in Hinkunft der Gemeinde eine entsprechende Vertretung in seinem Verwaltungsausschusse satzungsmäßig einräumt. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(9454.) **St.-R. Tomola** referiert über den Bericht der Direction des Leopoldstädter Real- und Obergymnasiums, betreffend Schulgeldbefreiungsgesuche.

Die Referenten-Anträge werden angenommen.

(9427.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen des Volksschullehrers Ferdinand Naderer um Anrechnung seiner an der Schule in der Strafanstalt in Stein zugebrachten Dienstzeit bei Bemessung der Pension und Dienstalterszulagen und beantragt, die Entscheidung des k. k. n.-ö. Landesschulrathes, wonach dem Recurse der Gemeinde wider die Beschlüsse des Bezirksschulrathes vom 27. November 1895 und 11. December 1895, Z. 8082, Folge gegeben und das Ansuchen des obgenannten Lehrers abgewiesen wurde, zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

(9475.) St.-R. Tomola referiert über die Interpellation des Gem.-Rathes Bock, betreffend die Regulierung des Trottoirs vor dem Hause Nr. 21 Schopenhauerstraße, XVIII. Bezirk, und beantragt, den Magistratsbericht, wonach infolge der beim Verwaltungsgerichtshofe noch anhängigen Beschwerde des Hauseigenthümers Heinrich wider den Auftrag des Bezirksamtes für den XVIII. Bezirk weitere Schritte behufs Regulierung des genannten Trottoirs vorläufig erfolglos sind, zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

(9430.) St.-R. Tomola referiert über die Bewilligung eines Zuschusscredites zur Rubrik XLIII 12: „Aushilfen für Lehrerswitwen und -Waisen", und beantragt die Bewilligung eines Cummulativ-Zuschusscredites per 250 fl. (Angenommen.)

(9413.) St.-R. Tomola referiert über die Note des Bezirksschulrathes vom 27. October 1896, Z. 5806, betreffend die Zustimmung zu Veränderungen an Volks- und Bürgerschulen im X. Bezirke, und beantragt die Ertheilung der Zustimmung:

1. zur weiteren Verwendung einer für Bürgerschulen geprüften Lehrkraft in provisorischer Eigenschaft an der Knaben-Bürgerschule X., Eugengasse 30/32);

2. zur provisorischen Eröffnung zweier neuer Parallelabtheilungen zur I. Classe der genannten Schule, einer Parallelabtheilung zur I. Classe der Mädchen-Bürgerschule X., Herzgasse 27, einer Parallelabtheilung zur V. Mädchenclasse der sechsclassigen Volksschule für Knaben und Mädchen X., Krollgasse 59;

3. zur provisorischen Verlegung je einer systemisierten Classe der allgemeinen Volksschule für Knaben und Mädchen X., Herzgasse 27, an die allgemeine Volksschule für Knaben und Mädchen X., Quellengasse 73, sowie einer systemisierten Classe der allgemeinen Volksschule für Mädchen X., Herzgasse 27, an die allgemeine Volksschule für Mädchen X., Himbergerstraße 64;

4. zur Zuweisung der nöthigen provisorischen Lehrkräfte.

(Angenommen.)

(9500.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen des Wiener Stenographen-Vereines „System Faulmann" um Benützung zweier Lehrzimmer in der Knaben-Bürgerschule IX., Glasergasse 8, an zwei Wochentagen in der Zeit von ½7 bis ½9 Uhr zu Unterrichtszwecken und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(9501.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen des Turnvereines im Bezirke Alsergrund um unentgeltliche Überlassung des Turnsaales in der Knaben-Bürgerschule IX., Glasergasse 8, an allen sechs Wochentagen abends und beantragt die Gesuchsgewährung nach dem Bezirksamts-Antrage. (Angenommen.)

(9654.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen des katholischen Jünglingsvereines Kaisermühlen um Überlassung des Turnsaales II., Schüttaustraße 78, und eines Lehrzimmers in dieser Schule und beantragt die Genehmigung des Ansuchens im Sinne des Antrages des magistratischen Bezirksamtes für den II. Bezirk. (Angenommen.)

(9673.) St.-R. Tomola referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Oppenberger, betreffend die Verleihung einer communalen Auszeichnung an den k. k. Bezirksschul-Inspector Joh. M. Hinterwaldner und beantragt: es sei dem Genannten anlässlich der Vollendung seines 30. Dienstjahres das Bürgerrecht der Stadt Wien mit Nachsicht der Taxen zu verleihen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(9511.) **St.-R. Wessely** referiert über das Ansuchen des städtischen Contrahenten für die Haus- und Marktkehrichtabfuhr im XI. Bezirke Franz Kopelent um Bewilligung zur Verwendung eines nichtpatentierten Kehrichtabfuhrwagens und beantragt, das vorliegende Ansuchen aus den Gründen des Magistrats-Antrages abzulehnen. (Angenommen.)

(9611, 9612.) St.-R. Wessely referiert über rückständige Effectensicherstellungskosten nach Parteien aus dem VI. Bezirke im Betrage von zusammen 4 fl. 2 kr., und beantragt die Abschreibung derselben aus dem Grunde der Uneinbringlichkeit beziehungsweise des unbekannten Aufenthaltes. (Angenommen.)

(9545.) St.-R. Wessely referiert über Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband von Parteien aus dem VI. Bezirke und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Spaniel Wilhelm, Laternenanzünder;
Suchan Ant. Joh., Manufacturzeichner;
Maschka Johann, Victualienhändler;
Jelinek Johann, Schuhmachermeister;
Hofmann Wenzel, Schuhmachergehilfe;

Wilfling Florian, Kutscher;
Geyer Priska, Köchin;
Prihoda Johann, Geschäftsdiener. (Angenommen.)

(9546.) **St.-R. Seichert** referiert über die Änderung des Straßenniveaus der Ottakringerstraße zwischen der Lienfeldergasse und Roseggergasse im XVI. Bezirke und beantragt:

1. das vorgelegte Project wird mit dem veranschlagten bedeckten Kostenbetrage von 2126 fl. 22 kr. genehmigt, doch hat eine Reducierung der erforderlichen Arbeiten derart zu erfolgen, dass die von der Gemeinde durchzuführende Pflastererarbeit auf höchstens 1000 fl. zu stehen kommt, wobei die Anwalzung des Anschüttungsmateriales separat zu vergeben ist;

ferner sei zu genehmigen:

2. die sofortige Vergebung der Arbeiten an die Contrahenten für die currenten Arbeiten;

3. die Annahme des von der k. k. Baudirection für die Wiener Stadtbahn namens der Commission für Verkehrsanlagen in Wien gestellten Anerbietens, wonach der diesseits der geraden Verbindungslinie der oberen Ecke des Hauses Or.-Nr. 196 und der unteren Ecke des Hauses Or.-Nr. 204 Ottakringerstraße in die Verbreiterung dieser Straße fallende Theil des für den Bau der Wiener Stadtbahn und Vorortelinie eingelösten Grundes der Gemeinde Wien zur Benützung für öffentliche Zwecke zur Verfügung gestellt wird, dagegen das Eigenthumsrecht an diesem Grunde, sowie der Anspruch auf Rückersatz der aus der Versetzung der Bauplacke auf die oben genannte Verbindungslinie erwachsenden Kosten der Commission für Verkehrsanlagen in Wien vorbehalten werden. (Angenommen.)

(9133.) St.-R. Seichert referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes von Parteien aus dem XIV. Bezirke und beantragt die Gesuchsgewährung für:

Wissing Franz, Bautischler und Hausbesorger;
Rohn Adalbert, Kaffeeschenker und Hausbesitzer;
Lang Johann, Gastwirt;
Finster Andreas, Hutmacher;
Höferle Ignaz, Gastwirt;
Fara Josef, Gastwirt. (Angenommen.)

(9481.) **St.-R. Braun** referiert über das Ansuchen des Pächters der städtischen Wasenmeisterei und thermo-chemischen Anstalt im XI. Bezirke, Johann Logar, um Beschaffung von Trinkwasser für die genannte Anstalt und beantragt: die Versorgung der Theerfabrik, der thermo-chemischen Anstalt und Waggon-Desinfectionsanstalt am Donaucanale im XI. Bezirke mit Hochquellenwasser, respective die Legung der dazu erforderlichen Rohrstränge wird mit Rücksicht auf die hohen Kosten der Durchführung derselben dermalen abgelehnt. (Angenommen.)

(9615.) St.-R. Braun referiert über eine anlässlich des Ansuchens um Verleihung der Zuständigkeit vorgeschriebene rückständige Taxe nach Anton Rasel, IX. Bezirk, im Betrage von 1 fl. 10 kr. und beantragt die Abschreibung aus dem Grunde der Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

(9423.) **St.-R. Gräf** referiert über die Bewilligung eines Zuschusscredites per 1700 fl. zur Rubrik XXII 9 „Verschiedene Auslagen (Straßenwesen)" und beantragt die Bewilligung. (Angenommen.)

(9374.) **St.-R. Dr. Krenn** referiert über die Veräußerung von Kohlenabfällen im Keller der städtischen Versorgungsanstalt in Liesing und beantragt die Ausschreibung einer Offertverhandlung.

St.-R. Rißaweg beantragt, zu derselben insbesondere die Firmen F. A. Sargs Sohn & Co., Brunner Fabrik für chemische Producte W. Neuber & Dr. Bum in Brunn am Gebirge, Wagenmann-Seybl & Co. und Bräuhaus Liesing einzuladen.

Referenten-Antrag und Antrag Rißaweg angenommen.

(9492.) **St.-R. Rißaweg** referiert über das Ansuchen des Bezirksvorstehers des X. Bezirkes um Installation der elektrischen Beleuchtung der Transparentuhr an der Pfarrkirche St. Johann Ev. in Favoriten und beantragt:

In theilweiser Abänderung der Verfügung des l. f. Commissärs vom 28. April 1896, Z. 2945, wird genehmigt, dass die Beleuchtung der neuen Transparentuhr an der Pfarrkirche zu St. Johann in Favoriten mit elektrischem Lichte zu geschehen habe, und wird für die Installation ein Betrag von 400 fl., für den Consum ein solcher von 175 fl. genehmigt.

Die Installation sowie die Lieferung des elektrischen Stromes werden der Internationalen Elektricitäts-Gesellschaft zu den Einheitspreisen der bezüglichen bauämtlichen Kostenanschläge übertragen.

Die gegenüber der früher projectierten Gasbeleuchtung sich ergebenden Mehrkosten für die Installation per 250 fl. werden ebenfalls auf den Reservefond unter Verrechnung auf der neu eröffneten Subrubrik LI 3 „Herstellung einer transparenten Uhr an der Pfarrkirche im X. Bezirke" verwiesen. (Angenommen.)

(9536.) **St.-R. Dr. Deutschmann** referiert über das Ansuchen des Vorstehers des II. Bezirkes Josef Mumb noe. der Verwaltung der Karl Meiß'schen Stiftung für arme christliche Gewerbetreibende um Baubewilligung für einen theilweisen Umbau des Hauses II., Obere Augartenstraße 5, Taborstraße 39, und beantragt:

1. Das Bauproject wird genehmigt, beziehungsweise die Wohnung des Hausbesorgers nicht beanständet und die Einwendung des Anrainers wegen Entgang an Licht und Luft durch den Bau des Seitentractes abgewiesen;

2. der für die Thorportal- und Lesenen-Anlage in der Castellezgasse sowie in der Oberen Augartenstraße erforderliche Straßengrund im Gesammtausmaße von 1·811 m² wird — vorbehaltlich der Bestimmung des Preises seitens des Gemeinderathes — gegen Abrechnung in gleichem Ausmaße von dem gegen Schadloshaltung abzutretenden Grunde überlassen;

Die Bestimmung des Preises für den in der Oberen Augartenstraße und Castellezgasse zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grund wird seinerzeit nach Abschluss der durch das eingesetzte Comité mit der Bauwerberin zu führenden Verhandlungen erfolgen. (Angenommen.)

(9226.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über den Magistratsbericht, betreffend die Vertagung der am 8. October d. J. über die Beschwerde des Rudolf Schmeidel gegen die Entscheidung der Baudeputation in Wien vom 9. November 1894, Z. 107, vor dem k. k. Verwaltungsgerichtshofe stattgehabten Verhandlung auf den 3. März nächsten Jahres, und beantragt, der Magistrat habe in kurzem Wege zu erheben, ob in dieser Angelegenheit die Gegenschrift seitens des Dr. Oskar Schmitt erstattet wurde, sowie auch, wer für die Commune bei der Verhandlung am 28. October d. J. beim k. k. Verwaltungsgerichtshofe interveniert hat, und hierüber binnen vier Wochen Bericht zu erstatten. (Angenommen.)

(9470.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über den Bezirksamtsbericht, betreffend die Erwerbsteuer-Auftheilung der der Firma Weißenstein & Winternitz vorgeschriebenen Steuer zwischen Wien und Geiersberg und beantragt, die Entscheidung des k. k.

Finanzministeriums vom 4. September d. J., Z. 37685, mit welcher dem Recurse der Gemeinde Wien gegen die Aufhebung der genannten Steuerauftheilung Folge gegeben und angeordnet wurde, dass von der Gesammtsteuer der genannten Firma in Geiersberg 20 Percent in Wien zur Vorschreibung und Einhebung zu gelangen haben, zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

(9346.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über das Ansuchen der Anna Schörgmayer um Bewilligung zum nachträglichen Erlage der Erhaltungsgebür für ein Einzelngrab am Central-Friedhofe und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.

(8443.) **St.-R. Purscht** referiert über die Ausmusterung von zwei dienstuntauglichen Pferden der Stadtsäuberung und den Ankauf zweier Ersatzpferde und beantragt, es seien zwei Ersatzpferde um den Höchstbetrag von 900 fl. anzukaufen und die beiden dienstuntauglichen Pferde als Reservepferde zu belassen.

St.-R. Gräf beantragt, den Kaufpreis mit dem Höchstbetrage von 1000 fl. festzusetzen.

St.-R. Schreiner beantragt, es seien Pferde mit einem Alter von nicht unter sechs Jahren anzukaufen, zugleich sei jedoch zu bestimmen, dass keine höhere Fourage berechnet werden dürfe.

St.-R. Rißaweg beantragt, der Einkaufs-Commission Sachverständige aus dem Gemeinderathe beizuziehen.

St.-R. Lorenz Müller beantragt, es habe der Schaffer der Stadtsäuberung im I. Bezirke auf den bedeutenderen auswärtigen Pferdemärkten (z. B. Raab, Gmünd 2c.) den Ankauf zu besorgen.

St.-R. Schreiner beantragt hiezu, es seien auch die Märkte in St. Florian und Salzburg zu besuchen.

Referent accommodiert sich den Anträgen Schreiner, Rißaweg, Lorenz Müller.

Modificierter Referenten-Antrag angenommen.

(8115.) St.-R. Purscht referiert über die Abänderung des Niveaus in der Nessel- und Roggendorfgasse im XVII. Bezirke, Hernals, und beantragt, die im Bauamtsberichte empfohlenen, mit dem gegenwärtigen Niveau mehr in Übereinstimmung befindlichen und zweckentsprechenden Niveaux anstatt der ministeriell genehmigten Niveaux zu genehmigen.

St.-R. Dr. Mayreder beantragt, dass das Niveau derart gehoben wird, dass das Gefälle in der Roggendorfgasse zwischen der Schöffelgasse und Comeniusgasse ausgeglichen wäre.

Referent accommodiert sich diesem Antrage.

Modificierter Referenten-Antrag angenommen

(9521.) **St.-R. Dr. Mayreder** referiert über das Offert der k. k. Staatsbahn-Direction, betreffend den Tausch, respective Ankauf von städtischen Parcellen in Unter-Baumgarten gegen Parcellen in Hütteldorf, behufs Errichtung einer Arbeiter-Baracke auf ersterwähnten Gründen und beantragt:

Es werde das von der k. k. Staatsbahn-Direction Wien mit Note vom 19. September 1896, Z. 37400, vorgelegte Offert, betreffend den Tausch eines städtischen Grundcomplexes, bestehend aus Theilen der Cat.-Parc. 303/1 und 303/3 in Unter-Baumgarten, im beiläufigen Ausmaße von 1200 m², gegen eine Grundfläche von circa 1440 m², bestehend aus Theilen der Cat.-Parc. 466, 465 und 915 in Hütteldorf, beziehungsweise den Ankauf des ersteren Grundes zu Zwecken der Errichtung einer Abeiter-Baracke unter nachfolgenden Bedingungen angenommen:

1. Der Kauf- beziehungsweise Tauschwert des städtischen Grundes wird mit drei Gulden, jener des eisenbahnärarischen mit zwei Gulden per Quadratmeter bestimmt. Es ist demnach im Falle des Kaufes ein Kaufpreis von dreitausendsechshundert Gulden (3600 fl.), im Falle des Tausches eine Aufzahlung von siebenhundertzwanzig Gulden (720 fl.) an die Gemeinde Wien zu leisten, vorbehaltlich einer Mehr- oder Minderforderung nach dem Ergebnisse der gemeinschaftlich vorzunehmenden, genauen Vermessung der beiderseitigen Gründe.

2. Es wird die sofortige Occupierung des städtischen Grundes, und zwar im Falle des Tausches gegen einen Anerkennungszins von 5 fl. pro Jahr, im Falle des Kaufes gegen eine 3percentige Verzinsung des Kaufpreises bis zum Tage der formellen Vertragsausfertigung beziehungsweise Einzahlung des Kaufpreises gestattet.

3. Die Einmündungsgebür für die Einmündung des Hauscanales in den Sammelcanal wird mit dreihundert Gulden (300 fl.), zahlbar in zwei Raten, die erste mit erfolgter Einmündung, die zweite binnen Jahresfrist darauf, bemessen.

4. Die Abgabe von Wasser aus der Albertinischen Wasserleitung wird unter nachstehenden Bedingungen gewährt:

a) Die Anbohrung der Wasserleitung und die Abzweigung ist von Organen der Gemeinde auf Kosten des k. k. Ärars auszuführen. Dagegen bleibt es der k. k. Staatsbahn-Direction freigestellt, die Wasserleitungs-Installation im Inneren des Hauses, sowie die Closetspülung durch einen befugten Gewerbsmann herstellen zu lassen.

b) Die Wasserbezugsgebür wird mit 4 fl. 60 kr. per Hektoliter und Jahr (Wasserentgelt und Betriebsspesen) bemessen und ist in vierteljährlichen Anticipativraten an die städtische Hauptcassa-Abtheilung für den XIII. Bezirk zu entrichten; hiebei werden die Monate, in welche der Beginn und das Ende des Wasserbezuges fallen, als voll gerechnet.

c) Es ist ein bestimmtes Bedarfsquantum in Hektolitern pro Tag vorher anzumelden. Die Abgabe des angemeldeten Wasserquantums erfolgt durch continuierlichen Zulauf innerhalb 24 Stunden mittels Zumessvorrichtung.

d) Der Wasserbezug wird auf unbestimmte Zeit gegen beiden Theilen zustehende achttägige Kündigung vereinbart.

e) Die Gemeinde Wien übernimmt keine Haftung, falls der Wasserzufluss durch Leitungsgebrechen, geringere Ergiebigkeit der Leitung oder aus anderen Gründen Störungen erleidet.

f) Bei Einstellung des Wasserbezuges ist die Cassierung der Abzweigungsleitung und die Herstellung des früheren Zustandes auf Kosten der k. k. Staatsbahn-Direction vorzunehmen.

g) Über obige Bedingungen wird ein schriftlicher Vertrag errichtet.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(9547.) St.-R. Dr. Mayreder referiert über das Project für die Herstellung von vier Nothausläßen aus dem Sammelcanale am rechten Wienflussufer, XII. Bezirk, und beantragt:

1. Es wird das vorgelegte Detailproject für die Herstellung von vier Nothausläßen aus dem Sammelcanale am rechten Wienflussufer im XII. Bezirke und für die Correction des bereits hergestellten Nothauslasses bei der Lobkowitzbrücke mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 16.870 fl. 5 kr. genehmigt.

2. Die zur Ausführung des Projectes erforderlichen Erd- und Baumeisterarbeiten sind einschließlich der hydraulischen Bindemittel auf Grund der vorliegenden Bedingnisse im Wege einer öffentlichen schriftlichen Offertverhandlung zu vergeben.

3. Der Magistrat wird ermächtigt, wegen Durchführung der neu herzustellenden Nothausläße unter dem Stadtbahnplanum unter den bisher bei anderen Nothausläßen eingehaltenen Bedingungen mit der k. k. Baudirection der Wiener Stadtbahn eine Vereinbarung zu treffen.

4. Dieses Detailproject ist der Commission für Verkehrsanlagen mit dem Ersuchen zu übersenden, demselben gleichfalls die Zustimmung zu ertheilen. (Angenommen.)

(9564.) St.-R. Dr. Mayreder referiert über den Magistratsbericht, betreffend die Ablösung von Wasserbezugsrechten am Wienflusse aus Anlass der Wienflussregulierung, und beantragt:

Es sei dem Josef Erfurth und den Erben nach Marie Erfurth als Eigenthümer der Liegenschaft Einl.-Z. 491, Catastralgemeinde Unter-Meidling, Or.-Nr. 16 Fabriksgasse, zusammen eine Entschädigung von 1500 fl. gegen dem zu gewähren, dass dieselben für sich und ihre Rechtsnachfolger auf alle Rechte, welche ihnen aus dem Übereinkommen vom 19. October 1893 gegen die Commission für Verkehrsanlagen in Wien in Betreff des Bezuges von Wasser aus der Cunette des regulierten Wienflusses und in Betreff der Herstellung der für diesen Wasserbezug erforderlichen Zuleitungsvorrichtungen zustehen, Verzicht leisten. (Angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **20. November 1896** (nachmittags).

Vorsitzende: Bürgermeister Josef Strobach.
Vice-Bürgermeister Dr. Karl Lueger.
Vice-Bürgermeister Dr. Josef Neumayer.

Anwesende:

Braun,	Dr. Mayreder,
Büsch,	Müller Lorenz,
Dr. Deutschmann,	Purscht,
Fiedler,	Rauer,
Gräf,	Rißaweg,
Grünbeck Sebastian,	Schreiner,
Hipp,	Seichert,
Hörmann,	Tomola,
Hraba,	Dr. Wähner,
Dr. Krenn,	Weitmann,
Dr. Kupka,	Wessely.

Experten: Baudirector Berger, Oberbuchhalter Nelböck, Magistratsrath Silberbauer, Buchhalter Fechner, Magistrats-Commissär Dr. Nüchtern.

Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Bibl.

Bürgermeister Strobach eröffnet die Sitzung.

(7023.) **St.-R. Hraba** referiert über den Hauptrechnungsabschluss der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien für das Jahr 1895. (Die in der Stadtraths-Sitzung vom 18. d. M. abgebrochene Special-Debatte wird fortgesetzt.)

Rubriken IV bis VII der Gruppe I angenommen.

Der Bürgermeister bringt hierauf folgende, in der Stadtraths-Sitzung vom 18. d. M. gestellten Anträge zur Abstimmung:

a) die in der General-Debatte gestellten Anträge:

1. Dr. Lueger, es habe bei Zusammenstellung des Inventars künftighin eine Trennung des nutzbringenden von dem nicht nutzbringenden (zehrenden) Vermögen stattzufinden. (Angenommen.)

2. Dr. Lueger, es sei die Stadtbuchhaltung zu beauftragen, über den Stand der Activa und Passiva am 19. Mai 1896 ein genaues Inventar anzulegen, bei welchem ebenfalls der Grundsatz der Unterscheidung des zinstragenden vom zehrenden Gemeindevermögen in Anwendung zu kommen hätte. (Angenommen.)

3. Seichert, die Post „Wert der Canäle und überwölbten Bäche" im Inventar über das Gemeindegut zu eliminieren. (Wird zurückgezogen.)

b) den in der Specialdebatte ad Gruppe I, Rubrik III 6, der Einnahmen vom St.-R. Schreiner gestellten Antrag, der Magistrat sei aufzufordern, mit der Wiener und der Internationalen Elektricitäts-Gesellschaft zu verhandeln, ob sie nicht, in ähnlicher Weise wie die Allgemeine österreichische Elektricitäts-Gesellschaft, für die seitens der Gemeinde Wien auszuübende Controle der Einhaltung der Vertragsbestimmungen hinsichtlich der Anlage und des Betriebes einen Beitrag zu leisten geneigt wären. (Angenommen.)

Gruppe II angenommen.

Gruppe III. Ad Einnahms-Rubrik XII 1 stellt St.-R. Tomola den Antrag, es sei eine Revision der Mietzinse in den städtischen Häusern vorzunehmen und seien betreffs zeitgemäßer Regulierung der Mietzinse baldigst geeignete Anträge zu stellen.

Dieser Antrag wird angenommen.

Gruppe III wird sohin angenommen; ebenso Gruppe IV und V.

Gruppe VI. Ad Einnahms-Rubrik XXII beantragt der Bürgermeister, der Magistrat werde aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass auch die Omnibus-Gesellschaften ähnlich den Tramway-Unternehmungen für die Benützung der Straßen eine Abgabe zu entrichten haben.

Dieser Antrag wird angenommen.

(Vice-Bürgermeister Dr. Neumayer übernimmt den Vorsitz.)

Gruppe VI angenommen.

(Vice-Bürgermeister Dr. Lueger übernimmt den Vorsitz.)

Gruppe VII. Ad Rubrik XXVII 2 d: „Kosten der Beleuchtung" (am Central-Viehmarkte), beantragt der Vorsitzende, Vice-Bürgermeister Dr. Lueger, dass die betreffenden Aufsichtsorgane aufzufordern seien, zu erheben, wieso eine so beträchtliche Überschreitung (4255 fl. 91 kr.) eintreten konnte und ob denn nicht das Ausströmen von Gas rechtzeitig bemerkt wurde.

Dieser Antrag wird angenommen.

Gruppe VII angenommen.

Über eine diesbezügliche Anregung verfügt der Vorsitzende, Vice-Bürgermeister Dr. Lueger, dass über den Umstand, dass die Reinigungskosten für das Schlachthaus an der Als (3390 fl. 42½ kr.) im Vergleiche zu jenen in dem viel größeren Schlachthause zu Gumpendorf (3802 fl. 10 kr.) zu hoch erscheinen, seitens des Magistrates Erhebungen zu pflegen sind.

Gruppe VIII bis incl. Rubrik XXXII angenommen.

Die Berathung wird hierauf abgebrochen.

(8953, 4759, 4760.) **Bürgermeister Strobach** referiert über die Begebung von Theilbeträgen des 35-Millionen-Kronen-Anlehens und beantragt:

I. Die zufolge Stadtraths-Beschlusses vom 19. Juni 1896, ZZ. 4759 und 4760, erfolgte Begebung eines Betrages von 31.100 K aus dem 35-Millionen-Kronen-Anlehen an die Rosina Tumal'sche Waisenstiftung, sowie eines Betrages von 81.700 K an den Bürgerspitalfond zum Course von 100 fl. wird nachträglich genehmigt.

II. Die am 29. October 1896 erfolgte Aufnahme einer schwebenden Schuld per 800.000 K, rückzahlbar in 14 Tagen, verzinslich mit 4 Percent wird zur genehmigenden Kenntnis genommen.

III. Der am 12. November 1896 vom Bürgermeister vollzogene Verkauf von Kronenrenten im Betrage von 200.000 K

Nominale des 35-Millionen-Kronen-Anlehens an die Communal-Sparcassa Hernals wird nachträglich genehmigt.

IV. Der am 18. November 1896 vom Bürgermeister vollzogene Verkauf von Kronenrenten im Betrage von 300.000 K Nominale des 35-Millionen-Kronen-Anlehens an die Communal-Sparcassa Rudolfsheim wird nachträglich genehmigt.

V. Der Bürgermeister wird ermächtigt, zur Deckung von Auslagen, welche sich pro November und December 1896 ergeben werden, von dem budgetmäßig zur Begebung in diesem Jahre verbliebenen Anlehenstheilbetrage per 5,969.020 K des 35-Millionen-Kronen-Anlehens Beträge nach Bedarf bis zum Höchstausmaße von 3,500.000 K zu veräußern. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(9645.) **St.-R. Dr. Wähner** referiert über den Statthalterei-Erlass vom 13. November 1896, Z. 104174, betreffend das Ansuchen der Wiener Tramway-Gesellschaft um Vermehrung der in ihren Wägen normierten Stehplätze, und beantragt, die Vertreter der Gemeinde Wien bei der am 27. d. M. stattfindenden commissionellen Verhandlung über das erwähnte Gesuch der Wiener Tramway-Gesellschaft zur Abgabe folgender Erklärung zu ermächtigen:

Die Gemeinde spricht sich auf das entschiedenste gegen jede Vermehrung der Stehplätze auf den Wägen der Wiener Tramway-Gesellschaft aus, nachdem durch eine solche Maßregel die Wirkung des Überfüllungsverbotes vereitelt und ein gewisser Grad der Überfüllung sogar von Vornherein sanctioniert würde.

(Einstimmig angenommen.)

(9675.) St.-R. Dr. Wähner referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend die Verpachtung von 120 städtischen Annoncensäulen vom 1. Jänner 1897 ab, und beantragt, es seien die zur Verpachtung ausgeschriebenen 120 städtischen Annoncensäulen auf Grund der genehmigten Bedingnisse auf die Dauer von drei Jahren, d. i. für die Zeit vom 1. Jänner 1897 bis 31. December 1899, an Theresia Soini nach Maßgabe ihres Offertes um den jährlichen Bestandzins von 156 fl. pro Säule und Jahr zu verpachten.

(Angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

Allgemeine Nachrichten.

Commission für Verkehrsanlagen.

28. November 1896.

In der abgelaufenen Woche wurden bei der Ausführung der Wiener Verkehrsanlagen 9298 Arbeiter verwendet; hievon waren 4585 beim Bau der Gürtel-, Vororte- und Wienthallinie der Stadtbahn, 921 beim Bau des Schleusencanales nächst Nussdorf, 3380 bei der Wienflussregulierung, 412 am Hauptsammelcanale rechts des Donaucanales beschäftigt; außerdem standen in Verwendung: bei den Bahnbauten 260 Fuhrwerke und 14 Dampfmaschinen, beim Schleusencanalbau 2 Fuhrwerke und 7 Dampfmaschinen, bei der Wienflussregulierung 37 Fuhrwerke, 34 Dampf- und 6 Dynamomaschinen, am Hauptsammelcanale rechts des Donaucanales 49 Fuhrwerke.

(**Niederösterr. Amtskalender 1897 — 32. Jahrgang.**) Mit Benützung amtlicher Quellen zusammengestellt enthält dieses soeben im Verlage der k. k. Hof- und Staatsdruckerei erschienene Jahrbuch außer einem alle Confessionen umfassenden Kalendarium und einer Reihe von für die weitesten Kreise berechneten geschäftlichen Notizen, einen ausführlichen Schematismus über den Allerhöchsten Hofstaat, die legislativen Körperschaften, sowie die Civil-, Militär- und kirchlichen Behörden der Monarchie, dann aller Unterrichts- und Krankenanstalten, Actiengesellschaften und Vereine, sowie der Gemeindevertretungen von Niederösterreich. Neu aufgenommen sind der Status des Eisenbahnministeriums, das Pensionsnormale für die Civil-Staatsbeamten nebst einer Tabelle, aus welcher der für jede Gehaltsstufe der einzelnen Rangclassen mit jedem zurückgelegtem Dienstjahre entfallende Pensionsbetrag ersichtlich ist, Notizen über den Radfahrsport u. s. w. Bei der Reichhaltigkeit seines Inhaltes, sowie bei der Verlässlichkeit seiner die neuesten Veränderungen berücksichtigenden Daten wird der Amtskalender jedermann ein erwünschtes Hilfs- und Nachschlagebuch sein.

* * *

(**Geschäfts-Vormerkblätter 1897.**) Dieses soeben im 25. Jahrgange im Verlage der k. k. Hof- und Staatsdruckerei ausgegebene Vormerkbuch enthält viele entsprechend rubricierte Blätter zur Vormerkung von Commissionen, Tagfahrten, Wohnungsadressen, Gedenktagen u. dgl., zur Eintragung der Einnahmen und Ausgaben, zur Anlage von mannigfachen Tages-, Wochen-, Monats- und Jahres-Vormerken, Stundenplänen u. s. w. Beigegeben sind Stempelscalen, Interessen-, Gehalts- und Lohnberechnungs-, Münzvergleichungs-, Maß- und Gewichtstabellen, Post-, Telegraphen- und Telephontarife, sowie eine Übersicht der Lottoanlehens-Ziehungen im Jahre 1897. Den verschiedenartigsten Bedürfnissen dienend, werden diese Vormerkblätter in jedem Hause als ein praktischer Behelf willkommene Aufnahme finden.

* * *

(**Versicherungs-Agenten.**) Die zutage gekommenen Unzukömmlichkeiten in dem Gebaren der mit der Aufsuchung von Versicherungsnehmern betrauten Acquisitionsorgane haben das hohe k. k. Ministerium des Innern laut Erlasses vom 13. März 1896, Z. 1220, veranlasst, bei Reformierung des auf das Versicherungswesen bezüglichen Versicherungs-Regulativs auch das Agentenwesen einer thunlichsten Regelung zu unterziehen.

In der diesfälligen Ministerial-Verordnung vom 5. März 1896, R.-G.-Bl. Nr. 31, wurde im § 14 insbesondere bestimmt, dass die Agenten der Versicherungs-Gesellschaften mit Vollmachten zu versehen und zu verhalten sind, sich den Parteien gegenüber durch Vorweisung ihrer Vollmachten zu legitimieren.

Außerdem werden die Gesellschaften durch § 15: 3, verpflichtet, die Versicherungsbedingnisse auf den Antragsformularien und Prospecten ersichtlich zu machen, damit jede Partei rechtzeitig vor Abschluss des beabsichtigten Vertrages in die Lage komme, sich über die Tragweite des abzuschließenden Vertrages zu informieren.

Hiedurch wird den häufigsten Klagen der Versicherten, dass sie die Versicherung in Unkenntnis der mit derselben verbundenen Lasten beantragt hätten, vorgebeugt werden.

Die Versicherungs-Agenten sind zu einem taktvollen Benehmen verpflichtet und seien anzuweisen, den Parteien vor Abschluss der Versicherung die Versicherungsbedingungen genau bekanntzugeben.

Approvisionierungs-Angelegenheiten.

Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 22. November bis 28. November 1896.

1. Fleischsendungen:

Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch	270.922 kg	(Davon aus Wien — 203.440, aus dem sonstigen Niederösterreich — 17.237; aus Oberösterreich — 1.992; aus Mähren — 9.382; aus Galizien — 29.074; aus Ungarn — 7.604; aus der Bukowina — — 1.725; aus Steiermark — 168; aus Bosnien — 300 kg)
Kalbfleisch	10.216 „	(Davon aus Wien — 1.746, aus dem sonstigen Niederösterreich — 188; aus Oberösterreich — 123; aus Mähren — 159; aus Ungarn — —; aus Galizien — 8.000; aus der Bukowina — — kg)
Schaffleisch	26.453 „	(Davon aus Wien — 150, aus dem sonstigen Niederösterreich — 20; aus Oberösterreich — 16; aus Galizien — 17.231; aus Ungarn — 2.009; aus Mähren — 10; aus der Bukowina — 7.017 kg)
Schweinfleisch	85.496 „	(Davon aus Wien — 29.932, aus dem sonstigen Niederösterreich — 1.581; aus Oberösterreich — —; aus Böhmen — 215; aus Mähren — 3.086; aus Galizien — 50.582; aus Ungarn — 100; aus Croatien — —; aus Bosnien — —; aus der Bukowina — — kg)
Kälber	1.268 Stück	(Davon aus Wien — 160, aus dem sonstigen Niederösterreich — 10; aus Oberösterreich — 26; aus Mähren — 66; aus Galizien — 955; aus Ungarn — 29; aus Steiermark — 6; aus Salzburg — —; aus der Bukowina — 16 Stück.)
Schafe	461 „	(Davon aus Wien — 98, aus dem sonstigen Niederösterreich — 2; aus Oberösterreich — 3; aus Mähren — —; aus Galizien — 142; aus Ungarn — 55; aus der Bukowina — 161 Stück.)
Schweine	1.514 „	(Davon aus Wien — 201, aus dem sonstigen Niederösterreich — 5; aus Mähren — 62; aus Galizien — 1.149; aus Ungarn — 38; aus Bosnien — 52; aus Croatien — 5; aus Steiermark — 2 Stück.)
Lämmer	13 „	(Davon aus Wien — 1, aus dem sonstigen Niederösterreich — 7; aus Galizien — 3; aus Mähren — —; aus Ungarn — —; aus Oberösterreich — 2 Stück.)

Die Zufuhren für den Approvisionierungsverein sind bereits in den obigen Summen enthalten.

2. Preisbewegung:

Rindfleisch	Siedfleisch	von	22	bis	70	kr.	per	Kg.
	Rostbraten u. Rieden	„	50	„	90	„	„	„
Kalbfleisch		„	36	„	64	„	„	„
Schaffleisch		„	18	„	46	„	„	„
Schweinfleisch		„	44	„	72	„	„	„
Kälber		„	40	„	62	„	„	„
Schafe		„	22	„	40	„	„	„
Schweine		„	34	„	58	„	„	„
Lämmer		„	2½	„	4 fl.	per	Stück.	

Trotz etwas schwächerer Zufuhr der Fleischwaren gegen die Vorwoche konnten dieselben infolge flauer Nachfrage und ungünstiger Witterung nur die vorwöchentlichen Preise behaupten, mit Ausnahme der Schafe und Schaffleisch, welche um 4 kr. höher notierten.

* * *

Pferdemarkt vom 27. November 1896.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 507 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 110—410 fl. per Stück
„ Schlachtpferde . . . . . 15— 50 „ „ „

Der Markt war lebhaft.

* * *

Schlachtviehmarkt vom 30. November 1896

(einschließlich des Contumazmarktes vom 28. November 1896).

1. Gesammtauftrieb: 4613 Stück, und zwar:

Mastvieh 2660, Weidevieh 700, Beinlvieh 1253.
(Darunter unverkaufter Rest von dem vorwöchentlichen Donnerstagmarkte 348 Stück.)

Dieser Gesammtauftrieb zerfällt in:

Ochsen 3600, Stiere 429, Kühe 584.
(Davon waren Büffel 135 Stück.)

Provenienz des Gesammtauftriebes:

aus Ländern der ungarischen Krone	2939	Stück
„ Galizien und der Bukowina	889	„
„ dem sonstigen Österreich	785	„
„ dem Auslande	—	„
„ Bosnien	—	„

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 kg Lebendgewicht:

Ochsen	I. Qualität	von	32	bis	38	fl.	(extrem von	—	bis	42	fl.)
„	II. „	„	27	„	33	„	(„ „	—	„	—	„)
„	III. „	„	23	„	29	„	(„ „	—	„	—	„)
	Stiere	„	22	„	28	„	(„ „	—	„	32	„)
	Kühe	„	22	„	27	„	(„ „	—	„	32	„)
	Büffel	„	17	„	21	„	(„ „	—	„	25	„)
	Beinlvieh	„	14	„	22	„					

b) Preis per Stück:

Beinlvieh . von 26 bis 80 fl.

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurde nicht gehandelt.

3. Verkauf.

Angekauft wurden für Wien	3531 Stück
„ „ „ auswärts	979 „
Unverkauft blieben	103 „

Gegen den letzten Montagsmarkt wurden um 1587 Stück weniger aufgetrieben. Trotz des bedeutend schwächeren Angebotes trat bei ziemlich lebhafter Kauflust in den Preisen im wesentlichen keine Änderung gegen die Vorwoche ein, nur Prima gewann in einzelnen besonders guten Partien ½ fl. per 100 kg.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 27. November 1896.

a) Getreide.

Weizen	(Qualitätsgewicht per 1 hl 74—82 kg)	von	7	fl.	70	kr.	bis	8	fl.	65 kr.
Roggen	(„ „ 1 „ 69—75 „)	„	6	„	80	„	„	7	„	25 „
Gerste		„	4	„	35	„	„	9	„	— „
Mais		„	4	„	65	„	„	6	„	35 „
Hafer		„	6	„	10	„	„	7	„	20 „

b) Mahlproducte.

Grieß		von	13	fl.	50	kr.	bis	15	fl.	— kr.
Weizenmehl	neue Type	„	7	„	—	„	„	14	„	50 „
	alte „	„	7	„	50	„	„	15	„	— „
Roggenmehl		„	8	„	50	„	„	12	„	50 „
Weizenkleie		„	3	„	60	„	„	3	„	80 „
Roggenkleie		„	4	„	20	„	„	4	„	30 „

* * *

Bericht des Marktamtes

über die im Monate October 1896 bei der Einfuhr nach Wien beschauten Thiere und Fleischwaren, die vorgenommenen Schlachtungen und die in Ausübung der Markt-, Sanitäts- und Veterinärpolizei von den Beamten des Marktcommissariates und der Veterinärabtheilung vorgenommenen Confiscationen nachstehender Artikel:

Bei der Zufuhr wurden beschaut:

30.793 Rinder, 16.626 ausgeweidete und 6837 lebende Kälber, 7284 ausgeweidete und 23.462 lebende Schafe, Ziegen, Lämmer und Kitze, 11.381 ausgeweidete und 36.644 lebende Schweine, 751 Spanferkel, 1,250.664 kg Rindfleisch, 41.891 kg Kalbfleisch, 163.470 kg Schaffleisch und 312.919 kg Schweinfleisch.

Bei der Schlachtung wurden beschaut:

24.731 Rinder, 5825 Kälber, 1950 Schafe, Ziegen, Lämmer und Kitze, 45.748 Schweine, 2024 Pferde und 6 Esel.

Confisciert wurden:

Nach Stücken: 27 Rinder, 2 Kälber, 603 Schweine, 40 Schafe und Lämmer, 2 Pferde, 46 Wildbret, 3 Federwild, 354 Hausgeflügel, 167 Würste und Wurstwaren, 724 Lungen und Lebern, 2 Zungen, 8 Milze und Nieren, 5 Herzen, 5 Gedärme, 2 Euter, 46 Mäuler, 3 Gänselebern, 10 verdorbene Fische, 106 verdorbene gesalzene, marinierte und geräucherte Fische, 245 Krebse, 2397 Eier, 103 Käse, 298 Südfrüchte, 6 Grünwaren, 6 Paradiesäpfel, 3468 faule Gurken, 1640 Salz- und Essiggurken, 81 Melonen, 176 Zuckerbäckerwaren, 4 Flaschen Bier, 7 Flaschen alte Mineralwässer, 54 Flaschen Balsam, 107 Wagen, Maße und Gewichte, 8 unverzinnte Geschäftsutensilien, 1 Milchsprudler, 10 ungeaichte Milchkannen, 22 Büschel verbotene Medicinalkräuter, 14 Oblaten, 6 Brausepulver, 440 Feuerwerkskörper, 52 Singvögel, 6155 mit Kupfervitriol besprengtes Weinlaub.

Nach Kilogramm: 4951·05 Rindfleisch, 9584·95 Kalbfleisch, 4842·25 Schaf- und Lammfleisch, 1900 Schweinfleisch, 682·85 Selchfleisch, 13·70 Gansfleisch, 12·75 Pferdefleisch, 408·30 Wildbret, 63·78 Würste und Wurstwaren, 5·35 Salami, 4·5 Speck, 3 Schweinefett, 1·50 Gänsefett, 76·50 Zuwagstheile, 3·50 diverse Fleischtheile, 3589·40 Lungen und Lebern, 0·50 Zunge, 55 Hirn, 1 Milze und Nieren, 1·8 Beuschel, 1 Gansleber, 177·20 Fische, 116 gesalzene, geräucherte und marinierte Fische, 65 Caviar, 57·3 Butter, 12 Topfen, 50 Hefe, 26 Eiweiß, 20 Käse, 25576·5 faules Obst, 2·75 eingesottenes Obst, 31·75 Südfrüchte, 645 Kartoffel, 994·5 faule Grünwaren, 2791 Paradiesäpfel, 45 faule Gurken, 10 faule Salz- und Essiggurken, 27 Preiselbeeren, 377·5 Zwiebel und Knoblauch, 4·5 Sauerkraut, 415·41 faule und wurmige, 2·50 giftige und verbotene, 1·70 getrocknete (Provenienz unerkennbar) Pilze, 27·5 wippelige Hülsenfrüchte, 12 Mehl, 5·5 Gebäck, 22 Zuckerbäckerwaren, 44·20 Canditen, 1·05 Gewürze, 1·75 verbotene Medicinalkräuter, 31 mit Kupfervitriol besprengtes Weinlaub und 1 Maculaturpapier.

Nach Litern: 1·5 wippelige Hülsenfrüchte, 1383·5 Milch, 151·10 Bier, 1·25 Wein und 6 Spirituosen.

* * *

Behebung der für die Gemeinden Aspang und Reichenau im politischen Bezirke Neunkirchen ertheilten Bewilligung zum Bezuge von lebenden ungarischen und croatisch-slavonischen Schlachtschweinen.

Die k. k. n.-ö. Statthalterei hat unterm 20. November 1896, Z. 108237 (M.-Z. 203804/XV), Nachstehendes kundgemacht:

Im Hinblicke darauf, als derzeit in den Gemeinden Aspang das Bedürfnis nach Zufuhr von lebenden ungarischen und croatisch-slavonischen Schweinen nicht mehr besteht, die Statthalterei, unter Behebung ihrer Kundmachungen vom 15. Juli und 13. August 1896, ZZ. 97587 und 76377, die diesen Gemeinden ertheilte Bewilligung zum Bezuge derartiger Schlachtschweine hiemit zurückzuziehen.

Hiedurch erscheint auch die hierämtliche Kundmachung vom 14. November 1896, Z. 107284, insofern in derselben die Zufuhr von Schlachtschweinen obgedachter Provenienz nach den in Rede stehenden Gemeinden berührt ist, abgeändert und es dürfen demnach ungarische und croatisch-slavonische Schweine weder im lebenden, noch im geschlachteten Zustande nach Aspang und Reichenau eingeführt werden.

Übertretungen dieser Anordnung unterliegen den in der letztbezogenen Kundmachung angegebenen Straffolgen.

* * *

Verbot der Einfuhr von Klauenthieren aus Österreich-Ungarn in die Schweiz.

Die k. k. n.-ö. Statthalterei hat unterm 23. November 1896, Z. 110009 (M.-Z. 205378/XV), Nachstehendes kundgemacht:

Laut Mittheilung des k. und k. Ministeriums des Äußern hat die schweizerische Bundesregierung in Bern aus Anlass der am 9. d. M. erfolgten Zurückweisung eines Transportes von Schlachtochsen aus Körmend in Ungarn, welche beim Einlangen in der Grenzstation St. Margarethen an Maul- und Klauenseuche erkrankt befunden worden waren, alle bis dahin ertheilten Bewilligungen zum Import von Klauenthieren österreichisch-ungarischer Herkunft zurückgezogen, respective die Einfuhr von Klauenthieren aus Österreich-Ungarn, vom 12. November d. J. angefangen, wieder verboten.

Dies wird hiemit zufolge Erlasses des hohen k. k. Ministeriums des Innern vom 20. November 1896, Z. 38167, unter Behebung der hierämtlichen Kundmachungen vom 23. März und 11. August 1896, ZZ. 27770 und 75795, zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Städtisches Lagerhaus.

Vom 19. November bis 26. November 1896.

Waren eingelagert . . . . . 57.944 Meter-Centner
„ ausgelagert . . . . . 53.310 „

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf 18.543 Meter-Centner.

Lagerstand vom 26. November 1896: 445.205 Meter-Centner, und zwar:

148.222	Meter-Centner	Weizen,	28.665	Meter-Centner	Roggen,
90.902	„	Gerste,	42.226	„	Hafer,
59.699	„	Mais,	22.029	„	Ölsaaten,
7.481	„	Mehl u. Kleie,	1.903	„	Wein,
3.918	„	Zucker,	1.193	Hektoliter à 100%	Spiritus

Der Assecuranzwert dieser Waren stellt sich auf 3,940.830 fl. öst. Währ.

Straßen-Angelegenheiten.

Dienstesvorschriften für die zur Beaufsichtigung und Bedienung der städtischen Schöpfwerke für Straßenbespritzung und Feuerlöschzwecke bestellten Aufseher.

§ 1.

Zur Bedienung der Gasmotoren in den für die Straßenbespritzung und für Feuerlöschzwecke bestehenden Schöpfwerken der Gemeinde Wien, sowie zur Beaufsichtigung derselben sind Schöpfwerkaufseher bestellt.

§ 2.

Die Aufnahme und Entlassung dieses Aufsichtspersonales erfolgt durch das Stadtbauamt. Es untersteht demselben in jeder dienstlichen Beziehung, unmittelbar jedoch den Stadtbauamts-Abtheilungen der betreffenden Bezirke. Diese Aufseher haben auch den Anordnungen, welche die Bezirksvorsteher in ihrem zugewiesenen Wirkungskreise, insbesondere hinsichtlich der Straßenbespritzung treffen, unweigerlich Folge zu leisten.

§ 3.

Die Aufnahme der Schöpfwerkaufseher erfolgt in der Regel nur für die Dauer der Straßenbespritzungssaison, d. i. vom 1. April bis 15. October jeden Jahres.

§ 4.

Der Lohn der Aufseher wird mit täglich 1 fl. 50 kr. festgesetzt. Wird zur Bedienung und Beaufsichtigung eines Schöpfwerkes eine Person bestellt, welche diese Arbeiten als Nebenbeschäftigung besorgt, so hat eine geringere Entlohnung platzzugreifen, welche vom Magistrate festzustellen ist und den Betrag von 1 fl. pro Tag nicht überschreiten darf.

§ 5.

Die Auszahlung des Lohnes erfolgt wöchentlich im Nachhinein bei der städtischen Hauptcassa-Abtheilung des betreffenden magistratischen Bezirksamtes gegen Verrechnung mittels Wochenliste, welche von der Stadtbauamts-Abtheilung zu verfassen und vom Leiter des magistratischen Bezirksamtes zu vidieren ist. Der Lohn wird auch für jene Tage bezahlt, an denen infolge Regens oder anderer Umstände das Schöpfwerk außer Betrieb gesetzt ist. Nur wenn die Betriebsunterbrechung von längerer Dauer ist oder durch das Verschulden des Aufsehers entstanden ist, hat die Entlassung desselben zu erfolgen. Eine Entlohnung für Überstunden wird nicht geleistet.

§ 6.

Die Entlassung der Aufseher kann seitens der Gemeinde jederzeit ohne Angabe von Gründen durch das Stadtbauamt erfolgen. Die Aufseher dagegen sind an eine achttägige Kündigungsfrist bei Auflösung des Dienstverhältnisses gebunden.

§ 7.

Zu den Obliegenheiten der Schöpfwerkaufseher gehört insbesondere:

1. Der Betrieb und die Beaufsichtigung der Gasmotoren, der Gasinstallation im Inneren des Maschinenhauses und der Pumpenanlage, sowie der Wasserreservoiranlage. Hiebei ist namentlich für die fortwährende und rechtzeitige Einölung der Maschinenbestandtheile des Gasmotors und der Pumpenanlage zu sorgen.

2. Am ersten Tage jeden Monates ist behufs Constatierung des Gasverbrauches der Gasmesser abzulesen und die gefundene Zahl in dem Buche, welches jedem Schöpfwerkaufseher zur Aufschreibung von der Stadtbauamts-Abtheilung des Bezirkes übergeben wird, einzutragen. Außerdem ist der Schöpfwerkaufseher verpflichtet, in dieses Buch genau die Stunden, wann das Schöpfwerk in und außer Betrieb gesetzt wird, sowie die Anzahl der beim Schöpfwerke gefüllten Faßwägen sammt deren approximativem Rauminhalt nach der in diesem Buche vorgezeichneten Weise einzutragen. Diese Aufschreibung ist am Ende eines jeden Monates an die Stadtbauamts-Abtheilung des Bezirkes abzugeben und gleichzeitig über den Betrieb und Zustand des Schöpfwerkes, sowie über besondere Vorfallenheiten zu rapportieren. Bedeutendere Vorfälle sind sogleich zu melden.

3. Der Aufseher ist verpflichtet, die angeordnete Wasserabgabe aus dem Schöpfwerke an die städtischen Contrahenten strengstens zu überwachen, insbesondere darauf zu sehen, daß von den Bespritzungscontrahenten das bezogene Wasser bloß zur Straßenbespritzung verwendet werde.

4. Dem Schöpfwerkaufseher ist strenge verboten, Wasser aus dem Schöpfwerke an Privatparteien ohne eine bewilligende Anweisung des magistratischen Bezirksamtes abzugeben. Für den Fall, als die Ergiebigkeit des Schöpfwerkes nur mehr für die Zwecke der Straßenbespritzung ausreichen sollte, ist die Wasserabgabe an Privatparteien sofort einzustellen und hievon sogleich der Stadtbauamts-Abtheilung im Bezirke die Meldung zu erstatten, damit das Weitere verfügt werden kann.

5. Der Schöpfwerkaufseher hat zu sorgen, daß jeden Abend nach Beendigung der Wasserentnahme für die Straßenbespritzung die Reservoire des Schöpfwerkes gefüllt werden, so daß für den Fall einer Feuersgefahr Wasser vorräthig ist und die ersten Wasserwägen am nächsten Morgen die Füllung der Reservoire nicht abwarten müssen.

6. An Regentagen, an welchen die Straßenbespritzung eingestellt und das Schöpfwerk daher nicht in Betrieb gesetzt ist, sowie bei Betriebsstörungen hat sich der Schöpfwerkaufseher mit der Reinigung der Gaskraftmaschine, Instandhaltung, Reinigung und Einölung der Pumpenanlage, sowie des Reservoirs und Maschinenhauses zu beschäftigen.

Nach Beendigung dieser Arbeiten hat sich der Aufseher sofort der Stadtbauamts-Abtheilung für den betreffenden Bezirk oder über dessen Weisung dem Herrn Bezirksvorsteher für sonstige Dienstleistungen der Gemeinde zur Verfügung zu stellen.

Wird diese Verpflichtung außeracht gelassen, so wird dem Aufseher der Taglohn für die Tage, an welchen er diese Verpflichtung verletzt hat, in Abzug gebracht.

7. Die Schöpfwerkaufseher sind verpflichtet, allen dienstlichen Aufträgen strenge Folge zu leisten; außerdem wird ihnen in jeder Beziehung Redlichkeit, Ordnung, Fleiß, Nüchternheit und ordentliches Betragen zur strengen Pflicht gemacht.

§ 8.

Die Dauer der täglichen Arbeitszeit richtet sich nach dem vorhandenen Bedürfnisse zum Betriebe des Schöpfwerkes und ist danach vom Stadtbauamte im Einvernehmen mit dem Bezirksvorsteher zu bestimmen.

Insolange der Betrieb des Schöpfwerkes im öffentlichen Interesse auch an Sonntagen aufrechterhalten bleiben muss, tritt eine Sonntagsruhe für die Schöpfwerkaufseher nicht ein.

§ 9.

Die Aufseher werden durch das Stadtbauamt für Krankheits- und Betriebsunfälle im Sinne der gesetzlichen Vorschriften versichert, und es leistet die Gemeinde bis auf weiteres den ganzen dafür entfallenden Prämienbetrag.

§ 10.

Jede Außerachtlassung der in dieser Instruction enthaltenen Bestimmungen wird im ersten Betretungsfalle mit einem Verweis, bei erschwerenden Umständen jedoch mit sofortiger Dienstesentlassung bestraft werden. Im Wiederholungsfalle tritt immer sofortige Dienstesentlassung ein.

§ 11.

Diese Dienstesvorschriften sind in sämmtlichen Schöpfwerken der Gemeinde ständig affichiert zu halten und jedem neu aufgenommenen Aufseher bekanntzugeben. Vom Tage der Affichierung an sind die Aufseher den Bestimmungen derselben unterworfen.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

vom 26. November bis 30. November 1896:

Für Neubauten:

VII. Bezirk: Haus, Faßziehergasse 15, von Joh. Henninger durch G. F. Benesch, Gumpendorferstraße 51, Bauführer Franz Macher sen. (9027).

VIII. Bezirk: Haus, Rother Hof 14, von Hermann und Emma Scheibenhofer, Schleifmühlgasse 20, Bauführer C. Kirchem (9031).

XVIII. Bezirk: Zweistöckiges Wohnhaus, Gersthoferstraße, Einl.-Z. 611, Ecke der Höhnegasse, von Josef Kunza, Weinhauserstraße 80, Bauführer Josef Haupt (38868).

Für Adaptierungen:

II. Bezirk: Treustraße 11, von Josef Cseriny, XVII., Hauptstraße 158, Bauführer ? (8978).

„ „ Praterhütte 68, von Marie Kek, Bauführer Franz Obermeyer (8983).

„ „ Große Sperlgasse 31, von Hugo Steiner, Baumeister (9006).

III. Bezirk: Landstraße Hauptstraße 68, von Karl Bernatz, Herrengasse 13, Bauführer F. Prokesch (8977).

„ „ Landstraße Hauptstraße 140, von Kupka & Orglmeister, Baumeister (9052).

IX. Bezirk: Kolingasse 3, von J. Hiller & Comp., Bauführer A. John (9015).

„ „ Eisengasse 5, von Isidor Mautner, Bauführer F. Dehm & F. Olbricht (9046).

XII. Bezirk: Tivoligasse 51, von Franz Wittek, ebenda, Bauführer ? (37180).

„ „ Zenogasse 16, Restaurant „Gloriette", von Anna Hentsch ebenda, Bauführer ? (38027).

XVI. Bezirk: Ottakring, Bräuhaus, von Ritter v. Neumann, Bauführer A. Zagorsky (59082, 59083).

XVIII. Bezirk: Währing, Gürtel 158, von Anton Koschnar, II., Untere Augartenstraße 29, Bauführer Leopold Klima (38519).

XIX. Bezirk: Döbling, Kahlenbergerstraße 16, von Friedrich Thiel, ebenda, Bauführer Karl Höllerl jun. (24001).

Für diverse (geringere) Bauten:

IV. Bezirk: Schupfe, Wiedener Hauptstraße 2, von C. Stölzles Söhne, Bauführer Ed. Wiesner (9030).

XII. Bezirk: Senkgrube, Arndtstraße 48, von Leopoldine Paschek, ebenda, Bauführer ? (37305).

Für Stockwerks-Aufsetzungen:

II. Bezirk: Praterhütte 166, von Wenzel Klimesch, Bauführer O. Pönisch (9007).

Gesuche um Parcellierung wurden überreicht:

IV. Bezirk: Favoritenstraße, Einl.-Z. 134, von der k. k. Dicasterial-Gebäude-Direction (9008).

Gesuche um Bekanntgabe der Baulinie wurden überreicht:

I. Bezirk: Blutgasse 3, von der Allgem. österr. Elektricitäts-Gesellschaft durch Dr. Hermann Ritter v. Feistmantel (9017).

VII. Bezirk: Lindengasse 23, von Bertha Kirchhoff (8982).

IX. Bezirk: Kapellengasse 5, von Josefa Straßer (9042).

XII. Bezirk: Unter-Meidling, Einl.-Z. 1343, Cat.-Parc. 70/4, von Anton Mandl, Niederhofstraße (37359).

„ „ Unter-Meidling, Einl.-Z. 625, Dörfelstraße 6, von der Vienna General Omnibus Company, I., Jasomirgottstraße 2 (37365).

XVI. Bezirk: Neulerchenfeld, Hasnerstraße 141, von Wenzel und Rosalia Schulz (58880).

„ „ Ottakring, Stephanieplatz, von Wilhelm Pokorny, Pfarrer (59041).

XVIII. Bezirk: Realität, C.-Nr. 33, Salmannsdorferstraße 80, von Karl Reichert (38600).

Gewerbeanmeldungen vom 26. November 1896.

(Fortsetzung.)

Jeßl August — Kleinhandel mit Brennholz, Kohle und Coaks — III., Hainburgerstraße 46.

Cay Wenzel — Leder-Verschleiß — VI., Eisvogelgasse 7.

Reichgruber Hugo — Leichenwaren-Verschleiß — II., Schüttaustraße 59.

Gschwent Ferdinand — Milchhandel im Umherziehen im Gemeindegebiete von Wien — Wohnort: Inzersdorf.

Schatoplet Marie — Marktvictualien-Verschleiß — VII., Seidengasse 25.

Balanek Matthias — Braten von Maroni, Äpfel und Erdäpfel — II. Wintergasse 11.

Klein Moriz — Marktfierant — XVIII., Kutschkergasse 25.

Genscha August — Feilbieten von Naturblumen im Umherziehen — XVI., Eckmüllergasse 1.

Ostertag Clara — Pfaidlergewerbe — IV., Heumühlgasse 5.

Back Gotthold — Dauernde Geschäftsbesorgung gegen Provision — II., Taborstraße 38.

Zubriegl Marie — Verschleiß von Pferdefleisch und Pferdefleischselchwaren — II., Franzensbrückenstraße 7.

Molnar Ladislaus — Pferdescherer — XIV., Rauchfangkehrergasse 8.

Willner Elise — Rauchfangkehrergewerbe — II., Lilienbrunngasse 18.

Kalabsa Josefa — Reibsandhausieren — XII., Pachmüllergasse 1.

Bettelheim Gottlieb — Schankgewerbe (Nichtbetrieb) — III., Landstraße Hauptstraße 122.

Süß Josef — Schuhmacher — II., Staudingergasse 9.

Kudernacs Wenzel — Schuhmachergewerbe — II., Thugutstraße 3.

Mayer Johanna — Spirituosen-Verschleiß in geschlossenen Gefäßen mit Ausschluss jeden Ausschankes — II., Brigittenauerlände 34.

Süßer Anna — Verschleiß von Spirituosen in handelsüblich verschlossenen Gefäßen — II., Gerhardusgasse 38.

Kohn Johanna — Schuhwaren-Verschleiß — II., Taborstraße 60.

Zeller Franz — Schuhmacher — XIII., Teybergasse 5.

Weinhold Augustin — Tischler — XIV., Sechshauserstraße 79.

Kohn Fanny — Uhrmachergewerbe — II., Kaiser Josefstraße 23.

Pecsymon Emerich — Victualien-Verschleiß — X., Quellengasse 60.

Odabassian Francisca — Victualien-Verschleiß — XVIII., Türkenschanzstraße 13.

Fitzka Marie — Victualienhandel — XVIII., Canongaue 4.

Dikovits Rosalia — Victualien-Verschleiß — XVI., Kirchstetterngasse 10.

Berger Marianne — Wäschergewerbe — XVII., Rokitanskygasse 39.

Getzinger Franz — Wildbret- und Geflügel-Verschleiß — XIV., Pereiragasse 22.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 27. November 1896.

Otte Marie — Bauunternehmer und Baumaterialienhandel — IX., Seegasse 12.

Krieser Bernhard — Pachtbetrieb eines radicierten Brantweinschankgewerbes — IX., Thurygasse 19.

Thoma Ferdinand — Eislaufplatzbesitzer — IX., Fuchsthallergasse 14.

Frischauf Josef — Fleischselchergewerbe — V., Einsiedlergasse 19.

Raab Karl — Fiaker, Lic.-Nr. 777 — V., Nikolsdorfergasse 14.

Lobner Leonhard — Fleischhauer — IX., Eisengasse 9 a.

Marschal Martin — Fleischselcher — XVI., Neulerchenfelderstraße 88.

Birger Marie, geb. Daniek — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfelderstraße 90.

Kahay Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Helblinggasse 10.

Weiser Wilhelm — Gemischtwaren-Verschleiß ohne Petroleum — IV., Heumühlgasse 6.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt.

Seite

Gemeinderath:

Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 27. November 1896.

Inhalt:

Mittheilungen des Vorsitzenden:

1. Entschuldigung der Gem.-Räthe Rißaweg, Dr. Pommer, Pollak, Dr. Deutschmann und Dr. Fochler 1909
2. Beurlaubung des Gem.-Rathes Dr. Klotzberg 1909
3. Resignation des Gem.-Rathes Dr. Albert Richter auf sein Mandat 1909
4. Zuschrift des fortschrittlichen Parteiverbandes im Wiener Gemeinderathe, betreffend Vorgänge in der Gemeinderaths-Sitzung vom 24. November 1896 1909
5. Petition von Hausbesitzern der Braun- und Güpferlinggasse im XVII. Bezirke, betreffend die Canalisierung dieser beiden Straßen (überreicht durch Gem.-Rath Sebastian Grünbeck) . 1911

Interpellationen:

6. Gem.-Rath Dr. Fochler, betreffend die Erledigung des Subventionsgesuches des Vereines „Tafelrunde deutscher Lehrer" . 1912
7. Gem.-Rath Tagleicht, betreffend die Scontrierung der Gemeinde- und städtischen Fondscassen 1912

Anträge:

8. Gem.-Rath Dr. Wähner, betreffend die Schaffung einer „pädagogischen Central-Bibliothek" für die Wiener Lehrerschaft 1912
9. Gem.-Rath Obrist, betreffend die Einschränkung der Verwendung von Salz zur Reinigung der Tramwayschienen . . . 1912
10. Gem.-Rath Dr. Pommer, betreffend die Unterstützung des Deutschen Studentenheims in Cilli 1912
11. Gem.-Rath Dobes, betreffend die Renovierung der Gänge, Stiegen und Einfahrten des alten Rathhauses 1912
12. Gem.-Rath Hawranek, betreffend die Erlassung eines Verbotes des Aufreißens von Straßenpflaster in den Wintermonaten 1913
13. Gem.-Rath Pichler, betreffend eine Verbesserung der Beleuchtung des Hofes des Gemeindehauses im VII. Bezirke . . 1913

Referate:

14. Gem.-Rath Dr. Kupka, betreffend die Subventionierung des Katholischen Schulvereines 1913
15. und 25. Abstimmung über das Referat des Bürgermeisters Strobach, betreffend die Begebung von Theilbeträgen des 35-Millionen-Kronen-Anlehens 1922, 1926
16. Siehe unter Wahl.
17. Gem.-Rath Dr. Mayreder, betreffend das Project der k. k. Baudirection der Wiener Stadtbahn für den Viaduct zwischen der Thaliastraße und der Arnethgasse der Vorortelinie 1923
18. Gem.-Rath Seichert, betreffend die Baulinienbestimmung für die Diefenbachgasse im XII., beziehungsweise XIV. Bezirke, zum Zwecke deren Verbreiterung 1923
19. Gem.-Rath Sebastian Grünbeck, betreffend die Anpflanzung von 150 Bäumen in der Richthausenstraße im XVII. Bezirke (Zuschussredit) 1924
20. Gem.-Rath Büsch, betreffend die Subventionierung der freiwilligen Feuerwehr Ober-Meidling 1924
21. Gem.-Rath Lorenz Müller, betreffend das Mehrerfordernis an Schotter für den II. Bezirk (Zuschussredit) 1924
22. Gem.-Rath Hraba, betreffend die Überreichung einer Petition an den n.-ö. Landtag in Angelegenheit der Hereinbringung der Kosten für den Feuerwehrdienst in den Theatern von deren Directoren 1924
23. Gem.-Rath Dr. Wähner, betreffend die Subventionierung des Wiener Wärmestuben- und Wohlthätigkeitsvereines 1925
24. Derselbe, betreffend die Subventionierung des Gremiums der Stein- und Kupferdrucker für seine Fachschule 1926
25. Siehe sub 15.
26. Siehe unter Wahl.
27. Vice-Bürgermeister Dr. Neumayer, betreffend die Bewilligung eines Zuschussredites zur Rubrik „Aushilfen für Pensionisten" 1926
28. Derselbe, betreffend die Systemisierung der Pauschalien für den Hausbesorger-, Reinigungs- und Beheizungsdienst in dem neuen Amtshause im XI. Bezirke 1926
29. Derselbe, betreffend die Subventionierung der k. k. Geographischen Gesellschaft 1926
30. Gem.-Rath Rauer, betreffend die unentgeltliche physische Übergabe von Baugrund an den Kirchenbauverein in Breitensee 1927
31. Gem.-Rath Dr. Kupka, betreffend die Risalitanlage beim Hause VIII., Lerchengasse 27, des Josef Scholz 1927
32. Derselbe, betreffend die Portalanlage beim Hause XVIII., Gentzgasse 32, des Thomas Schweiffer 1927
33. Gem.-Rath Hörmann, betreffend den Verkauf eines Theiles der städtischen Baustelle III. Bezirk, Einl.-Z. 2510, Jacquingasse, an Gabriele Fürstin Wrede 1927
34. Derselbe, betreffend die Risalit- und Thorportalanlage beim Hause IX., Müllnergasse 14, des Mendel Hamburg 1927
35. Gem.-Rath Lorenz Müller, betreffend Auflassung der in den Reihen XIV bis XVII der Donauregulierungsgründe zwischen der Vorgartenstraße und dem Nordbahnhofe gelegenen Querstraßenfragmente 1927

Wahl:

16. Vornahme der Wahl eines Mitgliedes in den Verwaltungsausschuss des Centralvereines zur Beköstigung armer Schulkinder 1923
26. Bekanntgabe des Ergebnisses dieser Wahl 1926

Beschluss-Protokoll der vertraulichen Sitzung des Gemeinderathes vom 27. November 1896.

Inhalt:

Gem.-Rath Dr. Wähner, betreffend Verleihung der großen goldenen Salvator-Medaille an den Schauspieler Ludwig Martinelli 1928

Stadtrath:

Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 20. November 1896 (vorm.) 1928

Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 20. November 1896 (nachm.) 1934

Allgemeine Nachrichten:

Commission für Verkehrsanlagen 1935

Niederösterreichischer Amts-Kalender 1897 — 32. Jahrgang 1935

Geschäfts-Vormerk-Blätter 1897 1935

Versicherungs-Agenten 1935

Approvisionierungs-Angelegenheiten:

Täglicher Fleischmarkt vom 22. bis 28. November 1896 1936

Pferdemarkt vom 27. November 1896 1936

Schlachtviehmarkt vom 30. November 1896 1936

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 27. November 1896 1937

Bericht des Marktamtes über die im Monate October 1896 bei der Einfuhr nach Wien beschauten Thiere und Fleischwaren, die vorgenommenen Schlachtungen und die in Ausübung der Markt-, Sanitäts- und Veterinärpolizei von den Beamten des Marktcommissariates und der Veterinärabtheilung vorgenommenen Confiscationen 1937

Behebung der für die Gemeinden Aspang und Reichenau im politischen Bezirke Neunkirchen ertheilten Bewilligung zum Bezuge von lebenden ungarischen und croatisch-slavonischen Schweinen . 1937

Verbot der Einfuhr von Klauenthieren aus Österreich-Ungarn in die Schweiz 1937

Städtisches Lagerhaus 1938

Straßen-Angelegenheiten:

Dienstesvorschriften für die zur Beaufsichtigung und Bedienung der städtischen Schöpfwerke für Straßenbespritzung und Feuerlöschzwecke bestellten Aufseher 1938

Baubewegung:

Gesuche um Baubewilligungen vom 26. bis 30. November 1896 . . 1939

Gewerbeanmeldungen 1939

Kundmachungen.

Beilage:

Mittheilungen des statistischen Departements des Wiener Magistrates pro October 1896.

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** Verantwortlicher Redacteur: Magistratsrath **Dr. Friedrich Edler v. Radler.**

Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. und k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Haasenstein & Vogler (Otto Maaß), Wien, I., Walfischgasse 10.